

## RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.01

**VORSITZ: PRÄSIDENT PAHL**  
**PRESIDENZA DEL PRESIDENTE PAHL**

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet, ich bitte um den Namensaufruf.  
(La seduta è aperta. Prego procedere all'appello nominale)

PINTER: *(Segretario):(fa l'appello nominale)*  
*(Sekretär):(ruft die Namen auf)*

**PRÄSIDENT:** Entschuldigt haben sich die Abg. Kasslatter-Mur, Chiocchetti, Casagranda, Dellai, Odorizzi und Malossini.  
Ich bitte um die Verlesung des Protokolls.

PINTER: *(Segretario):(legge il processo verbale)*  
*(Sekretär):(verliest das Protokoll)*

**PRÄSIDENT:** Sind Einwände zum Protokoll? Keine. Damit ist das Protokoll genehmigt.

Ich verlese die Mitteilungen:

Am 15. Mai 2008 hat der Regionalausschuss den Gesetzentwurf Nr. 49: „Beteiligung der örtlichen Autonomien an der Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit der Region“ zurückgezogen.

Es ist die nachstehend angeführte Anfrage mit schriftlicher Antwort eingereicht worden:

Nr. 210 eingebracht am 16. Mai 2008 von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Mair um zu erfahren, welches private Vermögen (Beteiligungen und Gehälter) sich die Verwalter der Gesellschaften mit regionaler Beteiligung in den letzten zehn Jahren angeeignet haben.

Die Anfrage Nr. 209 ist beantwortet worden. Der Text der Anfrage und die entsprechende schriftliche Antwort bilden integrierten Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Ich bitte die Abgeordneten sich von Ihren Plätzen zu erheben:

Am 23. Februar 2008 ist der ehemalige Regionalratsabgeordnete Dr. Antonio Dell'Albino verstorben, der in der zweiten Legislaturperiode, vom 13. Dezember 1952 bis zum 12. Dezember 1956, in den Reihen der DC im Wahlkreis Bozen zum Regionalratsabgeordneten gewählt worden ist. Er war

Mitglied der Kommission für allgemeine Angelegenheiten und der Kommission für Finanzen und Vermögen.

Im Namen des Regionalrates möchte ich der Familie des Verstorbenen mein aufrichtiges Beileid ausdrücken und ich ersuche die Abgeordneten, im Gedenken an den Verstorbenen eine Minute inne zu halten. Danke!

Il 23 febbraio 2008 è deceduto l'ex Consigliere regionale Dr. Antonio Dell'Albino, eletto Consigliere regionale nella seconda Legislatura, nella fila della D.C. – Collegio di Bolzano, dal 13 dicembre 1952 al 12 dicembre 1956. Ha fatto parte della Commissione affari generali e della Commissione finanze e patrimonio.

Nel rivolgere alla famiglia i sentimenti di vivo cordoglio dell'intera Assemblea, invito i Signori Consiglieri ad un minuto di raccoglimento. Grazie!

Abbiamo parlato nella seduta dei Capigruppo dell'ordine del giorno di oggi. E' stata presentata tempo fa la richiesta della assessora Stocker dell'anticipo del punto n. 2. Poi è stato annunciato anche che un Consigliere della maggioranza farà ufficialmente la proposta di anticipo del punto n. 2 riguardante il pacchetto famiglia.

Siccome ufficialmente è prevista anche una seduta notturna, i Capigruppo si riuniscono alle ore 15.00 per decidere come andare avanti per quanto riguarda una eventuale seduta notturna o meno. Quindi il Consiglio riprende alle ore 15.15.

Das Wort hat der Abg. Lamprecht.

**LAMPRECHT:** Danke, Herr Präsident! Die Südtiroler Volkspartei hat den Antrag auf Vorziehung des Gesetzentwurfes betreffend Änderungen zum Familienpaket gestellt, weil in diesem Gesetzentwurf Maßnahmen enthalten sind, die den Familien in unseren beiden Ländern zugute kommen sollen, aber auch weil darin eine Prozedur vorgesehen ist, dass nach Verabschiedung des Gesetzentwurfes die entsprechende Durchführungsbestimmung noch einmal in der Gesetzgebungskommission begutachtet wird. Zumal gerade in der Provinz Trient mit der Gesuchseinreichung bereits mit Juli begonnen wird, ist seitens der Regionalregierung bzw. der zuständigen Regionalassessorin der Antrag auf Vorziehung gestellt worden.

Deshalb habe ich formell diesen Antrag gestellt und ersuche, dass das Plenum diesem Antrag auch stattgibt.

**PRÄSIDENT:** Danke! E' stata presentata la proposta di anticipo del punto n. 2 riguardante il pacchetto famiglia. Una discussione su questo punto non si farà, si vota solamente.

... cons. Bondi sull'ordine del giorno?

**BONDI:** Sull'ordine dei lavori, Presidente. Nulla in contrario al fatto che il pacchetto famiglia sia probabilmente urgente, però noi riteniamo che già la volta scorsa si poteva arrivare al voto della riforma che è stata poi fatta dall'Ufficio di Presidenza, avendo noi ritirato, anche per correttezza, il nostro disegno di legge. La preoccupazione nostra è che non si riesca a chiudere il pacchetto

famiglia, con tutti i rischi annessi e connessi alla questione della riforma sulla previdenza.

Per cui noi esprimeremo voto contrario a questa richiesta di anticipo, perché rimanga agli atti, sperando che poi si arrivi a fare anche il disegno di legge proposto dall'Ufficio di Presidenza, ma siccome le sedute sono poche e non si sa mai come va a finire, noi avremmo preferito chiudere un punto all'ordine del giorno che è rimasto aperto la volta scorsa e poi passare al resto. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen nun über die Vorziehung des Tagesordnungspunktes Nr. 2 ab: **Gesetzentwurf Nr. 50: Änderungen zu den Regionalgesetzen betreffend Familienpaket und Sozialvorsorge – eingebracht vom Regionalaussschuss - Disegno di legge n. 50: Modifiche alle leggi regionali in materia di Pacchetto famiglia e previdenza sociale (presentato dalla Giunta regionale.)**

Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Con 7 astensioni, 3 contrari e il resto a favore il punto n. 2 è anticipato.

Wir beginnen mit der Generaldebatte. Die Berichte sind schon verlesen worden.

Frau Kollegin Kury, Sie haben das Wort.

**KURY:** Danke, Herr Präsident! Verehrte Frau Assessor Stocker! Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns beim Antrag auf Vorziehung enthalten. Ich darf jetzt auch die Gelegenheit nützen, unsere Begründung nachzuliefern. Es ist so, dass wir bereits bei der Behandlung des Entschädigungsgesetzes waren, das für uns sehr wichtig ist. Insofern haben wir uns hier nicht eindeutig für die Vorziehung ausgesprochen, obwohl wir sehr wohl auch nachvollziehen können, dass dieser Gesetzentwurf bereits seit längerer Zeit auf der Tagesordnung steht bzw. seit geraumer Zeit in der Gesetzgebungskommission zur Behandlung anstand und insofern auch seine Wichtigkeit hat. Das nur zur Begründung unserer Stimmenthaltung.

Nun zu diesem Gesetzentwurf, der hier vorliegt: Wir haben im Jänner in der Kommission sehr ausgiebig diskutiert und ich bedanke mich auch bei Frau Regionalassessorin Stocker, die sich die Zeit genommen hat, tatsächlich auch auf alle Bemerkungen, Einwände und Fragen ausführlich einzugehen, so dass wir uns jetzt in der Generaldebatte auf jene Punkte konzentrieren können, die damals in der Gesetzgebungskommission aus unserer Sicht nicht eindeutig ausgeräumt werden konnten bzw. auch jetzt mit den vorgelegten Änderungen von der Regierung aus unserer Sicht noch nicht zur Zufriedenstellung behandelt werden.

Wir haben deshalb auch zwei Anträge eingereicht, die genau diese zwei Punkte berühren. Kurz zum allgemeinen Text: Wir haben mehrere Gesetze, die verändert werden. Einmal der Art. 1, der das Gesetz Nr. 14 von 1976 verändert, wo das Höchstmaß der Beitragszahlung für jene, die ins Ausland abgewandert sind, zurückgenommen wird. Das konnte in der Gesetzgebungskommission geklärt werden und hier liegt von unserer Seite kein Einwand vor. Auch zu Art. 2 gibt es keine Probleme.

Der Art. 3 ist für uns immer noch etwas schwierig zu verstehen. Da geht es um die Problematik der Hausfrauenrente, deren Angleichung an die Mindestrente verkürzt oder beschränkt wird und zwar wird hier im Gegensatz zum herrschenden Gesetz das Einkommen und das Vermögen zusammengerechnet bzw. eine Beschränkung eingeführt, wenn dieses Einkommen 26 mal den Betrag bei Einzelpersonen oder 52 mal bei einem Ehepaar die Mindestrente überschreitet. Dann wird diese Angleichung nicht vorgenommen. Hier würde ich einfach noch einmal Frau Assessorin ersuchen, uns diesen Absatz noch einmal zu erklären. Er ist für mich nicht ganz leicht verständlich, auch in der Formulierung, aber ich denke, dass hier soweit die Sache in Ordnung geht. Wenn man das bezweckt, dass nämlich selbstverständlich weiterhin die Angleichung an die Mindestrente für all jene Personen gesichert wird, die tatsächlich keine zusätzlichen Einkommen von beträchtlichem Ausmaß haben, also wenn das gesichert wird, ist diese Sache in Ordnung. Hier hätte ich allerdings auch eine Bitte: Könnten Sie uns eine Statistik über die momentane Auszahlung der Hausfrauenrente (in welcher Höhe im Durchschnitt und an welche Personen) liefern? Denn ich bin hier informiert worden bzw. gab es auch einige Artikel in den verschiedenen Medien, dass hier doch eine beträchtliche Rente z.B. über 500 Euro ausbezahlt wird und offensichtlich die Gesetzeslücke ermöglicht hat, dass gut stehende Personen in den Genuss dieser Rente kommen. Das wäre ein Problem und da würde ich gerne – vielleicht auch in Zusammenarbeit mit Ihnen und der Regierung – hier versuchen, bei den beschränkten Geldern, die wir haben, soziale Gerechtigkeit walten zu lassen, nämlich tatsächlich zu schauen, dass jene, die es brauchen, eine anständige Rente bekommen und jene, die es nicht brauchen, eventuell zurechtgestutzt werden. Diese Überlegung ist hier sicherlich angebracht.

Wir kommen nun zu jenem Artikel, der uns nicht zufrieden stellt und wo auch die entsprechenden Änderungen vorliegen. Es ist der Art. 4. Ich beginne mit der positiven Bewertung. Es ist selbstverständlich positiv, wenn die Bestimmungen, die wir im Februar 2005 erlassen haben, bezüglich der Beitragszahlung von Seiten der Region für jene Menschen – vorzüglich Frauen, aber in Zukunft sollte sich die Anzahl der Männer vergrößern -, die ihr Arbeitsverhältnis unterbrechen, um Kinder zu erziehen oder Pflegebedürftige zu betreuen, verbessert werden. Hier hatten wir im Februar 2005 vereinbart, dass die Region 3.500 Euro für die freiwillige Weiterversicherung beisteuert, um sicherzustellen, dass jene Leute, die eine sozial wichtige Funktion übernehmen, die Kinder erziehen oder Pflegebedürftige betreuen, dann im Alter nicht selbst zu Pflegefällen werden.

Nun weiß ich, dass dieser Artikel, diese wichtige soziale Maßnahme, eigentlich in äußerst geringem Umfang in Anspruch genommen werden ist, sei es vielleicht aus Unkenntnis, sei es wegen der bürokratischen Aufwände im Verhältnis zum Betrag, der ausbezahlt wird. Ich sage, dass war eine gute Entscheidung und wenn wir wollen, dass dieser Artikel mehr in Anspruch genommen wird, weil wir es für sozial unabdingbar halten, dass Menschen rentenversichert sind, dann müssen wir hier am Betrag arbeiten, damit es sich tatsächlich auszahlt und die Leute motiviert werden, diese Leistung der Region in Anspruch zu nehmen. Das war sicherlich der Grund, warum die Regionalregierung nun diesen Betrag von 3.500 auf 6.000 Euro verdoppelt hat. Soweit unsere volle Zustimmung.

Unser Problem – und Frau Regionalassessorin Stocker weiß es schon – ist, dass man jetzt die Kategorie, die diese sozial wichtige Funktionen leistet, spaltet und unterschiedlich bewertet, nämlich dass für jene, die Kinder erziehen, dieser Betrag verdoppelt wird, was gut ist, aber jene, die Pflegebedürftige betreuen, keine Änderung erfahren. Hier haben wir einfach von der Grundüberlegung her ganz große Probleme, warum man hier diese sozialen Funktionen plötzlich monetär unterschiedlich bewertet. Das ist hier das Hauptproblem.

Deshalb würden wir einfach ersuchen, beide Funktionen gleich zu behandeln und wenn es möglich wäre in beiden Bereichen die Summe zu verdoppeln oder sonst einen Zwischenwert festzulegen, damit doch hier einfach das politische Signal klar gesetzt wird. Wir halten beides für wichtig. Ich war in der Kommission und ein Grund, warum man hier unterschiedlich vorgeht, ist genannt worden: Mit der Pflegesicherung, die ab Juli in einem Teil umgesetzt wird, bekommen jene, die pflegen, bereits eine finanzielle Vergütung. Dieses Argument ist aus unserer Sicht nicht stichhaltig, hat absolut nichts damit zu tun, dass sich Menschen, die pflegen, deshalb freiwillig weiterversichern. Hier sollten wir die unterschiedlichen Regional- und Landeskompetenzen nicht vermischen. Also unser Anliegen ist, hier Gleichbehandlung zu sichern. Das ist der Hauptkritikpunkt zu Art. 4, den ich anschließend auch noch bei der Diskussion der Tagesordnung eventuell noch erläutern möchte.

Es ist im Artikel 4 noch positiv zu vermerken, dass die Zeiten von 12 auf 24 Monate ausgedehnt werden. Ich habe zum Absatz 8 auch so meine Probleme. Wir haben vorher festgestellt, dass für die Kindererziehung der Betrag verdoppelt wird und dass dieser Betrag dann auch ausgezahlt wird, wenn praktisch schwer pflegebedürftige minderjährige Kinder oder ihnen gleichgestellte Personen in der Familie sind. Wir haben hier wieder eine Ausnahmeregelung für Behinderte, was ich nachvollziehen kann. Allerdings wenn die Pflegezeiten nicht gerechnet werden, dann wird die Familie in dem Augenblick, wo das Kind 18 Jahre überschreitet, plötzlich zu einem pflegebedürftigen Familienangehörigen und die Pflege fällt durch den Rost, weil ja nur für Kindererziehung Gelder gewährt werden. Hier ist eine Inkonsequenz im Gedankengang drinnen: Wenn hier Kindererziehung berechnet wird und Pflegezeiten nicht berechnet werden, dann werden Familien mit pflegebedürftigen Kindern bis zu 18 Jahren in der Genuss der Beitragszahlung kommen und ab dem 18. Lebensjahre ist dieses Kind nicht mehr minderjährig, sondern ein Erwachsener, und dann bekommt man nichts mehr. Hier scheint uns einfach der Gedankengang nicht geradlinig zu sein.

Dann kommen wir zu den Änderungen, die wir im Prinzip begrüßen, mit der Detailregelung allerdings nicht einverstanden sind, nämlich die Tatsache, dass das Familiengeld jetzt auch beim ersten Kind ausbezahlt wird. Das ist absolut lobenswert, entspricht unseren Vorstellungen, die wir bereits im Jahre 2005 massiv vorgetragen haben und wo ich und Frau Stocker uns in der Öffentlichkeit gepeilt haben über diese Tatsache, dass man gerade dort, wo ein Kind massiv finanziell ins Gewicht fällt, nämlich beim ersten Kind, weil sehr viele Anschaffungen notwendig sind, nichts bekommt und beim zweiten dann schon. Denn wir wissen, dass sehr viele Eltern ein Kind haben und somit nichts bekommen, auch wenn sie in die unterste Einkommensstufe fallen. Soweit so gut, dass jetzt auch die Regionalregierung diesen Wunsch aufgreift und das Geld auch für das erste Kind auszahlt. Allerdings sehen wir bei den

entsprechenden Tabellen, unter welchen wirtschaftlichen Verhältnissen dieses Geld ausbezahlt wird, keine gradlinige Entscheidung. Es gibt Änderungsanträge, die die wirtschaftliche Lage um eine Spur erhöhen – soweit so gut. Allerdings genügt ein Blick auf die Tabellen, um zu sehen, dass nicht geradlinig vorgegangen wird. Wir sehen in allen Kategorien von der 2. bis zur 7. Stufe immer die Ausdehnung der wirtschaftlichen Lage um zwei Kategorien. Während die Familie mit einem Kind ein Einkommen bis zu 43 Millionen Euro haben kann, kann eine Familie mit drei Kindern zwei Kategorien weiter springen, nämlich ein Einkommen von 48 Millionen Euro haben, Familien mit 4 Kindern ein Einkommen von 54 Millionen usw. Ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen, aber von der Systematik her kann man hier eindeutig schließen, dass von 2 bis 7 eine Systematik ist, nämlich jeweils eine Erweiterung des Familieneinkommens um zwei Kategorien.

Dann schauen wir den Sprung von der Familie mit 1 Kind zur Familie mit 2 Kindern an und sehen, dass hier ein doch nicht linearer Sprung geplant ist. Während wir sonst immer und überall 2 Kategorien haben, springt man hier gleich einmal 5 Kategorien. Die Schlussfolgerung heißt, dass hier bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage Familien mit einem Kind sehr sparsam, überverhältnismäßig knauserig behandelt werden. Das ist so bei der Tabelle A, bei Familien mit beiden Elternteilen und das ist genauso das System bei der Tabelle B, bei Familien mit nur einem Elternteil, d.h. es ist dort noch einmal gravierender. Dort ist auch der Sprung von zwei bis sieben Kindern jeweils um zwei Kategorien, während der Sprung von einem auf zwei hier ganze acht Kategorien ausmacht. Hier wird noch einmal strenger gemessen und die Gruppe, die in den Genuss dieses Geldes kommt, wird tatsächlich ganz eng eingeschränkt. Gerade bei den Alleinerziehern ist das ein Problem. Die Argumentationskette, die dann startet, heißt dann immer: ja, wir wissen, bei den Alleinerziehern gibt es eine Reihe von Schwindlern und deshalb wollten wir diese Kategorie hier eng beschränkt halten.

Das ist eine falsche Argumentation und da würde ich auch alle ersuchen, mich in dieser Argumentation zu unterstützen, denn es geht nicht an, dass man nur deshalb, weil Missbrauch betrieben wird, die ganze Kategorie ungerecht behandelt. Die Lösung ist eine andere, d.h. wir verstärken unsere Anstrengungen bei der Erfassung jener, die schwindeln und das ist möglich. Man erzähle mir nicht, dass das nicht möglich ist, wenn man hier sowohl auf Regional-, Landes- und Gemeindeebene die Anstrengungen verschärft. Man soll tatsächlich versuchen, die schwarzen Schafe ausfindig zu machen, aber nicht jene Kategorie strafen, die eine Gruppe darstellt, die tatsächlich unter jene Kategorie fällt, die armutsgefährdet ist! Das würde ich hier noch zu Bedenken geben wollen.

Ich komme zum Schluss. Bei den Übergangs- und Schlussbestimmungen ist weiter nichts auszusetzen. Ich möchte nur abschließend die Pressekonferenz der Sozialverbände gestern zum Anlass nehmen, hier noch ein Thema zu aufzugreifen. Gestern haben die Sozialverbände Unisono darauf hingewiesen, dass mit der Umsetzung der Pflegesicherung ab 1. Juni, die wir und alle begrüßen, auch eine Gefahr verbunden ist, nämlich die Gefahr der Schwarzarbeit. Wir wissen, die Pflegenden bekommen Geld in die Hand und wie sie dann mit diesem Geld umgehen, ist ihnen überlassen, mit Ausnahme jener Fälle, die Landesrat Theiner gestern öffentlich zitiert hat, dass bei nachweislicher nicht erfolgter

Pflege auch Gutscheine ausgehändigt werden können. Aber ich hoffe, das sind Einzelfälle. Im Großteil entscheiden aber die Pflegenden, wie sie mit diesen Geldern umgehen. Die Gefahr ist groß, dass ein Missstand hier entsteht, nämlich dass die Schwarzarbeit der sogenannten Badantinnen gefördert wird. Deshalb eine Anregung, die ich auch in der Kommission bereits deponiert habe: Könnte man nicht auch im Rahmen des Familienpaketes einen Passus verankern, der da eine bestimmte Bevorzugung, einen kleinen Anreiz für jene festlegt, die nachweislich eine „Badantin“ oder wen auch immer beschäftigen, um damit ganz einfach den Vorteilen entgegenzusteuern, die sich nach wie vor daraus ergeben, wenn ich jemanden nicht melde? Das wäre hier auch noch zu überlegen, um die Schwarzarbeit zu bekämpfen, gerade in dem Augenblick, wo wir wissen, dass in Südtirol – ich hoffe im Trentino auch demnächst – die Pflegesicherung in Kraft treten wird, damit wir jetzt per Regionalgesetz versuchen, hier einen Anreiz zu verankern, dass Leute, die jemanden anstellen, um ihre Familienangehörigen zu versorgen und zu betreuen, irgendwo auch einen Anreiz bekommen und sich damit die finanziellen Vorteile insofern ausgleichen, die ich sonst habe, wenn ich jemanden nicht melde oder das Geld in die Tasche stecken.

Das wäre nur noch ein Gedankengang, den ich hier anbringen möchte, der auch in der Kommission diskutiert wurde, mit der Antwort, das würde wohl eher eine Landeskompetenz sein. Darüber kann man diskutieren. Ich könnte mir vorstellen, bei diesen Erziehungs- und Pflegezeiten könnte man hier schon etwas einbauen. Sollte allerdings die Meinung vorherrschen, es sei Landeskompetenz, dann würde ich mir wünschen, dass das Land dann tätig wird und bis jetzt habe ich zwar ganz viele Vorschläge von Seiten des Landes Südtirols gelesen, die dringend in Form eines Omnibusgesetzes durch den Landtag gepeitscht werden sollten. Diesbezüglich habe ich nichts gelesen und insofern scheint mir das eher ein Pingpong-Spiel zu sein, nämlich: Wir sind nicht zuständig, das sollen die anderen tun, wohl wissend, dass die anderen hier auf diesem Ohr wenig hören.

Ich schließe mit Lob über die Methode und über die Arbeitsweise und auch über die rechtzeitige Zusendung von Änderungsanträgen auch in Hinsicht auf den Ansatz des Gesetzes, allerdings mit der Kritik, dass zwei, drei Punkte vielleicht noch einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollten. Es geht um die Berechnung der wirtschaftlichen Lage der Familie, die nur ein Kind hat und es geht vor allem um die aus unserer Sicht nicht nachzuvollziehende, ungleiche Behandlung von sozial unverzichtbaren Diensten und Aufgaben, Kinder erziehen und Pflegebedürftige betreuen. Da haben wir noch Kritik anzumelden.

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICEPRESIDENTE MAGNANI  
VIZEPRÄSIDENT MAGNANI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il consigliere Morandini. Ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, signor Presidente. Quest'Aula è chiamata per la terza volta ad occuparsi della materia previdenziale, la seconda volta in questa legislatura, dopo che negli anni '90 era stato editato da questo Consiglio il primo pacchetto famiglia che si è rappresentato, per la sua assoluta novità ed originalità, non solamente per il Trentino-Alto Adige, ma anche per il territorio

nazionale, se solo ricordo che poi qualche altra regione, con molti anni di ritardo, qualche altra soltanto purtroppo, la gran parte non l'hanno fatto o non l'hanno potuto fare, qualche altra regione ha cercato di imitare queste provvidenze, in parte riuscendo ed in parte no, che rappresentavano un unicum, non solamente per il territorio regionale, ma anche per quello nazionale. Cito l'assegno di natalità, quello di cura, l'assicurazione volontaria per le persone casalinghe, interventi ad istituti che hanno determinato un quadro di politiche familiari, ricordato da grandi studiosi di politiche familiari, cito fra tutti Pier Paolo Donati, ordinario di sociologia della famiglia a Bologna che, in numerosi suoi testi ha messo nelle primissime pagine queste nostre leggi, relative per l'appunto al primo pacchetto famiglia.

Che cosa poi è accaduto poco dopo l'inizio di questa legislatura? È accaduto che questa maggioranza, considerando sostanzialmente strano quello che aveva rappresentato e rappresenta un unicum per quella poca parte che è rimasta evidentemente, che non consente più di definire "pacchetto famiglia" questo intervento, comunque così formalmente è stato chiamato, ebbene questa maggioranza che governa la Regione e anche le Province autonome ha sostanzialmente cancellato gran parte di queste norme, ha cancellato l'assegno di natalità – ripeto – che aveva aiutato migliaia di famiglie in difficoltà all'arrivo del primo figlio, penso in particolare alle famiglie monoparentali, cioè quelle in cui c'è un solo genitore, che per la grandissima parte dei casi è rappresentato dalla donna. Quindi l'assegno di natalità è andato primariamente a sostenere famiglie particolarmente deboli, soggetti particolarmente deboli come i soggetti femminili, le donne sole che hanno partorito un figlio.

Crederci annotarlo, anche perché qualcuno evidenziava qualche dubbio nel corso di qualche colloquio, la donna sola con il proprio figlio che ha generato è famiglia a tutti gli effetti, anche dal punto di vista giuridico. Quindi in questo senso, anche una serie di emendamenti che ho presentato, come poi illustrerò, per far decorrere l'assegno al nucleo familiare dal primo figlio non dal 1° gennaio 2008, come propone questa maggioranza, ma da quando questa maggioranza ha ritenuto di non interessarsi più delle famiglie con un solo figlio che –ripeto – in gran parte sono famiglie monoparentali e quindi dal 2005. Ribadisco dal punto di vista giuridico, sociologico e quant'altro la donna che ha generato un figlio, la donna anche sola con suo figlio è famiglia a tutti gli effetti.

Quindi le obiezioni che ho sentito formulare nei confronti dell'estensione di questo istituto, mi pare che di fronte a questi ragionamenti non abbiano molta ragione di esserci.

È stato cancellato l'assegno di cura, in maniera assolutamente negativa, perché l'assegno di cura era un intervento che metteva la madre ed il padre, le famiglie in grado, a seconda della scelta che intendevano fare, di poter scegliere il tipo di sostegno nella primissima infanzia, da zero a tre anni, che più si confaceva al loro progetto educativo.

Molte famiglie hanno utilizzato questo assegno di cura e si sono dichiarate soddisfatte, contente, perché quando su questi versanti entrano questioni ideologiche allora si vanno ad inquinare istituti che invece dovrebbero star fuori dalle ideologie e pensare che quando una donna partorisce suo figlio e se non può lei lo chiede normalmente il padre del bambino, ad una domanda profondamente umana che viene dal cuore dei genitori, quella, se aiutati, di poter accudire il proprio figlio fino a quando va alla scuola materna.

Da questo punto di vista un'istituzione come la nostra, che ha competenze in materia previdenziale, oltre che di disponibilità finanziarie, doveva mantenerlo questo istituto, che allargava – ripeto – lo spettro della libertà di scelta del tipo di presenza educativa che la famiglia riteneva più consona al proprio progetto. Chi sceglieva di poter stare a casa fino a quando il figlio andava alla scuola materna era messo in grado e nella libertà di poterlo fare, chi riteneva di portarlo all'asilo nido poteva farlo, evidentemente non utilizzando l'assegno di cura e quant'altro.

Quindi sopprimere l'assegno di cura è stato un atto di grave ingiustizia sociale che, ancora una volta, guarda caso, ha penalizzato le donne. Molte volte si dice a parole, particolarmente questa maggioranza lo dice spesso che vuole fare politica a sostegno della donna, eccetera, ebbene la cancellazione di questi istituti ha dimostrato nei fatti che proprio le donne sono state penalizzate, donne che sono state costrette, contro la loro scelta, a cercare di rimettersi nel mercato del lavoro, cosa che invece l'assegno di cura avrebbe consentito, almeno fino a quando il figlio andava alla scuola materna, di poterlo accudire, se loro lo ritenevano, perché la questione evidentemente attiene ad una libertà personale della madre in particolare, comunque della famiglia se lo ritenevano, di poter accudire il figlio fino a quando questi era al compimento dell'età che lo introduceva poi presso la scuola materna.

Ebbene, sono stati cancellati dal cosiddetto nuovo pacchetto famiglia questi due istituti, assessore, le rappresento un'ingiustizia di questo e poi è stata cancellata anche l'estensione dell'assegno al nucleo familiare oltre il 18° anno. Annoto che il primo pacchetto famiglia prevedeva sì, purtroppo a partire solo dal terzo figlio, perché allora ci fu un intervento finanziario consistente su altri versanti, la maggioranza di allora purtroppo non ritenne di consentire l'estensione dal primo figlio, ebbene però la estese oltre il 18° anno, nella convinzione che nella grandissima parte dei casi i figli, quando compiono il 18° anno, non è che non costano più nulla alla famiglia, nella grandissima parte dei casi costano di più. Quindi era parso ragionevole – lo dico perché ero stato il proponente – estendere oltre il 18° anno di età, anno fino al quale c'è la copertura anche da parte dello Stato, fra l'altro con assegni familiari davvero inconsistenti dal punto di vista dell'entità, estendere oltre il 18° anno fino al compimento del corso legale di studi per chi frequentava le scuole superiori, fino al compimento legale di studi per chi avesse frequentato gli studi universitari ed anche questo è stato cancellato.

Ripeto, per le famiglie soprattutto numerose, questo istituto aveva rappresentato una boccata di ossigeno, un intervento davvero consistente. In questo senso ho presentato un ordine del giorno, perché si estenda l'assegno al nucleo familiare oltre il 18° anno di età, proprio per queste ragioni di equità sociale a cui mirava l'estensione contenuta nel primo pacchetto famiglia.

Nel 2005 la maggioranza che a tutt'oggi governa la Regione e le due Province autonome, porta in Consiglio regionale la modifica a questo primo pacchetto famiglia, cancellando una serie di istituti, ho ricordato i più importanti, ed introduce alcune misure che, vorrei ricordare ai colleghi, a tutt'oggi non sono applicate nelle Province autonome. Per cui si è modificato sostanzialmente il primo e originario pacchetto famiglia, si sono introdotte nuove misure, ma – incredibile – una serie di queste misure è sempre rimasta sulla carta, consigliere Viola. *Tam quam non esset*, cioè scritte in legge nel febbraio 2005 e rimaste ancora lì.

Allora l'unico istituto applicato integralmente a tutto'oggi dal 2005 ad oggi, siamo praticamente alla fine legislatura, di questo cosiddetto nuovo pacchetto famiglia è l'assegno regionale al nucleo familiare. Questo è l'unico istituto previsto nel nuovo pacchetto famiglia applicato in entrambe le Province. Per il resto le due Province si comportano come fossero assolutamente svincolate l'una dall'altra ed anche questo è qualcosa di fortemente negativo dal punto di vista politico anche, nei confronti della concezione che questa maggioranza ha dell'ente Regione, per il resto ci sono applicazioni diversificate.

Nella Provincia di Bolzano la copertura previdenziale per i familiari che si occupano di soggetti non autosufficienti è applicata ed è applicata bene e qui prendiamo atto e riconosciamo che è applicata bene.

Nella Provincia di Trento assolutamente no, nessuna copertura previdenziale è stata redatta per i familiari che in provincia di Trento si occupano di persone non autosufficienti.

Faccio notare che anche in provincia di Trento, allo stesso modo che in provincia di Bolzano ci sono molti familiari non autosufficienti che le famiglie accudiscono al loro interno e qui sappiamo quanto è faticoso accudire i familiari al proprio interno, ebbene queste famiglie, come si suol dire, sono *becche e bastonate*, perché assistono al loro interno il familiare non autosufficiente e questa è un'opera altamente meritoria, di fronte alla quale le istituzioni dovrebbero assolutamente portare il loro apporto. In questo caso, dal punto di vista previdenziale, in termini contributivi, quindi semplicemente attuando quanto è stato scritto nella legge regionale del 2005 ed invece nulla, è rimasta sulla carta.

A pochissimi mesi dalla fine della legislatura la copertura familiare per sostenere i familiari che si occupano di persone non autosufficienti, quindi all'interno delle loro famiglie, in provincia di Trento non è assolutamente applicata.

Quindi denuncio questa grave ingiustizia, questa discrasia che c'è a danno, ancora una volta, delle persone non autosufficienti, quindi di una categoria particolarmente debole della società.

Annoto anche e ripeto – questo esprimo – una forte disattenzione nei confronti di coloro che si prodigano per accudire questi familiari non autosufficienti, anziché metterli in casa di riposo, cosa che sarebbe sicuramente più semplice per loro, costoro esemplarmente si dedicano al sostegno, alla cura di questi malati non autosufficienti, non hanno nemmeno il sostegno dell'ente pubblico che sarebbe previsto in legge, quindi non attuato nella provincia di Trento.

La legge regionale 2005 prevedeva, perché sulla carta è rimasto pure questo, prevedeva la copertura previdenziale per chi assiste un bimbo; non solo la generazione, ma l'educazione dei figli all'interno della famiglia, ebbene questo istituto è applicato in provincia di Trento solo per coloro che fanno lavoro part-time. Per cui le persone, anche qui in gran parte donne, che lavorano l'intera giornata e che sostanzialmente fanno tutto il possibile per accudire questo figlio non ricevono assolutamente nessuna copertura previdenziale, cosa che – ripeto – sarebbe prevista dalla legge regionale entrata in vigore ancora agli inizi del 2005 e che quindi 2005, 2006, 2007, 2008 si rappresenta in tutta la sua ingiustizia, quindi scritta sulla carta, proclamata dal punto di vista sociale, ma non applicata.

Allora delle due l'una, signori, si torna in Aula con una terza legge di sostanziale modifica, ma è evidente che questa appare agli occhi di tutti e chi ha onestà intellettuale non può non riconoscerlo, come manifesto elettorale a pochi mesi dalle elezioni, perché si propone un'ulteriore modifica del pacchetto famiglia, prima di applicare integralmente il cosiddetto pacchetto famiglia del 2005 che – ripeto – su vari istituti è a tutt'oggi sulla carta, cioè lettera morta.

Ripeto, la copertura previdenziale per i familiari che assistono malati non autosufficienti nella provincia di Trento e la copertura previdenziale per i genitori che accudiscono i propri figli in provincia di Trento è prevista solo per chi fa part-time.

Quindi prima di portare un'ennesima modifica a questo pacchetto famiglia, fra l'altro pochi mesi prima delle elezioni, in periodo tutt'altro che non sospetto, si attui integralmente la legge regionale del 2005, quella che ha previsto questa serie di interventi previdenziali, queste coperture previdenziali per chi si occupa di soggetti deboli che – ripeto – in buona parte è sulla carta, perché questa legge è applicata integralmente nelle due Province unicamente per quanto riguarda l'assegno regionale al nucleo familiare.

Quindi si applichi prima quella e poi si venga in Aula a discutere di questa. Ecco perché ho presentato tutta una serie di emendamenti per far riflettere su questo, perché sono stato il primo, dopo che dal 2005 questa maggioranza, con la legge del 2005, ha dimostrato totale disattenzione al primo figlio, sono stato il primo ad insistere perché venisse recuperata quell'attenzione che il primo pacchetto famiglia dava. Mi è testimone anche una proposta di legge che ho presentato all'interno del Consiglio provinciale di Trento, che è stata recepita dalla legge provinciale che ha riordinato le politiche sociali in provincia di Trento e che è a tutt'oggi legge e che dice che se la Regione non vi provvede vi si deve provvedere in seguito a questa mia proposta, diventata legge, ripeto.

Questo lo si deve fare a partire da quando si è iniziata a consumare questa ingiustizia e cioè a partire dal 2005. Dal 2005, con la nuova legge regionale che secondo questa maggioranza rappresenterebbe il cosiddetto nuovo pacchetto famiglia, ma che di famiglia ormai non ha più quasi nulla, dal 2005 questa Regione, nonostante sia dotata di competenze finanziarie notevoli anche su questo versante, ha espresso totale disattenzione alle famiglie con un solo figlio e – ripeto – gran parte di queste famiglie sono monoparentali e la gran parte di questi genitori unici sono donne, quindi sono penalizzate le donne.

Ecco perché ho presentato una serie di emendamenti, perché chiedo primariamente che la decorrenza dell'assegno al nucleo, che finalmente l'assessore ha deciso, rideciso dopo vari interventi, anche fatti in provincia di Trento dal sottoscritto, l'assegno al nucleo dal primo figlio non sia a decorrere dal 1° gennaio 2008 come è scritto nella sua proposta, ma sia dal 2005, cioè da quando questa Regione, cancellando l'originario pacchetto famiglia, ha espresso totale disattenzione dei confronti del primo figlio in questi anni 2005, 2006, 2007, 2008.

Le donne che hanno partorito un solo figlio, molte volte le donne sole, non hanno ricevuto un euro, va bene? Come contributo previdenziale secondo quanto ha disposto questa nuova legge regionale e questa è una grave ingiustizia e discriminazione. Non solo, ma annoto che l'art. 13 della legge regionale del 2005, questa maggioranza ha portato agli inizi legislatura, prevedeva che per queste finalità, art. 13, primo comma, per questi interventi ci

fosse una spesa annua complessiva di 30 milioni di euro, quindi circa 60 miliardi di lire, ma una buona parte di questi interventi non sono stati attuati.

Quindi in questo senso rappresenta ulteriormente questa ingiustizia, questa divaricazione, cioè questi soldi previsti dal primo comma dell'art. 13 della legge regionale 1 del 2005 dove sono finiti? Come sono stati impiegati? Se, come è vero, perché questo è sotto gli occhi di tutti, questa legge regionale è stata attuata solo in parte, nel senso che avevo detto.

È chiaro che si è realizzata una disparità di trattamento fra le due province, ancora una volta – qui annoto la conseguenza politica – quindi la Regione, perché stiamo parlando di una legge regionale, stiamo parlando di una competenza che attiene alla Regione, stiamo parlando di una delle pochissime competenze rimaste in capo alla Regione, la competenza in materia di previdenza sociale, che per quanto competenza terziaria, cioè meramente integrativa, ha dimostrato negli anni di essere una competenza che, se gestita bene, porta interventi consistenti a sostegno della famiglia. L'ha dimostrato, come ricordato all'inizio, in particolare il primo pacchetto famiglia.

Ebbene, questa legge regionale che quindi dovrebbe essere applicata dalle due Province, uniformante non lo è stata, come ricordavo prima, c'è stata una divaricazione forte fra una Provincia e l'altra e quindi ancora una volta si fa strano dell'istituto regionale, collega Sigismondi, cioè una legge regionale applicata in provincia di Trento in un modo ed in provincia di Bolzano in un altro. Alla faccia della Regione, alla faccia dell'unitarietà dell'istituto regionale!

Quindi in questo senso annoto anche questo dato che non è solamente politico, è anche istituzionale, è anche storico, evidentemente so che ci sono valutazioni differenti su questo, però prendo atto che a tutt'oggi questa è una legge regionale e come legge regionale ha vigenza sull'intero territorio della regione, che è composto, come sapete benissimo, dai territori delle due province assommata insieme e quindi questa discrasia deriva anche dal punto di vista politico.

Vengo ad una breve disamina degli articoli più importanti che sostanziano il disegno di legge, presentato dall'assessore a nome della Giunta.

Mi pare che la ratio generale, la filosofia di fondo sia quella sostanzialmente di tirare sui cordoni della borsa, guarda caso, ancora una volta si colpisce l'assicurazione regionale sulle pensioni alle casalinghe, che è già stata cancellata, bontà loro, per fortuna almeno sono state salvate le persone casalinghe che si erano iscritte, ma sostanzialmente si colpiscono ancora queste persone che, annoto, nella grandissima parte dei casi sono soggetti preminentemente deboli; sono soggetti che oggi percependo questa loro assicurazione regionale la vivono giustamente – ho riscontri frequentissimi in questo senso – come una boccata di ossigeno nel bilancio familiare.

Ebbene, ancora una volta si va a colpire come l'art. 1 che propone di inserire all'art. 1 della legge regionale n. 14 del 1976 un articolo 1-bis, va sostanzialmente a prevedere. Al terzo comma, appunto con una parolina sostituisce l'espressione 90% con 75 %, sembra qualcosa di indolore, in effetti pur rappresentando, - lo ribadisco all'assessore – che sono pochi gli interessati, si infierisce ancora una volta su soggetti previdenzialmente deboli e quindi si mette in difficoltà questo tipo di persone.

La norma dell'art. 2 del disegno di legge è una norma squisitamente tecnica, quindi su questo non ho nulla da dire, ma per documentare

ulteriormente questa sorta di infierimento sull'assicurazione regionale nei confronti delle persone casalinghe, annoto che l'art. 3 è un fiore all'occhiello in questo senso, purtroppo in senso negativo.

Al comma 1 dell'art. 3 si sopprime la parola "anticipate". Faccio presente che con questa soppressione si va in controtendenza, non solamente con questa, anche con i commi successivi, rispetto all'integrazione del trattamento pensionistico, cioè si toglie l'integrazione al minimo che dà lo Stato e sostanzialmente si inventa una integrazione al minimo della Regione, nella paura che le pensioni al minimo subiscano consistenti aumenti. Se non ho inteso male si cristallizza l'attuale integrazione al minimo e poi, di anno in anno, si riconosce solo come integrazione ulteriore solo l'aumento del costo della vita, secondo l'indice ISTAT.

Quindi vengono penalizzate coloro che avrebbero da percepire l'integrazione al minimo e non percepiscono l'integrazione della pensione derivata dallo Stato. Mi spiego ancora di più. Se si crea rivalutazione, se lo Stato aumentasse, come sarà nel futuro, come ha sempre fatto, le pensioni al minimo, chi gode le integrazioni al minimo da parte dello Stato è avvantaggiato rispetto a chi gode la pensione casalinga regionale. Quindi ancora una volta coloro che godono della pensione casalinga, in virtù della legge regionale nostra, sono penalizzate di fronte a questo istituto di integrazione al minimo.

Per quanto riguarda poi la questione che sollevavo prima delle madri nubili, esaminando le tabelle ho notato che alle madre nubili è riconosciuto un beneficio solo per tre fasce ed invece i genitori, dove ci sono entrambi, hanno la fortuna di avere più fasce. In questo senso ho presentato anche qui, come sulle norme che ho ricordato, una serie di emendamenti.

Intendo far presente che proprio le madri nubili rappresentano una situazione di particolare fragilità e debolezza che è sotto gli occhi di tutti. Intendo far presente che se si vuole spezzare una lancia e promuovere una cultura per la maternità, questa è l'occasione, non penalizzando così e prevedere solo tre fasce per le madre nubili e una serie di fasce per le situazioni in cui ci sono entrambi i genitori, perché – ripeto – la madre nubile che ha accolto suo figlio è famiglia a tutti gli effetti, anche dal punto di vista giuridico. Quindi in questo senso ho presentato un emendamento che va a modificare le fasce, come ho ricordato.

Negli emendamenti che ha depositato recentemente l'assessore ci sono alcune modifiche su cui vorrei velocemente soffermarmi.

Per quanto riguarda l'aiuto contributivo per chi assiste in casa figlio o familiari minorenni, la formulazione originaria, l'attuale norma mi pare preveda che si arrivi fino al 18° anno. Ora con l'emendamento presentato dall'assessore, a nome della Giunta, è previsto che si vada solamente solo fino ai 5 anni; anche qui è una norma profondamente discriminante, profondamente ingiusta dal punto di vista sociale. Ecco perché anche qui mi sono permesso di presentare degli emendamenti correttivi.

Saluto positivamente, nei confronti dell'assessore, l'inserimento di assegnazione dell'assegno regionale al nucleo anche ai liberi professionisti, sono una serie di soggetti che a tutt'oggi non hanno potuto godere di questo e questo rappresentava una discriminazione, quindi annoto in questo caso positivamente questo suo emendamento, che è contenuto in uno degli emendamenti che ha depositato recentemente; come annoto positivamente il fatto che i lavoratori atipici possano iscriversi nel senso di vedere – uso una

parola forse semplicistica, ma per capirci – di poter essere messi in grado di coprire una serie di buchi previdenziali. Anche questo lo annoto positivamente.

Per quanto riguarda le tabelle, come prima ricordavo, il contributo legato per l'unico genitore non solamente prevede l'erogazione per redditi molto bassi, quindi escluderebbe dal novero dell'applicazione tutta una serie di famiglie monoparentali, in gran parte donne sole con il loro figlio e quindi questo va corretto, ho presentato una serie di emendamenti, se è positivo assessore e qui lo riconosco, che le famiglie con un figlio disabile possano godere di una maggiore azione forte per tutte le fasce, non capisco perché – me ne chiedo le ragioni, perché davvero non le trovo – di fronte al genitore unico, in gran parte donna con il proprio figlio, non si dia la stessa maggiorazione come si dà per coloro che assistono figli disabili o soggetti familiari non autosufficienti – ripeto – ad un unico genitore con il proprio figlio non si diano le stesse fasce.

Per intanto mi fermo, annoto conclusivamente l'ingiustizia che è rappresentata da questo: primo, la non applicazione di una legge regionale uniformemente in entrambe le Province, torno a ribadire che la copertura previdenziale per familiari che si occupano di non autosufficienti in casa è applicata solo in provincia di Bolzano, pur essendo prevista in una legge regionale e quindi non applicata a tutt'oggi in provincia di Trento, ormai sono anni che questo accade; che in provincia di Trento pure la copertura previdenziale per chi si occupa dei figli è erogata solamente nei confronti di donne che fanno part-time, ma non nei confronti di donne che lavorano a tempo pieno, quindi penalizzate anche queste e che prima di portare questa ennesima modifica in Aula si doveva garantire l'applicazione uniforme in entrambe le Province, anziché arrivare, in periodo tutt'altro che non sospetto, a portare a pochi mesi dalle elezioni questo nuovo pacchetto famiglia.

Presidente, concludo anche con un'annotazione sulla nostra presenza in Aula. Il Presidente Pahl prima ha ricordato il decesso di un nostro collega e ci siamo giustamente alzati in piedi, si è alzata pure una signora dal pubblico e chiedo, signor Presidente, che chi presiede l'Aula inviti tutti coloro che sono seduti nel pubblico ad alzarsi in piedi, per il doveroso rispetto che è dovuto ad un defunto. Grazie.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il consigliere Boso. Ne ha facoltà.

**BOSO:** Grazie, Presidente. Ho ascoltato con attenzione il collega Morandini e qualcosa si potrebbe dire e ridire all'interno di queste norme e di queste leggi, norme e leggi che dovrebbero avere uno spessore più serio di discussione.

Oggi vediamo che c'è una seduta di Consiglio regionale con eventuale seduta notturna. Sembra quasi che questo Consiglio regionale lavori chissà quanto tempo, mi sembra che le sedute siano state molto poche, siano state fatte a mezze giornate e che non fosse utile la seduta notturna, si poteva spostare a domani o in altra giornata senza fare la notturna.

Quando c'è da prendersi in giro possiamo farlo e se ci si prende in giro nel periodo di carnevale va bene! Le dico che il pomeriggio e la notturna non si faccia, perché non è che facendo le sedute del Consiglio regionale si sia strangolati nel tempo e si sia obbligati a dare flaconi di sangue! Questa veramente è la seconda presa in giro.

Assessore regionale, sto seguendo da un certo periodo le posizioni per le malattie rare, cosiddette invalidanti, malattie rare che sono quelle più

nocive, sono cinquemila i tipi di patologie, sono circa il 3% di una popolazione, in Italia sono 1 milione e 600 mila, di cui 34 milioni a livello europeo. Pensavo che all'interno delle famiglie con i figli soggetti, per cui l'obbligo di assistenza alle malattie rare ed al costo del servizio che la famiglia dà all'assistenza di questo figlio, è stato fatto un conteggio da esperti e l'orario continuato della presenza della madre, le cure, la poca attenzione, l'obbligo di non poter avere dei tempi, dei centri di cura per cui l'handicap è messo in evidenza di tutte le realtà sociali, dimenticandosi questa particolarità che sono le malattie rare.

Assessore, le chiederei un attimo di attenzione, queste famiglie, nell'arco dei 15 anni del figlio, hanno una spesa di 1 milione e 152 mila euro, per cui sarebbe stato bello avere visto un occhio di attenzione anche sul discorso di assistenza più impregnante su queste realtà.

Mi sono dimenticato di portarle i dati della conferenza stampa che abbiamo fatto ieri. Siamo due Province ricche, una Regione opulenta di denaro, però – a mio avviso – incapace di gestire nella realtà dei propri cittadini. Abbiamo visto che ci sono delle fratture anche all'interno della corazzata della SVP, quella grande corazzata politica che sembrava non dovesse avere mai scossoni, però abbiamo visto che fra il sistema di utilizzo all'assistenza sfrenata dei non residenti e la visione dell'entità economica all'interno della corazzata della Democrazia Cristiana/Südtirol Volkspartei oggi si è rotta e si è rotta facilmente per l'incapacità gestionale, per l'incapacità di rapporto con la comunità stessa.

Di fronte a questo sarebbe stato bello poter discuterne oggi, domani, posdomani su questa legge, per poter dare i tempi ed i doverosi rispetti a chi veramente ne ha bisogno.

Assessore, ho sempre pensato che l'handicap sia una malattia, l'handicap da malattie rare è una tragedia per le famiglie, ma essendo che sono sempre pochi non ci sono interessi economici, non ci sono interessi di ricerca sanitaria pubblica, c'è sempre il privato che si interessa di queste indicazioni e di questi indirizzi. Allora quando all'interno di una legge-famiglia non si trovano questi riferimenti o è sbagliata la legge o è sbagliato il riferimento di famiglia, perché questo è il discorso, perché se le famiglie sono esclusivamente quelle a cui dare la scuola, la palestra, il campo da calcio e altre entità di costo, allora si può capire.

Noi stiamo parlando, anche come Lega Nord, di quelle persone, gli ultimi che non hanno voce e non hanno volto. Allora di fronte a questo dovremmo vedere l'attenzione vera all'interno di queste comunità, perché quando sento che personaggi dicono: ma io sono di sinistra. Perché sei di sinistra? Non lo so, però sono di sinistra. Dovrebbero spiegare qual è il valore della sinistra e ci siamo accorti che valori non ce ne sono più, sono diventati soggetti del maglioncino di cashmere, sono diventati riferimenti delle sedie e delle poltrone, ma i valori veri della sinistra non ci sono più.

Collega Pinter, mio Presidente di Commissione, ogni tanto scivola su qualche valore di sinistra, ma ogni tanto sbaglia anche lui perché si fa trascinare nel blocco del partito democratico, che non ha democrazia. Allora quando un'entità è soltanto di nome democratica, non è più democrazia, ci troviamo in queste condizioni.

Presidente, noi dovremmo poter tenere la discussione nel dovuto tempo, però quando di fatto viene proposta una seduta notturna su una legge che potrebbe avere il suo tempo, quando viene proposta una seduta notturna

su dei tempi di Consiglio che non sono strangolati, non abbiamo mai avuto tempi strangolati da obbligarci a fare la notturna; facilmente la seduta notturna è diventata un riferimento giornalistico, magari per proporsi in campagna elettorale: *stiamo lavorando per voi, lavoriamo anche di notte, perché l'ENEL ci ha dato la luce*, di fronte a questo, Presidente, incomincio ad avere dei dubbi.

Siccome non mi piace farmi prendere in giro e non mi diverto prendermi in giro, rimarrò qua alcune ore e poi andrò a casa per non prendermi in giro. Grazie.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il consigliere Leitner. Ne ha facoltà.

**LEITNER:** Danke, Herr Präsident! Ich werde zu diesem Gesetzentwurf ganz kurz Stellung nehmen und zwar aus dem einfachen Grund, dass hier eine Maßnahme vorgesehen ist, die wir Freiheitlichen seit Jahren vorantreiben, nämlich dass bereits ab dem ersten Kind das regionale Familiengeld ausbezahlt werden soll und nicht erst ab dem zweiten, wie es in der derzeitigen Regelung vorgesehen ist. Wir haben hier x-mal Beschlussanträge eingebracht und letztthin hat uns die Regionalassessorin Stocker auch zugesagt, in diese Richtung tätig zu werden. Jetzt liegt dieser Text auch auf. Es ist eine Maßnahme, die in die richtige Richtung geht, wie man in der Politik so schön zu sagen pflegt. Das Ausmaß der Vergütung ist allerdings äußerst bescheiden. Es ist mir vollkommen klar, dass die Haushaltsmittel nicht unerschöpflich sind und dass man Schwerpunkte setzen muss. Aber gerade in der heutigen Zeit sollte man in der Politik Farbe bekennen und wirklich unterstützende Maßnahmen treffen. Wenn wir uns die Zahlen der letzten Tage aus Deutschland, Österreich, Italien und auch Südtirol vor Augen führen, dann haben wir ein Bild, das folgendermaßen aussieht: In Deutschland sind 13 % der Menschen arm, weitere 13 % drohen zu verarmen. Das sind 26 % und somit mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung. Wer hätte sich vor Jahren vorstellen können, dass das Wirtschaftswunder Deutschland ein solches Bild abgibt oder eine solche soziale Situation im eigenen Land vorzuweisen hat! Wir lesen heute wie die Situation im italienischen Staat aussieht, was die Durchschnittseinkommen sind, was die Renten ausmachen und weil wir hier eine ergänzende Maßnahme zum Staat treffen können, versuchen wir einen Ausgleich zu schaffen. Wir liefern uns gerne dem Verdacht aus – und das habe ich mir erlaubt zu sagen – kurz vor den Wahlen Zuckerl zu verteilen, die dann aber auch schlussendlich bezahlt werden müssen. Ich denke, dass mit diesem Vorschlag der mögliche Rahmen nicht überschritten wird und dass man hier zaghaf, aber doch einen Schritt gesetzt hat, um Menschen entgegenzukommen, die sich in schwierigen Situationen befinden.

Aber mit der Rente ist es so eine Sache... Wir machen Entscheidungen für den Tag, aber eine Rentenplanung müsste eigentlich für die Zukunft gemacht werden, aber das wird sie schon lange nicht mehr! Wenn wir denken, wie viele Löcher wir zu stopfen haben, was vor allem Frauen betrifft, die nicht die notwendigen Versicherungszeiten aufweisen können, wo man mit der Hausfrauenrente oder mit anderen Maßnahmen ein bisschen korrigiert hat und sie wieder eingefroren hat, weil man die falschen gefördert hat. Ein klares Konzept war bisher in dieser ganzen Vorsorgepolitik nicht zu sehen. Man hat mehr für den Tag oder aus irgendeinem Anlass Maßnahmen getroffen und teilweise – wie bei der Hausfrauenrente – die falschen gefördert, so dass

diejenigen, die nicht eingezahlt hatten, oft die Frau eines Anwaltes oder Wirtschaftsberaters waren, die sich diese Art und Weise sehr billig eine Rente organisiert haben, während jene, die es wirklich gebraucht hätten, nicht das Geld hatten, diese Zusatzrente zu bezahlen. Heute stehen wir auch vor der Tatsache, dass wenn zwei Personen eine Rente beziehen, auch ein Höchstmaß hergenommen wird und dass Frauen, die nachgekauft haben, sich dann die Rente gekürzt sehen, weil der Mann vielleicht für den Gesetzgeber ein bisschen zuviel bekommt. Ich bin gestern in Brixen gewesen, bin dort einem Ehepaar begegnet, beide kurz in Rente, er zu seinem Unglück auch noch herzkrank usw.. Diese müssen beide zusammen mit 1.000 Euro leben. Jeder weiß, was die Lebenshaltungskosten in Südtirol ausmachen und jeder weiß, was man sich heute mit 1.000 Euro kaufen kann. Wenn man – wie ihn diesem Fall der Mann - in der Situation ist, sich die Zähne richten lassen zu müssen, wo er einen Kostenvoranschlag von 12.000 Euro erhalten hat, dann kann man sich ausmalen, in welcher Situation sich dieses Rentnerehepaar befindet! Zwei Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, die Kinder großgezogen haben, die sich jetzt mit 1.000 Euro Rente abspeisen lassen müssen und nicht wissen, wie man sich den Zahnarzt leisten kann. Die Zahnarztträgererstattungskosten sind noch lange nicht angeglichen worden, denn wenn man z.B. 12.000 Euro bezahlt und ungefähr 600 Euro zurückbekommt, dann ist das wirklich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ich möchte aber diese Maßnahmen nicht zerreden und auch nicht schlecht reden. Ich anerkenne, dass man sich bemüht, etwas im Rahmen des Möglichen zu tun.

Was uns wichtig ist und deshalb wir diesen Gesetzentwurf grundsätzlich begrüßen, ist dass endlich diese Maßnahme umgesetzt wird, dass Familien oder vor allem Alleinerziehende bereits mit dem ersten Kind hier etwas bekommen. Wir waren derzeit in der Situation, dass beispielsweise alleinerziehende Mütter, die nicht das Glück hatten oder haben, eine Schwiegermutter oder Mutter zu haben, die auf das Kind aufpasst, und die somit das Kind in einer Tagesstätte abgeben müssen, um Teilzeitarbeit zu machen, sehr schlecht dastanden. Man muss sich immer wieder diese Rechnung machen. Wir werden immer wieder insofern mit den Tatsachen konfrontiert, dass uns die Leute vorrechnen, was die verdienen und was bestimmte Dienstleistungen kosten: Wenn jemand bei einer Teilzeitarbeit 800 Euro bekommt, was nicht schlecht ist, und dann 300 Euro für eine Tagesstätte bezahlen muss, pendeln muss und dann auch noch leben muss, und vielleicht auch noch Miete bezahlen muss, dann ist das sehr hart. Bei allen Ausgleichszahlungen, die wir auch leisten können, sehen wir, wenn wir den Tatsachen wirklich ins Auge schauen, dass wir hier große Probleme haben. Ich weiß auch, dass man mit Zahlungen bestimmte Situationen nicht lösen kann. Es braucht natürlich diese ganzen Begleitmaßnahmen in der Gesellschaft, die auch strukturell zu machen sind. Das ist keine Frage. Der Spielraum, den die Region in diesem Zusammenhang hat, soll bestmöglich ausgeschöpft werden. Ich teile übrigens sehr wohl die Kritik des Kollegen Morandini, nicht die Kritik an der Region, da haben wir natürlich ganz unterschiedliche Auffassungen. Ich kenne den Kollegen Morandini als den Verfechter, als den letzten Kämpfer zur Aufrechterhaltung der Region, aber diese Meinung teile ich nicht. Wir möchten die Region abschaffen. Aber was die Familienpolitik an und für sich anbelangt, da hat er sich immer sehr inhaltsreich auseinandergesetzt. Er hat immer gute Vorschläge gebracht, mit denen wir uns zum großen Teil auch identifizieren

können. Ich möchte, dass man diese auch ernst nimmt. Er hat auch einige Abänderungsanträge eingebracht.

Also ein Schritt in die richtige Richtung, ein bisschen mager, aber vielleicht ist nicht mehr möglich. Dass jetzt auch Familien und Alleinerziehende das regionale Familiengeld bekommen, das begrüßen wir natürlich sehr, weil es seit Jahren eine Forderung von uns war.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire la consigliera Klotz. Ne ha facoltà.

**KLOTZ:** Frau Regionalassessorin Stocker hat sich sicher bemüht und wir hören eigentlich schon seit längerem, dass es neue Berechnungen, Anpassungen, Maßnahmen geben soll. Diese Maßnahmen sind jetzt hier in Gesetzestexten vorgeschlagen. Ich hätte nur einige Fragen, Frau Assessorin, denn vieles ist hier bereits angemerkt worden. Wir haben gesehen, dass es eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen vor allem von meinem Banknachbarn Morandini geben wird, der sich immer auch zu Wort meldet, zumal er ja einmal selber für diese Materie zuständig war und deshalb immer ein waches Auge hat, was sich in diesem Zusammenhang tut und in welche Richtung sich das entwickelt.

Ich möchte, bevor die detaillierten Fragen kommen, nur Folgendes sagen. Wer Land und Leute liebt, dem ist die soziale Gerechtigkeit ein selbstverständliches Anliegen, dass alle ein Auskommen haben und dass es keine Armut gibt und dass man dahingehend seine Kraft verwendet, um dafür zu sorgen, dass diejenigen, die nicht soviel Glück im Leben haben bzw. die das Schicksal härter trifft als andere, nicht Existenznöte haben. Das ist auch eine Selbstverständlichkeit, sich dafür zu verwenden. Es wird jetzt auch das Familiengeld bei einem Kind eingeführt und das ist sicherlich in Ordnung. Damit im Zusammenhang steht immer wieder die Frage nach den so genannten falschen Alleinerziehenden. Man will nicht allen Unrecht tun, aber diese gibt es und immer wieder hören wir diese Vorwürfe auch draußen im Land, wo wir unterwegs sind. Ich glaube, es gibt eine Reihe von Meldungen diesbezüglich und das wird auch notwendig sein, denn nicht alle haben, was die Gerechtigkeit anbelangt, Sensibilität und auch entsprechende Maßstäbe. Deshalb einmal die Frage, ob der Frau Regionalassessorin solche Meldungen bekannt sind und wie man von Seiten der Region damit umgeht und welche Erfahrungen man diesbezüglich bisher gesammelt hat. Seit einigen Jahren ist dieses Familienpaket in der heutigen Fassung in Kraft und sicherlich kann uns Frau Assessorin sagen, welche Erfahrungen man diesbezüglich auch mit der sozialen Gerechtigkeit gemacht hat.

Dann sehen wir hier eine neue Tabelle die die Einkommensgrenzen, gestaffelt herauf bis über 7 Kinder mit 67.400 Euro jährlich, festlegt. Aufgrund welcher Berechnungen bzw. Tabellen oder möglicherweise auch Umfragen oder Gutachten ist diese Liste erstellt worden?

Dann immer die Frage der Finanzierbarkeit. Für wie viel Jahre wurde die Finanzierbarkeit vorausberechnet? Welche Faktoren sind die fraglichen? Gibt es Faktoren, die nicht so genau feststellbar, bemessbar sind und wie sicher ist die Finanzierbarkeit für welchen Zeitraum? Denn solche Maßnahmen sollten natürlich nicht nur vorhersehbar zwei, drei Jahre möglich sein, sondern die Leute wollen sich auch auf einen längeren Zeitraum verlassen können, denn damit hängt nicht zuletzt auch vielfach die Familienplanung zusammen. Womit können wir in den nächsten Jahren sicher rechnen? Das ist sehr wichtig, damit

die Leute auch wissen, woran sie sind und für wie viele Jahre diese Maßnahme gesichert ist. Das wären die Fragen in diesem Zusammenhang.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il consigliere Viganò. Ne ha facoltà.

**VIGANÒ:** Grazie, Presidente. Il collega Leitner manifestava la sua moderata soddisfazione, perché questo disegno di legge recepisce, almeno in parte, una richiesta avanzata a suo tempo nella mozione n. 24, per estendere l'assegno regionale al nucleo familiare anche ai nuclei con un solo figlio.

In quegli stessi giorni il nostro gruppo depositava la mozione n. 26, chiedendo che l'assegno al nucleo familiare venisse esteso fino al compimento del 19° anno di età. Quindi da questo punto di vista noi non possiamo manifestare la stessa soddisfazione, perché su questo versante non abbiamo avuto una risposta positiva della Giunta regionale.

Ricordo sinteticamente alcuni dati. Il nostro è il Paese che in Europa meno investe in politiche familiari, con una percentuale sul PIL che non arriva all'1%, è dello 0,9%, quando la media dell'Unione Europea è del 2,3% ed in presenza in paesi come l'Austria che arriva al 2,9%, la Germania e la Francia addirittura di più, fino al 3%.

Nello stesso tempo il nostro è un Paese con uno degli indici di natalità tra i più bassi al mondo, siamo a 1,3% nonostante l'apporto negli ultimi anni della popolazione straniera che vive nel nostro Paese, che come noto ha un indice di natalità più elevato, anche se rapidamente le coppie straniere che arrivano nei nostri Paesi poi si adeguano anche al trend occidentale.

Ricordo che è il Paese anche più vecchio al mondo, con una presenza di ultra sessantacinquenni che non ha eguali in altri Paesi; nulla contro gli anziani evidentemente, ben vengano i miglioramenti nella vita e il prolungamento degli anni di vita, ma sappiamo che la scarsa natalità provoca problemi di squilibri generazionali con le conseguenze che poi tutti conosciamo ed hanno a che fare con il sistema pensionistico e quant'altro.

È curioso che in Europa la laicissima Francia, con politiche familiari molto accorte negli ultimi 15-20 anni abbia recuperato l'indice di natalità ormai al 2%, quindi vicinissimo a quel 2,1% che i demografi ritengono importante, fondamentale per garantire equilibri generazionali.

Quindi si è giustamente dato risposta ai nuclei con un solo figlio, però – a mio avviso – rimane qui un vuoto che la Giunta regionale dovrebbe impegnarsi a colmare ed è il vuoto tra i 18 e i 19 anni. Noi con normative regionali e provinciali, in parte, stiamo ovviando alle gravi lacune nazionali, però rimane qualche vuoto ed uno dei vuoti da colmare è proprio questo. Estendere l'assegno al nucleo familiare fino al compimento del 19° anno di età non è così un'idea strana, è dovuto al semplice fatto che ormai la maggior parte delle nostre famiglie ha figli che completano gli studi superiori, quindi quanto meno fino al 19° anno di età, poi sappiamo ci sono casi anche di chi ripete e arriva ai 20-21 anni, ma credo che porre oggi il limite di età ai 19 anni sarebbe la cosa più logica, più ragionevole.

C'è un problema di risorse, si dice, sappiamo che le risorse possono essere a volte un problema, io ritengo però che uno sforzo in questo senso si possa ancora fare.

Come è stato fatto non sarà data una parziale risposta alle famiglie con un solo figlio, prevedendo almeno un assegno fino al compimento dei 5-6

anni, si potrebbe come primo passo estendere l'assegno al nucleo familiare fino al compimento del 19° anno di età, a cominciare dalle famiglie con 3 e più figli, almeno questo come primo segno di buona volontà, per le famiglie con almeno 3 figli e oltre. Non sono percentualmente rilevanti sul totale delle famiglie, però sarebbe un primo passo verso la copertura di questo vuoto che oggi non si giustifica più.

Voglio anche ricordare che cinque giorni fa sono state consegnate al Presidente della Repubblica, Giorgio Napolitano, 1 milione e 70 mila firme di una petizione popolare, promossa qualche mese fa dal forum nazionale delle associazioni familiari, una petizione che chiede al nostro Parlamento una profonda riforma fiscale, che tenga conto dei carichi familiari, in particolare del costo vitale dei figli.

Già nel 2001, in campagna elettorale, i rispettivi opposti poli si erano lanciati in promesse che poi solo in minima parte hanno mantenuto. La promessa del 2001 era quella di prevedere corpose deduzioni per i figli a carico. Si è fatto molto poco, sono aumentate di poco le detrazioni, poi si passati al sistema di deduzioni, si è tornati ancora al sistema di detrazioni, ma fondamentalmente senza andare a correggere un sistema fiscale che è profondamente iniquo. Abbiamo Paesi confinanti che ci dimostrano invece che con un sistema fiscale più attento le famiglie respirano molto meglio. Anche questa petizione credo dovrebbe darci un motivo in più per questo sforzo aggiuntivo.

In questi giorni si sta parlando di ICI come fosse la soluzione di tanti problemi, ma non li risolverà di molto. Se non passeremo decisamente alla riforma del nostro sistema fiscale, molte delle famiglie in Italia e sempre più numerose con gli anni a venire si troveranno in gravi difficoltà. Ora torno a dire che le provvidenze previste dalla normativa regionale e dalle rispettive normative provinciali sono importanti, possono ovviare in parte alle lacune nazionali, ma andiamo avanti su questa strada e chiudiamo un po' il cerchio, anche sul discorso dei 19 anni.

Pronti un domani, se il nostro Parlamento riuscirà finalmente ad approvare una modifica del sistema fiscale, anche a rivedere quanto è stato fatto in questi anni ed a spostare eventualmente risorse su altri bisogni più impellenti. In questo momento però ritengo che sia opportuno, doveroso e urgente anche recepire almeno in parte, almeno con le famiglie da tre figli e oltre anche questa copertura fino a 19 anni di età.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il consigliere Viola. Ne ha facoltà.

**VIOLA:** Grazie, Presidente. Volevo riprendere un po' il ragionamento fatto poc'anzi anche dal collega Viganò, perché effettivamente affrontare una materia così delicata chiama in campo, da un lato i bisogni reali delle nostre famiglie e dall'altro anche quali sono gli strumenti evidentemente per rispondervi. È vero che rispondiamo con le competenze che abbiamo, è anche vero che forse uno sforzo in più, da parte di questa proposta della Giunta di andare incontro alle reali necessità della famiglia sarebbe opportuno.

Di sicuro vi è un dibattito nazionale molto intenso, il collega Viganò ha ricordato il deposito della petizione popolare del forum della famiglia, è anche vero che c'è un testo depositato dall'attuale maggioranza del Parlamento italiano, per arrivare proprio a quello che è il tema fiscale che non riguarda le

competenze di quest'Aula, ma riguarda le competenze nazionali, alla tanto auspicata normativa, relativa al quoziente familiare, proprio nel verso di tenere conto del carico familiare, anche per quanto riguarda evidentemente la parte fiscale; quanto una famiglia paga in tasse, non soltanto in base al reddito, ma in base alla composizione del nucleo familiare.

Legge che c'è già in parecchi Stati europei e che in Italia, per mille vicissitudini non è mai stata approvata e che finalmente, mi auguro, possa arrivare ad essere approvata in questa legislatura.

Comunque, volevo anche dire al collega Viganò che il testo è già depositato nei due rami del Parlamento e mi auguro che possa arrivare a compimento, perché risponde ad una delle questioni giustamente sollevate dal consigliere Viganò, che riguarda la disparità di trattamento che vi è oggi in Italia con le cosiddette famiglie numerose e che va incontro evidentemente anche ad aiutare le famiglie in ordine ad avere figli in maniera responsabile ed in maniera aiutata da un fisco più equo.

Ricordo un dibattito, sia in quest'Aula che nel Consiglio provinciale di Trento, sul cosiddetto bonus-bebé, già fatto dal vecchio Governo Berlusconi, dove si diceva in buona sostanza che non era adeguato con i bisogni espressi dalla nostra società civile. Ricordo che questo bonus-bebé è stato riproposto sia da Veltroni che da Berlusconi, per cui mi auguro che torni al più presto ad essere operativo.

Questo però a dire che molto spesso le proposte vengono valutate più per la parte che le propone che per la bontà della proposta stessa. Tant'è che questa riproposta anche di Veltroni nel suo programma elettorale, del cosiddetto bonus-bebé è passato come una grande innovazione, quando già c'era e quando già venne fortemente criticato, sia in quest'Aula che per quanto riguarda l'Aula del Consiglio provinciale di Trento.

Allora arrivando invece proprio sulle tematiche che riguardano la proposta di legge che stiamo per affrontare, l'intervento del consigliere Viganò è stato comunque interessante ed in buona parte condivisibile, se si va nel verso auspicato dall'ordine del giorno firmato dal consigliere Morandini, la questione del 19° anno, cioè del compimento degli studi dei figli potrebbe avere già una risposta. Per cui mi auguro che su questo ci possa essere un'unitarietà di intenti, proprio per andare incontro ad una giusta esigenza, palesata dal collega Viganò e dalla mozione n. 26, ma in questo caso che ha una concretizzazione nella proposta formulata nell'ordine del giorno del collega Morandini.

Per quanto riguarda proprio il disegno di legge, faccio solamente alcune osservazioni, perché evidentemente è una materia abbastanza complessa, mi auguro che alle domande della collega Klotz venga data risposta, perché effettivamente sono importanti, però alcune osservazioni in discussione generale vanno poste.

La prima è riferita evidentemente al perché vi è questa disparità di trattamento nel sostegno economico tra coloro che si dedicano, interrompendo l'attività lavorativa e facendo versamenti volontari all'INPS o ad un fondo complementare, all'educazione dei figli e coloro che si dedicano all'assistenza di familiari non autosufficienti. Perché c'è questa disparità? C'è una risposta parziale negli atti della Commissione, il bisogno è diverso, però il supporto che la Regione può prevedere tramite le Province, in questo settore, mi pare fortemente positivo, per cui rendere pari il contributo in entrambe le situazioni mi parrebbe semplicemente una questione di perequazione sociale. Dedicarsi

ad una persona gravemente non autosufficiente o dedicarsi all'educazione dei figli, presumo abbia lo stesso valore, lo stesso valore sociale e anche quindi lo stesso valore per quanto riguarda lo stesso rapporto per quanto riguarda il rapporto dell'iniziativa legislativa che stiamo trattando.

Ci si è molto soffermati sull'estensione finalmente al primo figlio dei contributi di legge, su questo però alcune questioni vanno sollevate. Vista la tabella e visto come è stata proposta la norma, mi sembra che sia un po' modesto il contributo che realmente si può dare a questo tipo di situazioni, fra l'altro al questione del primo figlio è una cosa fortemente già dibattuta nel gennaio 2005, in occasione dell'approvazione della legge n. 1 del 2005, finalmente si arriva ad una concretizzazione, per cui ben venga, però sarebbe interessante capire se ci saranno modalità di rispondere in maniera più concreta e meno formale, quindi più sostanziale a questo tipo di esigenza, sollecitata da gran parte dell'Aula consiliare, che trova finalmente compimento.

L'altra questione è evidentemente che siccome su questo si modifica la legge del 2005, la richiesta fatta dal collega Morandini di prevedere, così come peraltro sulla definizione di casalinghe, perché c'è un altro provvedimento all'interno della legge che ha contenuto retroattivo, mi riferisco all'art. 5, dove nelle disposizioni transitorie finali si prevede la retroattività della definizione di persona casalinga, chiaramente con tutti i benefici che a ciò consegue.

Allora, visto che la retroattività è prevista e peraltro con le finalità che la Giunta ha ritenuto opportuno comunicare, a maggior ragione la retroattività può essere concessa su una situazione così importante, come l'assegno al primo figlio, proprio per dare una risposta concreta, rispetto anche ad una norma fatta allora e che aveva questo vulnus, questa mancanza che forse oggi può trovare risposta non solo da oggi in avanti, ma fatto salvo anche i tre anni precedenti.

L'ultima osservazione effettivamente, anche se è una materia delegata, è la disparità di applicazione tra le due Province. Non è tanto un problema di non riconoscere le peculiarità anche ormai dell'architettura istituzionale normativa delle singole province in tema di politiche sociali che, per quanto siamo in un contesto vicino, regionale e quant'altro, hanno autonomia in materia e quindi su tante cose ormai ci sono parecchie differenze. Però, siccome qua si tratta di benefici anche finanziari, di contribuzione che arriva poi al singolo cittadino, che ci sia disparità tra chi abita a Salorno e chi abita a Roveré della Luna, per usare due paesi molto limitrofi o semplicemente tra Bolzano e Trento, su una legge di riferimento che è la stessa, pur poi delegata nella sua applicazione alle due Province, non mi sembra un atteggiamento molto perequativo, perché evidentemente varrebbe la pena trovare una modalità di maggiore omogeneità di trattamento dei cittadini regionali.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il consigliere Bertolini. Ne ha facoltà.

**BERTOLINI:** Grazie, Presidente. Cosa si può dire di questa maggioranza regionale? Che due anni fa ha distrutto una legge ed oggi la stessa maggioranza si ripresenta in Aula per risanare un po' i danni fatti con la distruzione della vecchia legge sul pacchetto famiglia.

A dire la verità è vero che è una maggioranza regionale con una forte componente di sinistra, mi sembra di vedere un po' l'atteggiamento che veniva

fatto in Russia, dove ad ogni cambio di governo il nuovo governo eletto distruggeva le cose fatte dal governo precedente, solo per partito preso.

In questo caso abbiamo visto la maggioranza regionale proporre la cancellazione della vecchia legge sul pacchetto famiglia e da un certo lato forse dovremmo anche ringraziarla come consiglieri regionali; ormai sappiamo che questa Regione ha ben poco da fare, abbiamo visto le sedute del Consiglio regionale in questa legislatura che sono sempre state più rare e con pochi argomenti da discutere, in questo modo si continua a mantenere il lavoro; c'è anche un detto nel mio paese: *fare e disfare è tutto un lavorare*, perché prima si disfa e poi si rifà.

Bisogna ricordare un pacchetto famiglia che era un esempio, un modello rispetto al resto d'Italia, con provvedimenti importanti, l'assegno di natalità, l'assegno di cura, la pensione alle casalinghe, quindi erano sicuramente provvedimenti mirati al sostegno delle famiglie che avevano figli e soprattutto per quanto riguarda l'assegno di natalità e l'assegno di cura erano interventi molto apprezzati dalle persone casalinghe che, in assenza di indennità per l'assistenza ai figli durante i primi mesi di vita, comunque potevano accedere a questo importante contributo regionale.

Questo è stato cancellato, bisogna sperare che anche in questo caso ci facciamo battere dallo Stato, perché il Governo ha già annunciato la reintroduzione del bonus-bebé, che sicuramente va nella direzione di dare risposte concrete al fenomeno della bassa natalità che caratterizza il nostro Paese. Al di là delle parole bisogna poi attivarsi con degli strumenti concreti e sicuramente il bonus-bebé è uno degli strumenti che va in questa direzione.

Adesso vediamo che alle 'cancellazioni fatte due anni fa, sarebbe interessante andare a rivedere le dichiarazioni dell'assessore, quando come minoranza si chiedeva che comunque l'assegno dovesse partire già dal primo figlio, ma che a quel tempo si diceva che per carenza di soldi non si poteva assolutamente prevedere la possibilità dell'assegno a partire dal primo figlio.

Adesso evidentemente le risorse ci sono, bisogna ricordare che tra pochi mesi si andrà alle elezioni per il rinnovo dei Consigli provinciali e quindi in questo frangente magari è anche più facile trovare risorse disponibili per allargare la fascia dei beneficiari delle varie leggi provinciali e regionali.

Noi avevamo richiesto da tempo e con insistenza che era importante dare sostegno alle famiglie con un solo figlio, perché vi sono situazioni delicate, situazioni dove esiste magari un solo genitore con un figlio a carico e questa famiglia ha delle grosse difficoltà ad arrivare a fine mese. Quindi un sostegno anche a chi ha un solo figlio per noi era e rimane importante.

Quindi sotto questo aspetto sicuramente la mia posizione è favorevole all'estensione dell'assegno al primo figlio, anche se devo rammaricarmi un po' per le fasce di reddito veramente eccessivamente basse, che poi limiteranno la fascia di beneficiari di questo assegno a pochissime famiglie in Trentino-Alto Adige, perché le fasce di reddito così basse poi porteranno all'esclusione dall'assegno di moltissimi nuclei familiari.

Non vorrei che questa modifica della legge diventasse un bel manifesto da campagna elettorale che poi nei risultati concreti, al di là dell'annuncio che la Regione ha istituito l'assegno anche per il primo figlio, poi nei fatti pochissime famiglie riescano a beneficiare di questo assegno. Allora mi auguro che si intervenga anche su queste fasce di reddito e che si ampli il numero dei nuclei familiari che possono beneficiare di questo intervento.

Altro aspetto è la retroattività. Non possiamo permetterci di creare dei vuoti di legislatura, dove fino al 2005 le persone casalinghe potevano ottenere l'assegno di natalità e di cura, dopo di che questo è stato cancellato, è stata prevista questa integrazione all'assegno al nucleo familiare a partire dal secondo figlio e così come proposta la modifica della legge da parte della maggioranza vedremo l'esclusione di tutte quelle famiglie che hanno avuto un unico figlio dal 2005 ad oggi.

Quindi a mio avviso è importante che, visto che c'è questa modifica al disegno di legge, si estenda, abbia valore retroattivo e consenta il beneficio anche a quelle famiglie con un solo figlio a partire dal 2005.

È ben vero che ormai l'impostazione data su questo pacchetto famiglia è quella rivolta al sostegno per le donne che abbandonano il lavoro per l'assistenza ai figli e quindi sicuramente chi intende continuare con la contribuzione volontaria per costruirsi una propria pensione, è giusto questa integrazione e mi trovo d'accordo sul fatto che la comunque la Regione contribuisca a questo monte previdenziale, proprio per far sì che chi fa la scelta di abbandonare il lavoro per assistere i propri familiari, comunque non debba anche rimetterci in maniera esagerata per la costituzione della propria pensione.

Ritengo che questa previsione vada estesa anche alle persone casalinghe, alle persone che abbandonano il lavoro per assistere persone non autosufficienti nel proprio nucleo familiare. Vediamo che il tasso di vecchiaia è in continuo aumento, le persone anziane all'interno dei nuclei familiari sono sempre di più e ci sono delle famiglie che comunque scelgono la via meno comoda, quella di tenere in casa il proprio familiare e di assisterlo direttamente. Già questo si trasforma in un grosso risparmio per l'ente pubblico, perché sicuramente l'assistenza di una persona presso le strutture pubbliche, RSA, case di riposo, aziende per l'assistenza alle persone, costa moltissimo all'ente pubblico.

Quindi, a mio avviso, va sicuramente premiata quella famiglia che decide di assistere direttamente un proprio familiare non autosufficiente o invalido e credo che l'aiuto, così come è stato previsto per l'assistenza ai figli, vada sicuramente esteso anche per l'assistenza alle persone non autosufficienti.

Sono stati presentati diversi ordini del giorno molto interessanti e che vanno in questa direzione e che comunque nella discussione che si farà oggi su questa modifica al pacchetto famiglia si riesca ad inserire quei correttivi, affinché questa modifica non resti semplicemente un annuncio da campagna elettorale, ma sia risposte concrete alle famiglie del Trentino-Alto Adige.

**PRESIDENTE:** Volevo ricordare che in discussione generale il consigliere Morandini ha finito il suo tempo, quindi aspettiamo la replica dell'assessore e poi potrà intervenire più avanti.

Se non ci sono altri interventi, concedo la parola all'assessora Stocker per la replica.

**STOCKER:** Danke Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei allen für die positiven Anmerkungen, die zu diesem Gesetz gemacht worden sind. Ich werde natürlich in den Ausführungen auf diese nicht eingehen,

sondern auf die Fragen, die aufgeworfen bzw. auf die Problematiken, die angesprochen worden sind.

Zum ersten möchte ich unterstreichen, dass das ein Gesetz ist, das den Familien zugute kommt, d.h. im Grunde ein Familienförderungsgesetz ist und in dem Sinne kann es nicht all das berücksichtigen, was im Bereich der außerfamiliären Betreuung von pflegebedürftigen Menschen notwendig ist. Ich möchte auch unterstreichen, dass selbstverständlich dieses Gesetz vor allem unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit gesehen werden soll und einfach auch als etwas, was in die Zukunft gerichtet ist. Es ist nicht so, dass wir hier Augenblicksentscheidungen gemacht haben, sondern gerade was die Rentenabsicherung betrifft, ganz klar an die Zukunft gedacht haben. Denn wenn wir etwas machen wollten, wo wir unmittelbar jetzt einen Vorteil hätten, dann hätten wir ganz andere Maßnahmen gemacht. Wir haben einen Schwerpunkt auch auf Maßnahmen gelegt, die sich erst in der Zukunft als entscheidend für die Absicherung der Menschen zeigen werden. Ich darf jetzt zu einzelnen Punkten etwas genauer Stellung nehmen.

Frau Kollegin Kury hat vor allem am Anfang auf die Hausfrauenrente Bezug genommen und hat einige Klärungen gewünscht. Es ist etwas kompliziert. Ich möchte vorausschicken, dass wir in vielen Fällen in diesem Gesetz eigentlich nichts anderes getan haben, als die gesamtstaatlichen INPS-Normen mehr oder weniger zu übernehmen. Auf staatlicher Ebene ist es so, dass z.B. heute – meistens ist es eine Frau – eine Mindestrente bekommt, auch wenn sie sehr wenig eingezahlt hat, wenn das Familieneinkommen nicht mehr als 5 x Mindestrente ist und auf jeden Fall bekommt sie die ganze Rente, wenn das gesamte Familieneinkommen nicht mehr als 4 x Mindestrente ist. Ansonsten ist es auf gesamtstaatlicher Ebene so, dass eine Frau, die auch 15 Jahre eingezahlt, aber wenig eingezahlt hat, eine Rente von vielleicht 50 oder 100 Euro bekommt. Bei uns ist es so, dass auf jeden Fall, wenn wir von jetzt ausgehen und das gilt auch für die Zukunft, auch wenn diese Höchstgrenzen an Familieneinkommen und teilweise auch Einzeleinkommen überschritten werden, bei uns jemand ungefähr 400 Euro bekommt, und zwar von jetzt aus gerechnet immer. Unter bestimmten Voraussetzungen bekommt man, 440 Euro. Da gibt es diesen kleinen Unterschied der Integration und auf den ist hier auch Bezug genommen. Wir möchten mit dieser Norm, das gebe ich ganz offen zu, uns für die Zukunft aber von der gesamtstaatlichen Entwicklung abkoppeln. Das heißt, um es jetzt ganz einfach zu sagen: Wir garantieren unseren Hausfrauen, die in der Hausfrauenrente eingeschrieben sind, immer von heute ausgehend, die 400 bzw. in Zukunft für alle 440 Euro, aufgewertet mit der Teuerungsrate. Wir haben uns abgekoppelt, weil wir auch damit rechnen müssen, dass auf gesamtstaatlicher Ebene diese Renten entsprechend angehoben werden. Nachdem wir jetzt schon noch zusätzlich ungefähr 60 Millionen in diesen Fond noch zahlen müssen, könnten wir, wenn wir uns nicht von der gesamtstaatlichen Regelung abkoppeln, weitere 60 Millionen dazu kommen, die wir zuschießen müssten. Die Verpflichtung, die wir übernommen haben, ist auf jeden Fall diejenige: eine Mindestrente mit Aufwertung der Teuerungsrate. Das wird in Zukunft für alle selbstverständlich garantiert, aber nicht mehr. Diese kleine Integrationsgeschichte wird im Laufe der Zeit ausgeglichen, sodass alle, wenn wir von heute ausgingen, von 440 Euro ausgehen können – es gibt eine kleine Übergangszeit –, immer aufgewertet durch die Teuerungsrate.

Die zweite Anmerkung, die gemacht worden ist bzw. die Frage, die geklärt werden soll, betrifft die Anzahl. Wir haben an die 2600 Hausfrauenrenten, die jetzt ausgezahlt werden. Das ist für die Provinz Bozen jährlich 8,9 Millionen, für die Provinz Trient 5,7 Millionen. Insgesamt Eingeschriebene gibt es 4.800. Es ist richtig, dass einige mehr als die Mindestrente bekommen. Da könnten wir dann genauere Unterlagen nachliefern, Kollegin Kury, weil einige mehr als nur die 15 Jahre eingezahlt haben und das war möglich. Das gilt inzwischen nicht mehr, aber diese Möglichkeit bestand damals. Was die Inanspruchnahme der Versicherungszeiten anbelangt, ist es richtig, dass wir nicht diese Zahlen erreicht haben, die wir uns erwünscht hatten. Es sind jetzt ungefähr an die 300, die die Ansuchen machen und es ist sicher richtig, dass es vielleicht mit der Höhe zusammenhängt, aber sicher auch mit den bürokratischen Schwierigkeiten. Wir haben hier etwas vorgesehen, um das in Zukunft auch etwas zu erleichtern.

Unterschied zwischen Pflege und Erziehung: Es ist richtig, dieser Unterschied macht in einem und anderen Fall Schwierigkeiten, weil man sagt, warum für Erziehung 6.000 Euro und für Pflege bis 3.500. Ich denke, dass es einige Begründungen dafür gibt und es ist auch gut durchgedacht worden, auch wenn es nicht immer leicht nachvollziehbar ist. Für die Erziehung geben wir pro Kind ein Jahr. Wenn die Summe hier nicht einigermaßen hoch ist, dann wird man das nicht machen. Das zweite ist, dass in der Zeit, wo Pflege geleistet wird – und das wird dann auch später in der Provinz Trient der Fall sein -, auch von Seiten des Landes ein Beitrag von etwas mehr als 500 bis 1800 Euro je nach Pflegestufe ausbezahlt wird. Da gibt es also schon etwas, während es für die Erziehungszeit zusätzlich an Einkommen nichts gibt.

Es kommt ein Weiteres hinzu. Wir haben diese ganzen Maßnahmen auch gemacht, weil wir versuchen wollten, ein bisschen einen Ausgleich zwischen öffentlich und privat zu machen. Wir haben die öffentlichen Bediensteten zum Teil von diesen Maßnahmen ausgeschlossen, damit wir wenigstens ein bisschen Angleichung erreichen. Die öffentlichen Bediensteten können zwar bei uns in der Provinz Bozen für die Pflege zwei Jahre zu Hause bleiben, sind aber für diese Zeit nicht rentenversichert. Sie können es eventuell dem Land übertragen, müssen aber danach zahlen. Hier hätten wir einen kleinen Vorteil für die Privatangestellten vorgesehen, dass die diesen Beitrag bekommen, während die öffentlichen Bediensteten ja schon den Vorteil des Erhaltes des Arbeitsplatzes haben.

Was die Kinder anbelangt: Hier haben wir in einem Abänderungsantrag vorgesehen, dass dieser Beitrag von 6.000 Euro bis zum vollendeten 4. Lebensjahr geht. Dies ist die Abänderung in Bezug auf das Gesetz. Ich kann Ihnen versichern, diese Maßnahmen sind mit den Verbänden der schwerstbehinderten Kinder abgesprochen worden und diese waren mit dieser Rücknahme einverstanden, weil ich vorher – das habe ich auch teilweise auch zugegeben - mit den 18 Jahren auch selber etwas Schwierigkeiten hatte. Hier soll natürlich auch irgendwo mitberücksichtigt werden, das was wir mit Geld nie ableisten können, und zwar die psychologische Belastung, die gerade Eltern haben, wenn sie behinderte Kinder haben. Deshalb haben wir für die ersten vier Jahre, weil auch die Pflege zur Gänze zu Hause gemacht wird, diese 6.000 Euro vorgesehen, während wir auch eine Erhöhung für das Danach gemacht haben. Zwar hatten wir bisher vorgesehen, dass wenn Kinder in

Strukturen wie Kindergarten, Schule oder eine andere Formen der Betreuung sind, wir von den vorher vorgesehenen 3.500 nur die Hälfte gezahlt haben. Jetzt sehen wir vor, dass wenn diese Kinder auch in Strukturen sind, wir hier nicht mehr den Unterschied machen, sondern hier die 3.500 auch zahlen, wenn sie in Strukturen sind.

Was das Familiengeld anbelangt, ist es sicherlich so, dass es von uns allen von Anfang an der Wunsch war, dieses auch für Familien mit einem Kind vorzusehen. Das, was ich schauen muss, ist, dass die finanzielle Verfügbarkeit da ist. Sie war am Anfang nicht da und ich gehöre nicht zu denen, die viel versprechen, wenn sie nicht wissen, ob sie genügend Deckung haben. Deshalb etwas später diese Ausdehnung. Ich bin aber sehr froh und dankbar für die positiven Anmerkungen seitens der einzelnen Kolleginnen und Kollegen und auch, dass es gelungen ist, dieses Geld jetzt zur Verfügung zu haben.

Wir sind bei den Summen, was die Alleinerziehenden anbelangt, die verschiedentlich angesprochen worden sind, natürlich auch von verschiedenen Hintergründen ausgegangen. Zum einen ist immer angemerkt worden, wir sollten gerade für allein erziehende Teilzeitarbeitende eine Maßnahme einführen, um diese zu unterstützen. Die allein erziehenden Teilzeitarbeitenden sind mit Sicherheit in dieser Maßnahme drinnen. Wir sind jetzt mit der Aufwertung, die wir vorgenommen haben, auf 18.200 brutto. Insofern sind auch die voll arbeitenden, wenig verdienenden Alleinerziehenden noch in dieser Maßnahme drinnen. Ich habe mich noch verschiedentlich mit den Patronaten darüber unterhalten und es waren vor allem die Patronate, die mich überzeugt haben, diesen Unterschied zwischen Familien mit zwei Elternteilen und den Alleinerziehenden zu machen. Es ist mir vor allem von den Praktikern und Praktikerinnen vor Ort angeraten worden. Ich habe selber immer wieder etwas überlegt, ob es schon richtig ist und ich habe mich überzeugen lassen und ich würde heute behaupten, dass ich zu 80% überzeugt bin, dass diese Maßnahme richtig ist, vorausgesetzt ich habe in Zukunft nicht mehr Geld und wir können bei allen Einkommensstufen, sei es bei den einen oder anderen, noch etwas zulegen.

Dass natürlich auch etwas Schwindel im Hintergrund war, das will ich nicht verhehlen. Es ist gerade von den Patronaten her angesprochen worden. Aber wichtig war mir, dass wir auf jeden Fall die Teilzeitarbeitenden, Alleinerziehenden drinnen haben. Aber ich denke, es geht auch schon etwas weiter, wenn wir die 18.200 brutto, nachdem die Aufwertung erfolgt ist, vorgesehen haben, dass man dieses Familiengeld noch bekommen kann.

Was die Rückwirksamkeit des Familiengeldes für das erste Kind anbelangt, möchte ich Folgendes sagen: ich denke schon, dass wir die Maßnahme sehr überlegt vorgesehen haben. Es war und ist so, dass die Betreuungszulage, von der Kollege Morandini gesprochen hat, noch bis 2008 zum Teil ausgezahlt wird. 2007 waren es noch ungefähr 2800, die die Betreuungszulage bekommen haben, d.h. hier geht eine Maßnahme, die vor allem für Alleinerziehende gedacht war, bis ins Jahr 2008 weiter. Ich denke, es ist deshalb richtig zu sagen, da war noch die Betreuungszulage, aber jetzt kommen wir mit dem, dass wir auch das Familiengeld für Familien mit einem Kind vorsehen. Es löst also die andere Maßnahme ab. Nur mit dem großen Vorteil, dass die Betreuungszulage nur an jene ausbezahlt worden ist, die eine Versicherung abgeschlossen hatten. Dort haben wir sehr oft gesehen, dass gerade diejenigen Alleinerziehenden, die es wirklich notwendig gebraucht

haben, diese Versicherung nicht gemacht haben. Davon sind wir jetzt befreit, wenn wir das jetzt für alle vorsehen, immer unter der Voraussetzung, dass es eine Einkommensbegrenzung gibt. Es sind nur drei Einkommensstufen bei den Alleinerziehenden, die in den Genuss dieses Familiengeldes kommen. Aber man muss doch darauf hinweisen, dass die erste Einkommensstufe eine ist, die einfach zusammengenommen ist und bis 12.800 geht.

Das Problem, auf das Kollege Morandini hingewiesen hat, nämlich die ungleiche Anwendung der Normen zwischen Trient und Bozen. Hier ist es einfach so, dass ich sicher bin, dass in der Provinz Trient in Zukunft - aufgrund der Tatsache, dass Normen, die jetzt in der Provinz Trient nicht angewendet werden, wenn es bestimmte Voraussetzungen gibt, wie z.B. das Pflegesicherungsgesetz - dann systematisch auch Normen angewandt werden, die in diesem Familienpaket vorgesehen sind. Ich vermute, dass es einfach auch die Überlegung ist, dass man sagt, das wäre einfach gut, dass das ineinander greift und gemeinsam dann in Anwendung kommt, denn es ist sicher richtig und wichtig, dass die Absicherung für die Pflege eine für alle große Notwendigkeit ist.

Was die Hausfrauenrente anbelangt, habe ich vorhin schon versucht zu sagen, was in dieser Norm drinnen ist. Das, was mir wichtig ist, ist, dass wir garantieren, dass diese Hausfrauen das bekommen, was sie sich von Anfang an erwarten durften. Das garantieren wir für die Zukunft.

Über die behinderten Kinder habe ich vorhin schon versucht zu antworten. Es braucht keine weitere Ausführung zu dem, was Kollege Boso angeführt hat. Ich denke, was die Rentenabsicherung anbelangt, habe ich dem Kollegen Leitner bereits geantwortet, was der Hintergrund des Ganzen ist. Auch Kollegin Klotz ist ausreichend geantwortet worden in Bezug auf das Familiengeld. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Tabellen ursprünglich von den Tabellen des Staates übernommen wurden. Das war immer schon so, auch in der Vergangenheit. Wir haben jetzt die Erhöhung um die Inflationsrate, was die Einkommensgrenzen anbelangt, vorgenommen. Dann die Finanzierbarkeit ist das Wesentlichste gewesen, was wir uns als Regionalregierung als ganz wichtigen Punkt gestellt haben. Wir haben gesagt, wir möchten keine Maßnahmen machen, die wir nur ein oder zwei Jahre finanzieren können, sondern wenn wir etwas machen, dann möchten wir eine Sicherheit für die Zukunft geben können. Wir können jetzt sagen, dass wir es für sieben Jahre finanzieren können. Darüber hinaus zu gehen, ist etwas verwegen, aber für sieben Jahre ist die Finanzierung gesichert.

Was die Ausdehnung des Familiengeldes über 18 Jahre anbelangt, da verstehe ich das Anliegen. Ich kann es auch nachvollziehen. Wir haben jetzt die Option vorgenommen, dass es wichtig ist, ein Familiengeld für Familien mit einem Kind vorzusehen und haben deshalb diese Maßnahme etwas nach hinten gestellt.

Den Unterschied der Pflege- und Erziehungszeiten habe ich auch vorhin schon versucht anzusprechen und auszuführen.

Zum Schluss noch: es ist das Steuersystem und andere Dinge, die vor allem in die staatliche Kompetenz fallen, verschiedentlich angesprochen worden. Insofern einfach nur zusammenfassend: die Region Trentino-Südtirol hat seit den Zeiten des Kollegen Morandini immer versucht, ergänzend zum Staat etwas zu machen. Ich denke, es sind für die jeweilige Zeit sehr gute, zukunftsweisende Maßnahmen gewesen. Bleibt aber trotzdem, dass es

eigentlich die Aufgabe des Staates ist, hier konsistente Beiträge vorzusehen und entsprechende Maßnahmen zu setzen, was z.B. Absetzbarkeiten und dergleichen im Steuersystem anbelangt. Wir werden trotzdem weitergehen und unsere Aufgabe auch in Zukunft wahrnehmen. Ich sehe es auch so, es sind Schritte gesetzt worden. Wir werden schauen, was auf regionaler Ebene aber auch auf anderen Ebenen noch folgen wird. Sie können sicher sein, wo es eine Möglichkeit gibt, werde ich versuchen, noch weitere Schritte zu setzen.

**PRÄSIDENT PAHL ÜBERNIMMT DEN VORSITZ  
ASSUME LA PRESIDENZA IL PRESIDENTE PAHL**

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zu den vier Tagesordnungsanträgen.  
Ich bitte den Abg. Viganò um die Verlesung des ersten Antrages:

**VIGANÒ:**

ORDINE DEL GIORNO N. 1

al disegno di legge n. 50 "Modifiche alle leggi regionali in materia di pacchetto famiglia e previdenza sociale"

Quello di oggi è un momento complesso per le famiglie, che trovano difficoltà sia nel momento della loro formazione, che nei momenti successivi, riguardanti ad esempio l'ingrandimento del nucleo familiare, tanto che in Italia il tasso di fecondità, nonostante la ripresa di questi ultimi anni, è bassissimo.

Un dato eclatante è quello riguardo le famiglie con più di quattro figli che nel 1961 erano poco più di tre milioni diventate poco più di trecentomila nel 2001, stimate in circa 185.000 nel 2005 il 20 % delle quali extracomunitarie.

Sono molte le ragioni che possono spiegare il basso tasso di natalità in Italia, tra queste si può inserire certamente l'incertezza lavorativa di molti giovani. I demografi, infatti, vedono nei contratti atipici e nella grande flessibilità dell'attuale mondo lavorativo dei grossi disincentivi per quanto riguarda la ripresa della natalità. Questo fatto viene confermato anche da ricerche secondo le quali le donne italiane hanno un desiderio di maternità pari ad una media di 2,2 figli per coppia, ma in realtà il tasso di natalità nel nostro Paese è fermo a 1,27 figli per coppia. Varie sono le ragioni, ma tra le principali si segnalano quelle di natura economica.

Se poi consideriamo l'incidenza economica di un figlio sul reddito di un coppia, si evidenzia una diminuzione compresa tra il 18% ed il 45%, con una spesa aggiuntiva mensile calcolabile tra i 500 e gli 800 euro, spesi molto spesso per sopperire ad una mancanza di servizi pubblici per la prima infanzia.

È di questi giorni il Rapporto sugli scenari demografici presentato dalla Fondazione Agnelli e dal Gruppo di Coordinamento per la Demografia. Questo documento evidenzia che l'Italia è il paese più "vecchio" del mondo per la presenza maggiore di ultra 65enni, e conferma il persistere di bassissimi tassi di fecondità. Quest'ultimo dato è legato alla forte penalizzazione per le famiglie con figli, specie quelle con più di due. Per fare un unico esempio sul fronte del diritto allo studio, i dati emersi durante un recente convegno della Fondazione Gorrieri di Modena parlano chiaro: un figlio unico ha il 35% di probabilità di laurearsi, contro l'11% di un figlio con tanti fratelli.

Nel Mezzogiorno, oltre il 40% delle famiglie con oltre due figli vive sotto la soglia di povertà relativa, mentre in generale la presenza di figli minori è fortemente

associata al rischio di povertà assoluta. Sostenere dunque la famiglia con figli diventa una priorità.

Ad aggravare tutto questo si considerino gli investimenti effettuati. L'Italia è tra i Paesi europei meno sensibili alle politiche familiari. Infatti, su questo fronte investe solo lo 0,9% del PIL, mentre gli altri Stati dell'Unione Europea spendono molto di più. La media UE è del 2,3%, dove primeggiano Paesi come l'Austria che investono il 2,9% dei PIL o come la Germania e la Francia che investono addirittura il 3% del loro prodotto interno.

Dal quadro d'insieme sembra quasi che nel nostro Paese sia un lusso avere dei figli, e questo è dovuto anche alla mancanza di un adeguato sostegno delle Istituzioni pubbliche che dovrebbero invece necessariamente ripartire dal rafforzamento della famiglia.

#### **Considerato che:**

- la Regione Trentino Alto Adige con la legge n. 1 del 18 febbraio 2005 "Pacchetto famiglia e previdenza sociale" sostiene con modalità diverse la famiglia con figli, anche attraverso l'erogazione di un assegno regionale al nucleo familiare concesso a partire dal secondo figlio fino al compimento del 18° anno di età;
- l'erogazione dell'assegno al nucleo familiare trova il limite nell'età del beneficiario, proprio nel momento in cui tante famiglie si trovano nella necessità di far fronte a numerose spese, dato che, nella maggior parte dei casi, un figlio di 18 anni sta ancora frequentando le scuole superiori e comunque non è nella condizione di essere autosufficiente economicamente.

Tutto ciò premesso,

#### **IL CONSIGLIO DELLA REGIONE AUTONOMA DEL TRENINO-ALTO ADIGE impegna la Giunta Regionale:**

- a modificare il regolamento attuativo della legge regionale 18 febbraio 2005 n. 1 "Pacchetto famiglia e previdenza sociale" estendendo il diritto di percepire l'assegno a nucleo familiare a partire dal secondo figlio fino al compimento del 19° anno di età.

**PRÄSIDENT:** Consigliere Viganò, avrebbe a disposizione 10 minuti per l'illustrazione.

**VIGANÒ:** Brevissimo, per ribadire le ragioni già illustrate durante la discussione generale, che non sconvolgerebbe sul piano finanziario l'estensione fino al 19° anno di età, perché si andrebbe ad aumentare in ragione di un diciottesimo, perché se prevediamo da 0 a 18 e prevedessimo da 0 a 19, in ragione di un diciottesimo.

Ci sono molte buone ragioni per fare uno sforzo ulteriore in questo senso, andando magari a ripensare, tra le pieghe del bilancio regionale, alcune voci che potremmo forse ridimensionare a vantaggio di questa iniziativa.

**PRÄSIDENT:** Ogni rappresentante di partito ha 5 minuti a disposizione per la spiegazione.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Lei sta correttamente, come Presidente dell'Aula, Presidente Pahl, informando sui tempi ed io la ringrazio. Visto che parliamo di tempi, alla luce della risposta che l'assessore competente ha fornito, anche con qualche dato, sia pure parziale su qualche versante come poi ricorderò, vorrei annotare che nella sua pur garbata risposta, nella quale sostanzialmente ha negato su tutto il fronte una serie di proposte che, non soltanto il sottoscritto, ma altri colleghi della minoranza hanno formulato e li ringrazio, ribadisco che mantengo tutti i miei emendamenti ed interverrò su ciascuno e se questa maggioranza ha ritenuto di indire la seduta notturna, benissimo, faremo la seduta notturna e ci misureremo sulla resistenza.

È assolutamente indegno che questa Regione, che questa Giunta butti via milioni di euro in contributi a pioggia che spesso hanno solo un significato clientelare e poi faccia le pulci su questioni sociali assolutamente fondanti ed importantissime.

Annoterò, man mano che interverrò sui vari argomenti, tutte le ingiustizie che questa ennesima proposta rappresenta. Ho già annotato gli aspetti positivi e li ho riconosciuti, ma ci sono una serie di discrasie e di ingiustizie sociali immense, prima fra tutte la non applicazione di quanto avete voluto portare in Aula nel 2005 ed è stato approvato, che è ancora sulla carta per molti aspetti e per molti istituti o nell'una o nell'altra provincia o in entrambe.

Quindi prima di portare un nuovo pacchetto famiglia si attua quello che è in vigore, quello precedente. In questo senso questo cosiddetto nuovo pacchetto famiglia o questa modifica appare più un cartello elettorale che quant'altro.

Per quanto riguarda l'ordine del giorno del collega Viganò, lo annoto positivamente, il buon Viganò sostanzialmente comincia a ritornare sull'originario, sul primo pacchetto famiglia e non posso che gioire, collega Viganò, però lei capisce che estendere al 19° anno, capisco la politica della gradualità, dei piccoli passi, però chissà quando tornerà l'occasione per questo Consiglio regionale di dibattere questa materia, per cui apprezzo questo piccolo passo, ma visto che siamo nell'occasione che non sappiamo quando si ripresenterà, bisogna estendere, insistere su questo.

Ecco perché ho presentato un ordine del giorno che torna sostanzialmente a recuperare il primitivo pacchetto famiglia, nel senso di estendere oltre il 18° anno, fino alla fine del corso legale di studi per quanto riguarda rispettivamente le scuole superiori e l'università, perché mettiamocelo in testa i figli, una volta compiuto il 18° anno, non costano di meno, costano di più normalmente alle famiglie e siccome ne abbiamo i mezzi è la Regione deve finirla di fare l'ufficiale pagatore delle Province o l'ufficio bancomat delle Province, ma deve fare politiche previdenziali sulle materie in cui ha competenza, tanto più che le poche competenze che le sono rimaste, come quella in materia di previdenza integrativa, a maggior ragione insisto su questo.

Visto che è rientrato l'assessore in Aula, nel mentre la ringrazio delle risposte che ha fornito all'Aula stessa, anche annotando una serie di interventi, così apprendo con rammarico che mi pare ci sia una chiusura su tutti i punti che, ridotti all'osso, sono stati da noi sottoposti, ripropongo, risottolineo l'ingiustizia che si sta consumando attraverso una serie di norme di questo disegno di legge n. 50, che una serie di emendamenti che ho presentato tendono ad evidenziare, proprio perché, ancora una volta, sono fortemente discriminate una serie di fasce deboli.

Ho già avuto modo di illustrarlo, lo farò nel corso della discussione, evidentemente ribadendo l'impegno su ogni emendamento, perché davvero non mi rendo conto del come si voglia a tutti i costi portare un disegno di legge su questa materia, quando una legge, approvata da questa maggioranza nel non lontano 2005, per molti aspetti e per molti istituti resta ancora sulla carta.

**PRÄSIDENT:** Danke! Abg. Lamprecht, Sie haben das Wort.

**LAMPRECHT:** Danke, Herr Präsident! Ich ergreife zum Fortgang der Arbeiten das Wort und ersuche Sie um Unterbrechung der Sitzung bis 13.00 Uhr, um diesen Punkt zu klären.

**PRÄSIDENT:** Danke! Dann unterbrechen wir die Sitzung und fahren um 15.15 Uhr fort.

*(ore 12.34)*

*(ore 15.15)*

**VORSITZ: PRÄSIDENT PAHL**  
**PRESIDENZA DEL PRESIDENTE PAHL**

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet, ich bitte um den Namensaufruf.

**PINTER:** *(Segretario):(fa l'appello nominale)*  
*(Sekretär):(ruft die Namen auf)*

**PRÄSIDENT:** Wir sind beim Tagesordnungsantrag Nr. 1 zum Gesetzentwurf Nr. 50. Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Mit 7 Jastimmen, 5 Enthaltungen und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungsantrag Nr. 2.  
Ich bitte den Abg. Heiss um die Verlesung:

**HEISS:** Danke, Herr Präsident!

**Tagesordnungsantrag Nr. 2**  
Zum Gesetzentwurf Nr. 50/XIII

**Alleinerziehende mit einem Kind:  
Die Einkommensgrenze zur Beziehung des Familiengeldes ist unverhältnismäßig knapp bemessen.**

Es ist erfreulich, dass nun die Region das Familiengeld auch auf Familien bzw. Alleinerzieher mit einem Kind ausdehnt. Allerdings sticht bei der, dem Gesetzentwurf beigelegten Tabelle ins Auge, dass dabei die Höhe des

Familieneinkommens für die Beziehung des Familiengeldes unverhältnismäßig knapp bemessen ist. Dies insbesondere bei Alleinerziehenden! Als Begründung werden immer wieder potentielle „Schwindler“ ins Feld geführt. Die anstehende Lösung in diesem Falle heißt aber, die Kontrolle zu verschärfen und nicht (!) alle Alleinerzieher deshalb schlecht zu behandeln.

**Daher beauftragt der Regionalrat die Regionalregierung,**

die Einkommensgrenzen zur Beziehung des Familiengeldes für Familien mit einem Kind anzuheben; dies gilt insbesondere für die Alleinerzieher.

Gez.: DER REGIONALRATSABGEORDNETE  
- Hans Heiss -

**ORDINE DEL GIORNO N. 2  
AL DISEGNO DI LEGGE N. 50/XIII<sup>^</sup>**

**Famiglie monoparentali con un unico figlio:  
troppo bassa la fascia di reddito che dà diritto all'assegno al nucleo**

E' molto positivo che la Regione abbia ora esteso l'assegno regionale al nucleo anche a nuclei familiari con uno o due genitori, in cui sia presente un unico figlio. Tuttavia, controllando la tabella allegata al disegno di legge, salta all'occhio che gli importi del reddito familiare per poter percepire l'assegno al nucleo familiare sono estremamente bassi. E questo soprattutto per i nuclei familiari con un unico genitore! Come motivazione vengono addotti possibili abusi da parte dei soliti "furbi". La soluzione in questo caso dovrebbe invece essere quella di rafforzare i controlli e non penalizzare per questo tutte le famiglie monoparentali!

Ciò premesso,

**il Consiglio della Regione autonoma Trentino-Alto Adige  
impegna la Giunta regionale**

ad innalzare la fascia di reddito che dà diritto all'assegno al nucleo familiare; per i nuclei familiari con un unico figlio, in modo particolare se é presente un solo genitore.

F.TO: IL CONSIGLIERE REGIONALE  
Hans Heiss

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICEPRESIDENTE MAGNANI  
VIZEPRÄSIDENT MAGNANI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

**PRESIDENTE:** Prego, consigliere Heiss, per l'illustrazione.

**HEISS:** Wenn ich ganz kurz erläutern darf. Frau Kollegin Kury hat es ja schon in der Generaldebatte ausführlich ausgeführt und deshalb ist die Botschaft bereits sehr klar. Auch Frau Assessorin Stocker hat darauf bereits reagiert.

Es geht um die Frage: einerseits ist es erfreulich, dass die Alleinerzieher jetzt mit einem Kind zum Familiengeld zugelassen sind. Das ist eine wichtige Erneuerung. Aber der zweite Knackpunkt ist eben der, dass die Einkommensgrenzen hier extrem knapp angelegt sind. Wenn die Tabelle B für Familien mit nur einem Elternteil und ohne behinderte Kinder betrachten, ist hier diese Einkommensgrenze bei 17.454 Euro blockiert. Danach sind Alleinerzieher mit einem Kind weg vom Fenster. Das ist eine sehr niedrige Einkommensgrenze. Das ist ein Monatseinkommen von maximal 1.200 bis 1.400 Euro und wir wissen genau, wie es vor allem für Alleinerzieher schwierig ist, mit einem Kind über die Runden zu kommen, weil sie eben auch noch meistens teilzeit arbeiten müssen. Von daher sehen wir, dass nachher die Wüste eintritt und das ist sehr bedauerlich, während für Alleinerzieher mit zwei Kindern bereits diese Einkommensgrenze bis auf 38.000 Euro vorgeschoben worden ist. Frau Assessorin hat bereits hingewiesen, dass damit dem Missbrauch vorgebeugt werden soll. Es ist verständlich, aber es ist sicher so, dass Missbrauch auf fallweise stattfinden kann. Aber man kann damit nicht eine ganze soziale Gruppe damit kriminalisieren. Da liegt eher die Beweislast bei den Trägern der Begünstigung, der die Kontrollaufgabe hat.

Deshalb haben wir diesen Tagesordnungsantrag eingebracht und ersuchen um seine Annahme. Das ist kein unbilliges Verlangen, sondern einfach die Bitte, hier ein Stück großzügiger zu sein, nachdem schon der Durchbruch anerkannter Weise erzielt worden ist. Aber dieser Durchbruch sollte wirklich ein Stückchen weitergehen.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il consigliere Morandini. Ne ha facoltà.

**MORANDINI:** La ringrazio Presidente. Dichiaro preliminarmente il mio voto favorevole a quest'ordine del giorno che, fra l'altro, va nella stessa direzione di una serie di emendamenti che ho presentato e che tendono a riequilibrare lo stato di ingiustizia che, se passa la Tabella B, così come è proposta dalla Giunta, si va sostanzialmente a concretizzare.

Perché? Perché la Tabella B per le famiglie monoparentali, cioè le famiglie con un solo genitore che, come sappiamo, nella stragrande maggioranza dei casi è composto dalla madre, le famiglie monoparentali sono assolutamente discriminate, fortemente svantaggiate. Non solo, ma subiscono i danni ed anche le beffe, perché dal punto di vista sociale evidentemente, per una donna sola generare un figlio, accoglierlo, educarlo, eccetera, è una fatica tripla. Non solo, ma deve far fronte a tutta una serie di difficoltà che consistono nel dover reperire il lavoro, nel cercare di mantenere un livello di vita tale che le consenta di mantenere il figlio, di educarlo e quant'altro. Deve cercare, facendo spesso volte i salti mortali di conciliare le sue occupazioni di madre con quelle di lavoratrice e se tutto questo non è da imputare all'ente pubblico, l'ente pubblico, allorché intende intervenire nel delicatissimo settore delle politiche sociali, come in questo caso, tanto più previdenziali e quindi che si connotano per la loro valenza finanziaria, deve non solo far di tutto per non penalizzare queste situazioni, come purtroppo sta accadendo leggendo la Tabella B, ma deve sostenerle.

Ripeto, parliamo di famiglie con un solo genitore, nella grandissima parte dei casi donne, famiglie a tutti gli effetti anche dal punto di vista giuridico, sociologico – lo ribadisco – equiparabili quindi alla famiglia in senso proprio, ma

a parte questo parliamo di situazioni veramente disagiate, in cui l'ente pubblico deve assolutamente intervenire in termini positivi.

Ebbene, che cosa accade alla luce della Tabella B? Accade che per questo tipo situazioni sono previste soltanto tre fasce, un emendamento in particolare che ho presentato va nel senso di sostituire la fascia di cui alla Tabella B, quantomeno recuperando la fascia di cui alla Tabella A, ho anche previsto un emendamento che la maggiora un po', perché è doveroso che, allorquando la politica si accinge a fare interventi di tipo sociale, in questo caso previdenziale con connotazione sociale, intervenga consistentemente a sostegno di queste situazioni.

L'ordine del giorno quindi va sicuramente sostenuto, tra l'altro annoto, riprenderò poi questo ragionamento, ma lo annoto già in conclusione del mio intervento, che siccome ho sentito echeggiare, anche nell'intervento dell'assessore, in particolare nel suo intervento, la carenza di risorse finanziarie per intervenire su questo versante, annoto che, come molti di voi sapranno, il primo comma dell'art. 13 della legge regionale n. 1 del 2005 del cosiddetto pacchetto famiglia, che questa maggioranza ha inteso portare e approvare all'inizio di questa legislatura, prevede che ci sia uno stanziamento di 30 milioni di euro ogni anno a sostegno di queste politiche. Ebbene, denuncio pubblicamente che questi 30 milioni di euro all'anno non sono mai stati utilizzati e quindi finiscono in economia 30 milioni di euro l'anno per gli interventi previsti.

Non solo quindi manca l'uniformità di trattamento fra le due Province, non solo manca l'attuazione di qualche istituto importante, per esempio in Provincia di Trento non ha mai decollato l'istituto del contributo per sostenere la contribuzione previdenziale per i familiari che si occupano di non autosufficienti in seno alla famiglia, ma addirittura questi 30 milioni di euro l'anno non sono stati utilizzati. Quindi abbiamo una congerie di denaro pubblico che è lì inutilizzata e quindi le risorse ci sono.

Riprenderò questo ragionamento, perché vedo che ho concluso il mio tempo e dichiaro il mio voto favorevole a questo ordine del giorno.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il consigliere Viola. Ne ha facoltà.

**VIOLA:** Grazie, Presidente. Era solo per esprimere il voto positivo a questo ordine del giorno, che va anche nel senso auspicato nell'intervento in discussione generale. Evidentemente il problema non è soltanto dire che si interviene sulle famiglie monoparentali con un unico figlio, ma il problema è come si interviene. Per cui evidentemente rivedere, come chiede la Tabella per innalzare la fascia di reddito di riferimento mi sembra quanto meno opportuno.

Devo dire che se, come peraltro è scritto in premessa, la motivazione è quella di frenare possibili abusi, il problema di frenare possibili abusi è giusto, ma non bisogna per questo penalizzare un intervento che dovrebbe invece andare nel verso di dare un servizio adeguato.

Per cui confermo il voto positivo e ribadisco anche il fatto che se il problema è penalizzare i furbi, ci sono altri sistemi che non sono quelli di penalizzare tutti, perché alcuni non possono approfittare di un certo tipo di situazione come quella qui individuata.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire la consigliera Kury. Ne ha facoltà.

**KURY:** Danke, Herr Präsident! Nur noch zwei Worte im Anschluss an die Erläuterungen, die Kollege Heiss gegeben hat. Wenn wir diese Tabellen ansehen, auch in der veränderten Form bzw. nach der Änderung, die Frau Assessorin noch angebracht hat, dann sehen wir, dass ab der Kategorie der Familien mit zwei Kindern der Sprung bis zu nächsten Kategorie immer ca. 5.000 Euro umfasst. Wenn wir allerdings den Sprung von der Familie mit einem Kind auf die Familie mit zwei Kindern anschauen, dann haben wir einen Sprung von ca. über 14.000 Euro. Hier ist einfach nicht geradlinig und linear bemessen worden. Noch deutlicher wird es bei der Tabelle B), bei den Alleinerziehern. Hier haben wir die Höchststufe von 18.200 Euro und bei den Familien mit zwei Kindern springen wir gleich auf 40.000 und dann geht es wieder mit 5.000 weiter. Wir springen hier also von 18.000 auf 40.000, einen Sprung von 12.000 Euro, während die weiteren Sprünge mit jeweils einem zusätzlichen Kind ca. 5.000 sind. Da merkt man ziemlich genau, dass hier diese Familie mit einem Kind nicht gleichberechtigt gesehen wird und auch gleichberechtigt in die Kalkulation mit einbezogen wird. Wir können das insofern nicht nachvollziehen, weil wir ja wissen, dass es gerade zahlenmäßig diese Familien sind, die am häufigsten anzutreffen sind und zweitens weil wir wissen, dass das erste Kind im Verhältnis mehr Kosten verursacht als die Nachkommenden, weil hier die Veränderung der Lebensweise der Familie zustande kommt bzw. bestimmte Infrastrukturen und neue Anschaffungen usw.

Ich möchte noch einmal betonen, dass Frau Assessorin uns in der Antwort gesagt hat, sie ist froh darüber, dass man jetzt in der Änderung den Höchstbetrag auf 18.200 erhöhen konnte. Das sehen wir und das ist immerhin eine Teilzeitarbeit. Aber ich denke, auch hier wird wieder klar, dass man hier mit anderen Kriterien misst als bei den anderen Familien.

Frau Assessorin hat in der Antwort gesagt, selbstverständlich wird hier auch die Problematik Schwindel mitkalkuliert. Dagegen möchte ich mich wirklich entschieden zur Wehr setzen. Es kann doch kein Grund sein, weil irgendwo aufgrund von mangelnder Kontrolle Schwindel herrscht, dass man dann eine ganze Kategorie wirklich schlecht behandelt.

Wir ersuchen unsere Kolleginnen und Kollegen aber auch jene in der Landesregierung, noch einmal darüber nachzudenken, ob diese Aufteilung bei gleich bleibenden Mitteln nicht sozial gerechter gemacht werden könnte. Ich weiß, es ist leicht zu sagen, wir wollen auch für die Familien mit einem Kind ordentliche Beträge haben. Es ist auch leicht gesagt, aber man könnte bei gleich bleibender Summe, die vorhanden ist oder noch besser bei Abzwackung von bestimmten Geldsummen von anderen Kapiteln tatsächlich hier sozial gerechter agieren. Deshalb unser Wunsch und Appell an alle, diesen Antrag zu unterstützen. Es geht einfach darum, diese Ungleichbehandlung von Familien wieder ins rechte Lot zu rücken.

Wir ersuchen auch gleich um geheime Abstimmung.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire l'assessora Stocker. Ne ha facoltà.

**STOCKER:** Danke, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe nicht an zu behaupten, dass diese Maßnahme knapp bemessen ist und ich stehe auch nicht an zu behaupten, dass für mich auch im Verhältnis zu anderen sehr linear ist. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir diese Maßnahmen auch mit den Patronaten durchgesprochen haben und von Seiten dieser auch diese

unterschiedliche Bemessungsgrundlage als richtig erkannt worden ist. Auftrag für war es in erster Linie eine Möglichkeit zu suchen ein Familiengeld auch bei Alleinerziehenden vorzusehen, die Teilzeit arbeiten. Wir haben durch die Erhöhung der Summe auf 18.200 Euro sicher auch diejenigen mit drinnen, die Vollzeit arbeiten, aber wenig verdienen. Insgesamt sind mit diesen Maßnahmen ungefähr 8.000 Familien betroffen, die jetzt in der Region zu einer zusätzlichen Einnahme kommen und diese Familienmaßnahme in Anspruch nehmen können. Wenn es auch nicht ausreichend erscheint, so möchte ich doch bitten zu sehen, dass wir 8.000 Familien zusätzlich ein Familiengeld mit dieser Maßnahme geben können.

**PRESIDENTE:** Se non ci sono altri interventi, pongo in votazione l'ordine del giorno. È stata chiesta la votazione a scrutinio segreto.

Prego distribuire le schede per la votazione.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRESIDENTE:** Comunico l'esito della votazione:

votanti	52
schede favorevoli	16
schede contrarie	31
schede bianche	5

Il Consiglio non approva l'ordine del giorno.

Passiamo all'ordine del giorno n. 3, a firma della consigliera Kury.  
Prego dare lettura dell'ordine del giorno.

**KURY:**

**Tagesordnungsantrag Nr. 3 zum Regionalgesetz Nr. 50/XIII**

**Ist Pflege weniger wert als Erziehung?  
Gleiche finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für Pflegende und  
Erziehende zur Absicherung der Renten.**

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht eine beträchtliche Erhöhung der Beiträge durch die Region zur Absicherung der Rente für Erziehende vor. Dies ist erfreulich. Es verwundert, dass diese Maßnahme nicht auch für die Pflegenden von pflegebedürftigen Familienangehörigen vorgesehen ist.

Daher beschließt der Regionalrat,

dass die Tätigkeit Erziehung und Pflege als gleichwertige soziale Funktionen einzustufen sind und deshalb auch gleichwertige finanzielle Unterstützungen verdienen.

Gez.: DIE REGIONALRATABGEORDNETE  
- Cristina Kury -

**ORDINE DEL GIORNO N. 3  
AL DISEGNO DI LEGGE N. 50/XIII<sup>A</sup>**

**L'assistenza ai familiari non autosufficienti  
vale forse meno dell'assistenza ai figli?**

Il presente disegno di legge prevede un aumento considerevole di contributi della Regione per la copertura previdenziale dei periodi di assistenza ai figli. Questo è molto positivo ma stupisce che questo intervento non sia stato previsto anche per la copertura previdenziale dei periodi di assistenza ai familiari non autosufficienti.

Ciò premesso,

il Consiglio della Regione autonoma Trentino-Alto Adige  
delibera

che l'attività di assistenza ai figli vada parificata, nella sua funzione sociale, a quella dei familiari non autosufficienti e pertanto si prevedano equivalenti sostegni finanziari.

F.TO: LA CONSIGLIERA REGIONALE  
Cristina Kury

**PRESIDENTE:** Prego, consigliera Kury, per l'illustrazione.

**KURY:** Danke, Herr Präsident! Auch diese unsere Kritik am vorliegenden Gesetzentwurf ist bereits in der Generaldebatte von meiner Seite erläutert worden. Ich möchte nur noch einmal spezifizieren, worum es geht. Es gibt einen positiven Punkt in diesem Gesetzentwurf, den wir auch alle hervorgehoben und das ist die Tatsache, dass der Betrag, den die Region zur Rentenabsicherung für jene Männer und Frauen bezahlt, die ihre Arbeitsverhältnisse enden oder unterbrechen, um zu Hause zu bleiben und ihre Kinder zu erziehen, dass dieser Betrag fast verdoppelt worden ist und zwar von 3.500 auf 6.000 Euro, damit sich die betreffenden Personen weiterhin die Rente freiwillig weiterzahlen. Das ist gut so. Denn wir müssen alle dafür Sorge tragen, dass möglichst viele Menschen im Alter rentenversichert sind und wenn möglich auch noch zu normalen Rente eine Zusatzrente haben. Soweit sind wir alle einer Meinung.

Es verwundert allerdings sehr, dass diese positive Maßnahme ausschließlich auf jene beschränkt ist, die ihr Arbeitsverhältnis unterbrechen, um Kinder zu erziehen. Also dass dieselbe Maßnahme, die bisher gleichwertig für Pflegende gesetzt war, nun nicht gleichzeitig auch mit erhöht wird. Das verwundert, denn es ist im Grunde eine Abwertung der Pflege gegenüber der Kindererziehung, ein indirektes Eingeständnis, dass Kindererziehung mehr wert ist als Pflegebedürftige zu pflegen. Gegen diese Einstellung möchten wir hier wirklich massiv protestieren, denn ich denke, es kann hier keine Hierarchie der Wichtigkeit dieser beiden Tätigkeiten festgelegt werden.

Im übrigen wissen wir eh schon, dass man mit den Menschen, die zu Hause bleiben, sei es gezwungenermaßen sei es auch gerne, weil sie Pflegebedürftige pflegen, nicht gerade sehr großzügig umgegangen worden ist. Es ist so, dass nur für die dritte und vierte Kategorie der Pflegebedürftigkeit

diese Maßnahme greift. Auch das ist schon ein Problem, denn wir wissen, dass wenn jemand einfach pflegebedürftig ist, für viele Frauen es notwendig macht das Arbeitsverhältnis zu kündigen, sei es dass die Pflege sechs Stunden in Anspruch nimmt, sei es dass sie 24 Stunden in Anspruch nimmt. Aber auch schon bei 6 Stunden Pflege am Tag kann kein normales reguläres Arbeitsverhältnis mehr beibehalten werden. Das ist bereits ein Problem, dass hier immer noch durch Reglement diese Beitragszahlung nur stattfindet, wenn die Pflegebedürftigen als schwerstpflegebedürftig eingestuft sind. Wir haben deshalb auch in unseren Änderungsanträgen vorgeschlagen, dass immer wenn jemand als pflegebedürftig eingestuft wird, diese Maßnahmen zu tragen kommen, weil es einfach keinen Unterschied macht. Ich muss als Frau bereits mein Arbeitsverhältnis aufkündigen, wenn ich jemand zu pflegen habe, unabhängig wie intensiv und zeitaufwendig diese Pflege dann ist.

Aber jetzt zusätzlich zu dieser Ungerechtigkeit kommt eine weitere, nämlich die Tatsache, dass ich weiterhin nur die 3.500 Euro in Anspruch nehmen kann, auch wenn ich sozusagen 24 Stunden rund um die Uhr einen pflegebedürftigen Menschen pflege. Ich möchte einfach auf die Brisanz dieser Unterscheidung hinweisen. Es geht einfach nicht an, dass Kinder, die womöglich einen Kindergarten oder Kinderhort zur Verfügung haben, dass ich dann trotzdem den Beitrag bekomme. Aber ich will jetzt nicht selber in diese Falle tappen, um hier Unterschiede herzustellen. Während jemand eine pflegebedürftige Person pflegt, womöglich durch den Rost saust, weil er nicht in die dritte oder vierte Kategorie eingestuft ist oder jedenfalls jetzt benachteiligt ist.

Ich ersuche wirklich hier klarzustellen, dass für uns als Regionalrat es keine Hierarchie der Beurteilung zwischen diesen beiden Tätigkeiten gibt, dass wir es für beide unendlich wichtig finden und dass wir die soziale Funktion nicht gegeneinander ausspielen wollen. Ich erinnere daran, dass wir täglich von einer Überalterung der Gesellschaft reden, von der Problematik, dass wir immer mehr Menschen zu pflegen haben werden und dass wir deshalb in diese Richtung einfach nach vorne blickend Maßnahmen setzen müssen und diese Maßnahme ist eigentlich das Gegenteil von dem, was wir täglich sagen, nämlich dass Pflege unendlich wichtig ist, dass wir uns wünschen, dass die Pflege auch zu Hause funktioniert, dass wir uns aber parallel wünschen, dass die Pflegenden alle Unterstützung bekommen, sei es im finanziellen Ausmaß – und hier werden wir sehen, wie sich diese Einführung der Pflegesicherung in Südtirol ganz konkret auswirkt -, aber selbstverständlich auch bei der Rentenabsicherung für diese Frauen.

Auch auf dieses Problem ist Frau Assessorin in ihrer Replik eingegangen. Sie hat uns eine Zahl gesagt, nämlich haben bis jetzt nur 300 Menschen angesucht und dass es hier wohl an der Höhe bzw. Nicht-Höhe gelegen ist, der herausgeschaut hat aber auch an der Bürokratie und Frau Stocker hat dann noch einmal darauf hingewiesen, dass die Regierung offensichtlich wissentlich und willentlich hier eine Unterscheidung zwischen Pflege und Erziehung gemacht hat und wieder dieses Beispiel gebracht hat, dass für Pflegenden finanzielle Maßnahmen auf Landesebene gesetzt werden. Das stimmt schon, aber die Pflegesicherung kommt in die Hände des Pflegefalls und nicht der Person, die diesen Pflegefall betreut. Ich denke, es ist absolut nicht garantiert, dass dieses Geld zur Rentenabsicherung für die Pflegenden benützt wird. Das ist einfach absolut nicht garantiert. Wir würden

sehen, dass wir zu diesem Pflegegeld, das jetzt ausbezahlt wird, denn noch die Region aus ihren Füllhorn auch für die Pflegenden adäquat wie für die Pflegenden dieselben Mittel ausbezahlt. Wenn sie wirklich nicht reichen, dann ersuchen wir auch hier um einen Durchschnittswert zwischen 3.500 und 6.000, der erschwinglich ist, aber dass alle das gleiche bekommen und dass diese Unterschiede nicht gemacht werden.

Mir ist von verschiedener Seite das Problem gestellt worden, ob es nicht möglich wäre, dass zumindest auch zwei Personen diesen Beitrag zur Beitragszahlung in Anspruch nehmen können. Wie bereits vorher dargelegt, trifft es Schwerstpflegebedürftige und die müssen manchmal 24 Stunden am Tag gepflegt werden und eine Person ist da natürlich innerhalb kurzer Zeit völlig ausgerieben und dann müsste man wenigstens schauen, dass wenigstens zwei Personen in den Genuss dieser Beitragszahlung kommen und dann käme man vielleicht wieder hin. Auch das möchte ich hier zu Bedenken geben. Die zwei Punkte sind: erstens diese Beitragszahlung für Pflegenden zu geben, auch wenn die Personen, die zu pflegen sind, nicht schwerstpflegebedürftig sind, weil es nicht auf die zeitlichen Anspruch ankommt, sondern auf die Tatsache, dass jemand das Arbeitsverhältnis unterbrechen muss und zweitens die Gleichbehandlung zwischen Erziehung und Pflege. Da ersuchen wir wirklich um Einverständnis.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il consigliere Morandini. Ne ha facoltà.

**MORANDINI:** La ringrazio Presidente. Saluto positivamente la presentazione di questo ordine del giorno, per una serie di considerazioni che andrò sviluppando, riprendendo in parte quanto ho avuto modo di formulare in sede, sia di discussione generale sul disegno di legge n. 50, relativo ad una serie di modifiche alla legge regionale n. 1 del 2005, sia nel rappresentare le ragioni di questa mia battaglia.

Soggetti non autosufficienti. Denuncio pubblicamente per l'ennesima volta che la Provincia autonoma di Trento non ha ancora attivato su questo versante la legge regionale n. 1 del 2005, la quale, approvata ormai da quasi 4 anni è inattuata in Provincia di Trento, oltre che per qualche altro istituto, gravemente anche per la non contribuzione nei confronti dei familiari che si occupano di persone non autosufficienti.

Penso che questo si commenti da solo per la sua gravità, non solo, ma oltre aspettare l'unitarietà del quadro regionale fra le due province, annoto che stiamo parlando di una legge regionale, quindi dovrebbe essere attuato uniformemente fra le due Province, faccio notare che il comma 2 dell'art. 13 della legge regionale n. 1 del 2005 prevede testualmente che gli interventi di cui stiamo parlando ed altri con questi, sono attuati in coerenza con le politiche sociali della famiglia e del lavoro di ciascuna Provincia autonoma, tramite le risorse alle stesse Province attribuite ai sensi del comma 1.

Se ci fosse un po' di coerenza almeno bisognerebbe cancellarla questa norma di cui al secondo comma dell'art. 13, proprio perché di fatto è svuotata, di fatto è inattuata. Visto che il secondo comma richiama il primo comma, annoto ancora che il primo comma prevedeva fin dal febbraio 2005 che per le finalità di cui agli articoli 1, 2 e 4 è autorizzata, cioè degli interventi previdenziali contenuti nella legge regionale n. 1 del 2005, è autorizzata la spesa complessiva di euro 30 milioni l'anno, cosa che – ripeto – la grandissima

parte sono non utilizzati e questo è assolutamente sconcertante, per non dire di peggio.

Tornando ai non autosufficienti, l'intervento è previsto solo per i gravemente non autosufficienti. In questo senso ritengo che delimitare così, in maniera circostanziata la questione, è assolutamente dannoso, è assolutamente antisociale, perché per conseguire la qualifica di non autosufficiente si deve evidentemente sottoporsi ad una serie di accertamenti medici che non sono facili, cioè non è che la qualifica di non autosufficiente viene riconosciuta a tutti i soggetti che ne fanno domanda, debbono ricorrere una serie di requisiti, per cui la qualifica di non autosufficiente oggi viene riconosciuta solo a soggetti che, di fatto, sono particolarmente gravi.

Di fronte a tutto questo evidentemente, il circoscrivere, il limitare ulteriormente il riconoscimento dell'intervento contributivo solo ai gravemente non autosufficienti, circoscrive in termini troppo angusti ed eccessivamente limitanti questo intervento. Per cui ancora una volta le persone non autosufficienti sono discriminate e con esse i familiari che li accudiscono.

È vero, come diceva la collega Kury, che per quanto riguarda l'educazione dei figli ci sono le strutture pubbliche degli asili nidi, però è anche vero – su questo versante non andrei molto ad incamminarmi – che ci sono strutture di sollievo, case di riposo, RSA per non autosufficienti, non è quello il problema. Il problema è quello – quindi riconosco invece con il suo ordine del giorno – di una uniformità di trattamento fra coloro che accudiscono i bambini e coloro che accudiscono le persone non autosufficienti e qui concordo pienamente.

Questa mi pare la ratio dell'ordine del giorno e quindi annoto come positivo. Faccio solo presente che le risorse ci sarebbero, perchè questi 30 milioni di euro l'anno evidentemente, in gran parte inutilizzati e andati in economia, si commentano da soli, tanto più su un versante come quello sociale, in cui ci sarebbe molto bisogno, l'assessore lo sa, tanto più pensando che spesso la Regione impartisce, elargisce contributi a pioggia, finanziando questo o quell'altro soggetto, senza alcun criterio, ma secondo criteri che ahimé attengono spesso – qui non c'entra l'assessora Stocker evidentemente, c'entra qualche altro assessore – a logiche clientelari che si commentano da sole.

Per queste ragioni dichiaro il mio voto favorevole all'ordine del giorno.

**PRÄSIDENT PAHL ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**  
**ASSUME LA PRESIDENZA IL PRESIDENTE PAHL**

**PRÄSIDENT:** Grazie! Frau Abg. Klotz, Sie haben das Wort.

**KLOTZ:** Zunächst eine Frage an die Frau Assessorin, ob Sie sich diese Möglichkeit auch durchgerechnet hat, denn ich nehme an, wenn dann happert es beim Finanziellen, dass möglicherweise die Mittel nicht bereit stehen oder sie nicht finden kann.

Grundsätzlich befürworte ich diesen Antrag, denn gerade die Familien, welche Behinderte und Schwerstbehinderte pflegen, leisten einen großen sozialen Dienst und ich war immer der Meinung, man soll die Familien unterstützen, welche ihre Behinderten selbst betreuen, weil das sicher die beste Art der Betreuung ist, vor allen Dingen, wenn sie nicht hoch spezialisierte Hilfe

brauchen, die eine Familie aus welchen Gründen auch immer nicht bieten kann. Deshalb bin ich grundsätzlich für die Maßnahme, weil das eine richtige Weichenstellung wäre.

Wie gesagt, ich ersuche Frau Assessorin uns zu sagen, was die Berechnungen diesbezüglich ergeben, ob sie die Daten hat, ob sie weiß, wie viele Familien es beträfe und was das kosten würde.

**PRÄSIDENT:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, bitte ich Frau Assessor Stocker um die Replik.

**STOCKER:** Danke, Herr Präsident! Ganz kurz eine Antwort auf einige der Fragen bzw. der vorgebrachten Überlegungen.

Zuerst zu Frau Kollegin Klotz: Natürlich sind entsprechende Rechnungen angestellt worden. Ich kann Ihnen nachher die genauen Daten überlassen, die in einer Studie gemacht worden sind. Ich habe diesen Vorschlag nach bestem Wissen und Gewissen gemacht, dass dafür auch die Deckung für die nächsten sieben Jahre geben ist, auch für alle anderen Maßnahmen, wie ich vorhin bereits angedeutet haben.

Kollege Morandini hat darauf hingewiesen und gemeint, es wären genügend Gelder zur Verfügung, weil wir die 30 Millionen, die für die rentenmäßige Abdeckung vorgesehen sind, in der Hälfte des Jahres 2005, 2006 und 2007 bei weitem nicht ausgeschöpft worden sind. Das ist richtig. Nur muss ich hier hinzufügen, dass etwas mehr als 64 Millionen dieser Gelder für die Abdeckung der alten Hausfrauenrente zweckgebunden sind. Ungefähr 3 weitere Millionen sind Ausgaben. In dieser Zeit verblieben also noch – und das dann für ein Jahr – 6 Millionen, die tatsächlich zur Verfügung wären, aber alles andere sind zweckgebundene Gelder und mit 6 Millionen kann ich keine langfristige Maßnahme machen. Wir haben im Gesetz nur „schwerpflegebedürftig“ festgeschrieben. Ich denke schwerpflegebedürftig wird und kann auch unterschiedlich interpretiert werden. Wir haben es im Moment interpretiert, weil ich dafür die Sicherheit habe, dann auch die finanziellen Mittel tatsächlich zu haben – dritte, vierte Pflegestufe. Es ist aber so, dass wir alle sehr daran interessiert sind. Wir werden sehen, wie alles anläuft, auch mit etwas mit weniger Bürokratie und von wie vielen es in Anspruch genommen wird. Es ist unser gemeinsames Anliegen, dass wir nicht unterscheiden zwischen der sozialpolitischen Funktion wie Pflege und Erziehung. Aber die finanziellen Mittel lassen im Moment diese Maßnahmen nur zu, möchte aber betonen, dass es auch der Wunsch unserer Fraktion ist, das Ganze auf die zweite Pflegestufe auszudehnen. Die Erhöhung ist noch ein zusätzliches Problem, möchte allerdings doch noch einmal darauf hinweisen, wenn zu Recht auch von der Kollegin Kury angemerkt wurde, dass das Geld, das aus der Pflegesicherung fließt, in erster Linie dem zu Pflegenden zufließt, so gehe ich doch davon aus, dass diese zu Pflegenden jener Person, die sie tatsächlich pflegt, doch einen Großteil dieser Geldmittel zur Verfügung stellen. Davon gehe ich aus und in dem Sinne kann man schon sagen, dass hier eine etwas andere Absicherung gegeben ist, als in dem einen Jahr, wo ich Erziehungsarbeit leiste und wo ich keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung habe.

Noch einmal und unterstrichen: wir wissen alle, dass wir bei diesen Maßnahmen auf dem Weg sind. Ich wünsche mir wie viele von Ihnen auch, dass wir imstande sind, diese Schritte in der Zukunft noch auszudehnen und zu

verbessern. Aber im Moment kann ich mit bestem Wissen nur sagen, dass die Abdeckung für die Maßnahmen da ist, die ich vorhin bereits erläutert habe.

**PRÄSIDENT:** Danke für die Replik! Abg. Kury, Sie haben das Wort.

**KURY:** Ich bedanke mich bei allen Beiträgen. Ich bedanke mich bei Kollegen Morandini und Kollegin Klotz für die Unterstützung. Ich bedanke mich auch bei Frau Stocker für den Versuch zu begründen, warum es momentan nicht geht. Nur erlauben Sie mir, Frau Assessorin eines zu sagen: wir wollen alle ungefähr dasselbe und darüber würde ich mich schon sehr freuen, aber wir tun es leider Gottes nicht. Das ist das Problem. Denn wenn wir heute diese Unterscheidung hier fixieren, dann weiß ich nicht, in welchem Zeitraum man dann wieder daran geht. Was mich vor allem bestürzt ist, Sie sagen wir warten jetzt einmal, wie diese Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Das verstehe ich. Allerdings war es in Ihrer Darstellung am heutigen Vormittag so, dass diese Maßnahmen wenig in Anspruch genommen worden sind, wohl auch aufgrund des geringen Beitrags, der gewährt wird. So befürchte ich ganz einfach, zumal der Beitrag hier der gleiche bleibt, dass dann diese 3.500 für die freiwillige Rentenabsicherung auch bei Pflege nicht in Anspruch genommen werden und dass es dann wirklich die Frauen trifft, die eine Arbeitsbiografie haben, die aufgrund von Umständen plötzlich unterbrochen werden und dann nach 3, 4, 5 oder 10 intensiven Pflegejahren sie nicht mehr in den Beruf zurückkehren können und dann das große Loch haben. Das große Loch, das nicht weiter gefüllt worden ist. Das sind eigentlich die Einzelfälle, mit denen ich zwischendurch konfrontiert werde. Ich bin ganz sicher, auch Sie Frau Assessorin, sind mit diesen Einzelfällen konfrontiert. Frauen, die Zeit ihres Lebens sowohl Haushalt wie Arbeit verrichtet haben, dann aufgrund von Pflegefällen plötzlich die Arbeit unterbrochen haben und irgendwann einmal mit 60 oder 65 Jahren feststellen, dass ihnen ein bisschen etwas für die Rente fehlt. Das möchte ich eigentlich verhindern.

Zuerst kann ich einmal meine Zustimmung ausdrücken, wenn Sie sagen, dass die Durchführungsbestimmung verändert werden soll. Heute haben Sie mir das zugesichert. Wir hatten vor kurzem einen Antrag, die Durchführungsbestimmung so zu verändern, dass auch die zweite Pflegestufe beim Beitrag zur freiwilligen Weiterzahlung der Rente mit in Betracht gezogen wird. Vor kurzem war es offensichtlich noch nicht so. Ich halte das für absolut wichtig, weil Frauen hier von einem Tag auf den anderen durch einen Schlaganfall der Mutter usw. in die Notwendigkeit versetzt werden, zu Hause zu bleiben. Wenn diese Pflegefälle als gering eingestuft werden, obwohl sie die Präsenz von Frauen ganz einfach voraussetzen, dann haben wir diese ganz großen Probleme in der Rentenbiografie von Frauen.

Sie sagen, wir sind auf dem Weg und das ist in Ordnung. Wir wären lieber aber gleich am Ziel, statt erst auf dem Weg mit einer ungewissen Zeitangabe, wann wir am Ziel angelangen und wir halten diesen Antrag für einen ganz wichtigen, weil er einen Präzedenzfall darstellt in einer unterschiedlichen Bewertung von sozialen Funktionen, die zumindest gesellschaftlich als gleichwertig darstellen und wo wir eigentlich wissen, dass sich die Pflegefälle häufen und täglich wissen, dass eine ganze Reihe von Familien vor ganz großen Herausforderungen stehen und diese Leute hier zu benachteiligen oder schlechter zu behandeln, kann nicht hingenommen werden.

Es tut mir leid, aber es sollte nicht als Bösartigkeit aufgefasst werden, aber ich ersuche auch hier um geheime Abstimmung und möchte hier noch einmal darauf hinweisen, dass es hier um ein Prinzip geht, das wir hier zum ersten Mal in einem Gesetz festschreiben. Nämlich erziehen ist wichtiger und unterstützungswürdiger als pflegen. Mit dieser Festschreibung dieses Prinzips können wir eigentlich nicht gut leben. Ich ersuche also um geheime Abstimmung.

**PRÄSIDENT:** Collega Morandini, Lei ha già parlato 5 minuti.  
Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.  
Ich bitte um den Namensaufruf.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende: 52  
Jastimmen: 19  
Neinstimmen: 28  
Weiße Stimmzettel: 4  
Nichtige Stimmzettel: 1

Quindi l'ordine del giorno non è approvato.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungsantrag Nr. 4.  
Ich bitte den Abg. Morandini um die Verlesung des Antrages.

**MORANDINI:**

ORDINE DEL GIORNO N. 4  
AL DISEGNO DI LEGGE N. 50

**“Va esteso l’assegno al nucleo familiare oltre il 18° anno di età”**

L'urgenza di politiche familiari è sotto gli occhi di tutti, a partire dalle politiche per le famiglie numerose. In questo senso, opportunamente, l'originario *Pacchetto Famiglia*, prevedeva l'assegno al nucleo familiare ben oltre il 18° anno di vita. E ciò sulla scorta della considerazione del fatto che dopo la maggiore età, quantomeno per qualche anno, e nella quasi totalità dei casi, il figlio è ancora studente ed ancora a carico della famiglia.

La maggioranza attualmente al governo del Trentino-Alto Adige ha ritenuto di sostituire l'originario *Pacchetto Famiglia* con la l.r. n. 1/2005, cancellando quell'assegno al nucleo dopo il 18° anno di vita. Ciò rappresenta un'ingiustizia che va superata.

Per queste ragioni,

**il Consiglio regionale  
impegna la Giunta**

a modificare il regolamento di esecuzione della l.r. 1/2005, prevedendo il diritto di percepire l'assegno al nucleo familiare a partire dal secondo figlio fino alla

durata legale del corso di studi, nell'eventualità di studi di scuola secondaria o di studi universitari

F.TO: IL CONSIGLIERE REGIONALE  
Pino Morandini

Per illustrare brevemente lo scopo di questo ordine del giorno, vorrei annotare che l'originario pacchetto famiglia, approvato ancora negli anni '90, aveva inteso integrare i cosiddetti assegni familiari, che erano cifra piuttosto irrisoria, previsti da una legge dello Stato, proprio per aiutare le famiglie a partire dalle famiglie numerose.

In questo senso si era subito rappresentata la incongruenza rispetto agli assegni familiari previsti dalla legislazione dello Stato che, come noto, cessavano di operare a partire dal compimento della maggiore età del figlio (oltre ad essere una forte ingiustizia l'erogare gli assegni cosiddetti familiari fino al compimento della maggiore età del figlio per i motivi che subito diremo) gli assegni familiari, così come previsti dalla legge dello Stato, se nella ratio della loro formulazione, della loro proposta erano assolutamente condivisibili, in quanto miranti a sostenere le famiglie con figli, in particolare le famiglie numerose, nell'entità della somma che prevedevano e che prevedono, concretizzavano una misura assolutamente irrisoria, di lievissima entità che certamente non era in grado di aiutare le famiglie con figli, soprattutto le famiglie numerose, a sostenere il carico finanziario che un figlio porta nella famiglia.

Allora lo scopo contenuto nell'istituto previsto nell'originario pacchetto famiglia, che era appunto quello di non solamente incrementare gli assegni familiari dello Stato – ripeto – di entità irrisoria, per quanto positivo l'intento di sostenere le famiglie, ma era anche quello di estendere l'applicazione dell'assegno familiare e quindi di integrare l'applicazione dell'integrazione degli assegni familiari anche oltre il 18° anno di età. Almeno per qualche anno, nel senso di sostenere il figlio che normalmente resta a carico della famiglia ancora per un certo numero di anni, di sostenere la famiglia che deve accudire il figlio, soprattutto sostenerne le spese fino almeno alla fine del corso legale di studi di scuola superiore, nel caso il figlio frequenti la scuola superiore e qualora il figlio frequenti l'Università fino al compimento del corso legale di studi universitari.

Perché questo? Perché è assolutamente incongruo, tanto più negli anni 2000, pensare che gli assegni familiari debbano cessare la loro applicazione con il compimento della maggiore età e questo non dipende da noi perché è legge dello Stato ed è assolutamente incongruo cancellare, come è stato fatto con la legge regionale n. 1 del 2005, da parte di questa maggioranza, cancellare l'originario pacchetto famiglia anche nella parte che prevedeva l'integrazione degli assegni familiari anche oltre il 18° anno di età, nel senso che ho detto. Fino al compimento del corso legale di studi superiori universitari, a seconda che il figlio o la figlia frequentino questo tipo di studi.

Tanto più oggi in cui, vista la contingenza finanziaria che tocca molte famiglie, le famiglie numerose sono le più colpite. E qui annoto positivamente l'iniziativa, come già hanno fatto altri colleghi, del forum nazionale delle associazioni familiari che ha posto, qualche giorno fa, nelle mani del Presidente Napolitano un milione e 70 mila firme, alla cui raccolta mi onoro di aver

partecipato intensamente, di cittadini italiani che chiedono che sia finalmente pensato, da parte dello Stato, un provvedimento legislativo che tenga finalmente conto del carico dei figli all'interno delle famiglie e quindi che parta dalle famiglie più numerose.

Tra l'altro questo intervento è previsto, come loro sanno, fin da alcuni articoli della nostra Costituzione italiana che ha ormai compiuto 60 anni e che anche su questo punto è rimasta ancora inattuata. Sarebbe un bel modo per ricordare, in modo autorevole, sostanziale questo 60° della Costituzione italiana che è caduto il 1° gennaio di quest'anno, sarebbe un bel modo quello di dar corso, almeno a questa parte della norma del testo costituzionale, nella quale è previsto che la Repubblica deve sostenere le famiglie a partire dalle famiglie numerose. Per cui lo scopo della raccolta di firme del forum andava nella direzione in primis del quoziente familiare, che più volte il forum e le associazioni che in esso si riconoscono hanno previsto nel corso di questi anni, qui tocco materie di competenza dello Stato come quella fiscale, ma su cui la nostra Regione può intervenire, pure nei confronti delle famiglie numerose e non toccando la materia fiscale, ma toccando tutto l'ambito degli interventi previdenziali, come già l'originario pacchetto famiglia ha fatto vedere aprendo la strada.

Qui mi permetto di dissentire un attimo dalla cortese assessora Stocker, facendo presente che è vero sulla carta che la competenza che la Regione annota in materia di previdenza sociale è una competenza cosiddetta terziaria o solamente integrativa e quindi dovrebbe teoricamente poter integrare le leggi dello Stato, ma è anche vero che in una sana trattativa con il Governo nazionale, il primo pacchetto famiglia lo ha dimostrato, abbiamo potuto andare oltre una competenza meramente integrativa, prevedendo istituti affatto nuovi, non solamente integranti leggi dello Stato, ma addirittura affatto nuovi come l'assegno di cura, come l'assegno di natalità che il Governo italiano vistò tranquillamente ed allora era previsto il visto del Governo per l'entrata in vigore delle leggi regionali. E questo lo annoto per far presente come su questa materia abbiamo una competenza che è ben di più di una competenza meramente integrativa, solo che si voglia rappresentare al Governo centrale le ragioni dell'esercizio di questa competenza.

Siccome è una delle poche competenze rimaste in capo all'ente Regione, questa è una competenza che qualifica la Regione, che addirittura potrebbe essere appuntare la Regione, come ha fatto il primo pacchetto famiglia, come pioniera sul versante delle politiche previdenziali e sociali, nel senso di andare a rompere il ghiaccio, prevedendo istituti che poi possano anche riprendere altre regioni, solo che lo vogliano, perché evidentemente si tratta anche qui di fare delle priorità e quindi di investire le risorse finanziarie dando priorità a questi interventi e mai come oggi ce n'è bisogno. Basti pensare che la contingenza finanziaria sta pesantemente incidendo sulle famiglie e che ormai le famiglie numerose, considerate tali dai tre figli in su, ma ahimé spesso capita anche alle famiglie con due figli, ormai le famiglie numerose sono considerate sulla soglia di povertà, soprattutto quando c'è un solo reddito e quindi si stenta a sbarcare il lunario.

In una recente indagine condotta all'interno della Provincia autonoma di Trento, di cui è stata data ampia notizia nel corso delle settimane precedenti, ha evidenziato come qualche migliaio di famiglie stentino a sbarcare il lunario e

la quarta settimana del mese veda molte di queste addirittura cibarsi a semplice pane e latte.

Per concludere questo mio intervento illustrativo dell'ordine del giorno, lo scopo è quello sostanzialmente di recuperare, almeno su questo punto assessore, la previsione dell'originario pacchetto famiglia e di andare a incidere fortemente nei confronti dei figli che hanno compiuto il 18° anno di età, integrando gli assegni familiari, naturalmente non sine die, ma se studiano alle scuole superiori fino alla fine del corso legale di studi della scuola superiore, se frequentano l'università fino alla fine del corso legale di studi universitari.

L'ordine del giorno propone di impegnare la Giunta a modificare in questo senso il regolamento di esecuzione della legge regionale n. 1 del 2005, proprio prevedendo questo diritto, a partire almeno dal secondo figlio, fino alla durata legale del corso di studi, nell'eventualità di studi di scuola secondaria, di studi universitari.

Annoto che sto conducendo questa battaglia, perché è assolutamente ingiusto che l'assegno al nucleo familiare, a partire dal primo figlio, che ho sostenuto fin dal momento in cui è stato cancellato, in cui c'è stata una dimenticanza totale a causa della legge regionale n. 1 del 2005, nei confronti del primo figlio, questo assegno al nucleo familiare, a partire dal primo figlio e che prevede questo provvedimento, sia almeno fatto decorrere – chiudo Presidente – da quando ha iniziato ad avere vigenza la legge regionale del 2005, facendo cessare per l'appunto l'attenzione al primo figlio fin da allora, che ha colpito una serie di famiglie, in particolare monoparentali.

Riprenderò questo ragionamento successivamente. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Grazie, collega Morandini. Il collega Seppi, ne ha facoltà.

**SEPPI:** Tutti questi ordini del giorno hanno sempre visto comunque il nostro voto favorevole e ritengo che questo sia degno della massima attenzione, proprio perché è inutile che da destra e da sinistra si urla alla luna da secoli che solo i ricchi hanno diritto allo studio. Nel momento stesso in cui esiste questo tipo di legge, questa legge deve dare come segnale importante, prioritario la possibilità di studiare a coloro che hanno la necessità di farlo e non hanno la possibilità economica di realizzare questo tipo di necessità.

Il fatto che il collega Morandini abbia giustamente inserito "fino alla durata legale del corso di studi", quindi non permettendo a nessuno di essere fuori corso o di fare per 12 anni lo studente alla maturità, ritengo sia importante, perché francamente andrebbe anche a premiare tutti coloro che studenti sì, ma anche in linea con i programmi, in linea con gli anni scolastici, quindi sempre all'altezza della situazione. Non si sta cercando di premiare coloro che effettivamente non sono in grado di svolgere questi studi, ma si sta cercando di dare onore al merito ed onore al merito deve essere dato.

Ritengo che un passaggio di questo tipo non può vederci restii nel votare a favore, ma non può vedere restio a votare a favore nemmeno quella sinistra che si è sempre giustamente imposta in una reazione di questo tipo. Mi ricordo tutte le discussioni che ci sono state a livello nazionale ed anche a livello provinciale in diverse occasioni, quando esistono sempre le questioni relative al finanziamento nelle scuole private, dove si dice che la scuola privata non deve esistere, perché tutti hanno diritto di essere una scuola pubblica ed eventualmente le risorse vanno spese per migliorare quella e non per dare

possibilità alle scuole private, dove alle stesse possono iscriversi solo coloro che hanno i quattrini. Mi trovo sempre d'accordo in questa posizione.

Nel momento stesso in cui chi non ha la possibilità di studiare, partendo dal secondo figlio, che dimostra di essere uno studente modello, perché non è mai ripetente, perché effettivamente partecipa agli studi, perché se ciò non fosse evidentemente crolla l'impegno, perché qua si parla di durata legale del corso di studi, a questo punto non ho capito perché non si possa portare avanti un ragionamento di questo tipo e ci interessa sentire se non ci sono i finanziamenti, i finanziamenti si trovano, per esempio, portando anche la necessaria durata di residenza per avere il diritto dai 5 ai 10 anni o trovare una via di mezzo, dai 5 agli 8 anni.

Sicuramente un ragazzo che studia e merita di andare avanti con gli studi, perché è studente modello e la sua famiglia non ha la possibilità di farlo, noi non possiamo non aiutarlo, non possiamo non prevedere questa possibilità. Quindi non possiamo assolutamente pensare di portare avanti una legge così socialmente utile, senza avere a cuore questa situazione che il collega Morandini tira in ballo in maniera perfetta con questo semplicissimo ordine del giorno, che però ha un grosso significato sociale, ha un grosso significato etico e morale, oltre che politico.

Per cui noi riteniamo che proprio nella considerazione che tutti hanno diritto allo studio, proprio nella considerazione che non solo i figli dei ricchi hanno diritto di laurearsi e di diplomarsi, proprio in quest'ottica, che è un'ottica sociale, fondamentale, che ha riguardato le discussioni istituzionali e non istituzionali, impegnata la sia la destra che la sinistra in quest'ordine di idee, ritengo che non possa assolutamente non essere presa in considerazione, anzi ritengo che debba essere presa in considerazione.

Se non ci sono le risorse, perchè sarà questa la risposta dell'assessore, è sempre la solita giustificazione, quando qualcosa non si vuole fare non ci sono le risorse! Dico che le risorse si possono trovare modificando la legge stessa, penso che i cinque anni di residenza potrebbero esseri portati anche ad 8 o 10, penso però che i cittadini della nostra terra, che hanno questa necessità, che hanno questa volontà e che dimostrano fino in fondo di essere studenti all'altezza della situazione, partendo dal secondo figlio, abbiano diritto di studiare e la famiglia quindi deve essere aiutata nel dare questa possibilità ai propri figli.

La scuola non è un diritto solo per chi ha i soldi, ma deve essere un diritto sociale che va attribuito a tutti coloro che hanno voglia di studiare e tutti coloro che hanno la possibilità di farsi una propria cultura e di migliorare la propria esistenza e di migliorare la propria situazione economica e professionale.

Per cui ritengo che obiettivamente, assessore, anche se lei ha poca considerazione per i nostri interventi, o un ordine del giorno avrà tutta l'attenzione istituzionale che merita e vuol dire un voto favorevole, o obiettivamente noi, riconoscendoci in pieno nel diritto allo studio allargato, a tutte le classi sociali, obiettivamente il sottoscritto si metterà di traverso, perchè ritengo che questo passaggio sia determinante per dimostrare quanto questa legge debba essere etica e morale e deve andare incontro agli interessi di tutti i nostri figli e di tutti i figli dei nostri cittadini. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Abg. Leitner, Sie haben das Wort.

**LEITNER:** Danke, Herr Präsident! Auch wir unterstützen diesen Antrag, der eigentlich etwas wiederherstellen will, was es schon gegeben hat und die Begründungen, die hier teils vom Einbringer selber wie auch von meinem Vorredner Seppi angeführt worden sind, sind zu unterstützen, denn die Ausgaben für Familien für sogenannte Jugendliche, die sich sonst ein Studium nicht leisten können, sollten wir nicht außer acht lassen. Ich möchte auch unterstreichen, dass wir in eine gefährliche Entwicklung gehen, dass sich eine Zweiklassengesellschaft bildet auch insofern, dass wir Familien haben, die mehr Geld haben und sich das Studium für Kinder leisten können und andere nicht. Wir haben zwar den Ausgleich mit Schülerstipendien und dergleichen mehr, wo sicherlich ein bisschen ein Ventil besteht, aber eine Gleichheit wird es sicherlich auf diese Art und Weise nicht geben. Natürlich ist alles auch eine Frage der Leistbarkeit. Frau Assessorin wird uns sagen, wir haben dieses Geld zur Verfügung, mehr ist nicht da und wenn man mich gefragt hat, warum hier einige politische Kräfte sich dagegen wehren, dann ist mein Eindruck schon auch der, dass wir vor Wahlen sind und vielleicht gönnt man jemanden nicht einen Erfolg. Aber der Erfolg muss für die Gesellschaft da sein, nicht für eine Partei oder einen Regionalassessor. Wenn wir grundsätzlich eine Verbesserung machen können, dann soll es mir recht sein. Aber dieses Familienpaket bedarf der Verbesserungen. Ich denke diese Maßnahme ist eine davon. Hier sehe ich durchaus die Notwendigkeit zu der Form zurückzukehren, die wir schon hatten, nämlich dass die Familien für ihre Kinder bis zum Abschluss der Ober- oder Hochschule auch dieses Geld bekommen können. Das scheint mir durchaus einleuchtend zu sein und um nicht diese Zweiklassengesellschaft auch im Bildungsbereich zu haben. Davor möchte ich schon warnen. Das wäre eine gefährliche Entwicklung. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

**PRÄSIDENT:** Danke! Abg. Morandini, Geheimabstimmung?

Sono cinque consiglieri che richiedono la votazione a scrutinio segreto? Va bene.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Ich bitte um den Namensaufruf.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	49
Jastimmen:	13
Neinstimmen:	27
Weißer Stimmzettel:	9

Der Regionalrat lehnt den Tagesordnungsantrag ab.

Wir stimmen jetzt über den Übergang zur Sachdebatte ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 1 Enthaltung ist der Übergang genehmigt.

Art. 1

(Änderungen zum Regionalgesetz vom 9. Dezember 1976, Nr. 14 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Maßnahmen hinsichtlich der Nachholungsbeiträge zu Pensionszwecken für die im Ausland geleistete Arbeit“)

(1) Im Art. 1 des Regionalgesetzes vom 9. Dezember 1976, Nr. 14, geändert durch Art. 7 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 2005, Nr. 1, wird der Abs. 2 aufgehoben.

(2) Nach dem Art. 1 des Regionalgesetzes Nr. 14/1976 wird der nachstehende Artikel eingefügt:

„Art. 1-bis  
(Höchstgrenze der Maßnahme der Region)

(1) Die Region leistet einen Beitrag, der sich in den Grenzen der Mindestbeiträge hält, die für die Erlangung der Dienstaltersrente oder der Altersrente erforderlich sind.“

(3) Im Art. 3 des Regionalgesetzes Nr. 14/1976, ersetzt durch Art. 3 des Regionalgesetzes vom 21. August 1986, Nr. 6 und geändert durch Art. 7 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005, wird im Abs. 1 die Zahl „90%“ durch die Zahl „75%“ ersetzt.

(4) Im Art. 3 des Regionalgesetzes Nr. 14/1976, ersetzt durch Art. 3 des Regionalgesetzes Nr. 6/1986 und geändert durch Art. 7 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005, wird im Abs. 3 die Zahl „90%“ durch die Zahl „75%“ ersetzt.

(5) Im Art. 4 des Regionalgesetzes Nr. 14/1976, geändert durch Art. 7 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005, wird im Abs. 3 die Zahl „90%“ durch die Zahl „75%“ ersetzt.

#### Art. 1

*(Modifiche alla legge regionale 9 dicembre 1976, n. 14 e successive modificazioni concernente “Provvidenze per il riscatto di lavoro all'estero ai fini pensionistici”)*

1. All'articolo 1 della legge regionale 9 dicembre 1976, n. 14, come modificato dall'articolo 7 della legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1, il comma 2 è soppresso.

2. Dopo l'articolo 1 della legge regionale 14/1976, è inserito il seguente:

“Art. 1-bis  
(Limiti dell'intervento regionale)

1. Il contributo a carico della Regione spetta entro i limiti necessari per il raggiungimento dei requisiti contributivi minimi richiesti per ottenere la pensione di anzianità o di vecchiaia.”

3. Al comma 1 dell'articolo 3 della legge regionale 14/1976, come sostituito dall'articolo 3 della legge regionale 21 agosto 1986, n. 6 e modificato dall'articolo 7 della legge regionale 1/2005, le parole “novanta per cento” sono sostituite dalle parole “settantacinque per cento”.

4. Al comma 3 dell'articolo 3 della legge regionale 14/1976, come sostituito dall'articolo 3 della legge regionale 6/1986 e modificato dall'articolo 7

della legge regionale 1/2005, le parole “novanta per cento” sono sostituite dalle parole “settantacinque per cento”.

5. Al comma 4 dell’articolo 3 della legge regionale 14/1976, come modificato dall’articolo 7 della legge regionale 1/2005, le parole “novanta per cento” sono sostituite dalle parole “settantacinque per cento”.

Dazu ist vom Abg. Morandini ein Änderungsantrag, Prot. Nr. 415, eingebracht worden:

„Artikel 1 ist aufgehoben. – L’art. 1 è soppresso.“

Interventi? Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** La ringrazio, Presidente. Come ho rappresentato anche in discussione generale, questo art. 1 apre un disegno di legge che, se contiene alcuni interventi che condivido, per altro aspettasi rappresenta in tutta la sua ingiustizia, nella misura in cui non estende l’assegno al nucleo familiare per il primo a partire negli anni che sono rimasti scoperti e che hanno quindi evidenziato una disattenzione totale nei confronti delle famiglie con un solo figlio, 2005, 2006, 2007. Perché? Perché cancellando gli istituti concernenti l’assegno di natalità e di cura dell’originario pacchetto famiglia, che intervenivano anche nei confronti del primo figlio e non prevedendo il cosiddetto pacchetto famiglia nessun intervento per il primo figlio, è andato in questo modo a colpire le famiglie con un solo figlio che sono in gran parte famiglie monoparentali, con un solo genitore, in gran parte donne.

Lo scopo di una serie di emendamenti che hanno cominciato a toccare questo art. 1 va proprio in questa direzione e cioè nel senso di correggere questa situazione, questa stortura. L’assessore mi ha risposto, in un precedente intervento, allorquando annotavo che le risorse finanziarie ci sono, perché la legge regionale n. 1 del 2005 prevede all’art. 13, primo comma, uno stanziamento per una serie di interventi contenuti nella stessa legge di 30 milioni di euro l’anno, praticamente mai utilizzati, mi ha risposto che circa la metà o poco più, 64 milioni di euro sono accantonati per la pensione alle casalinghe.

Allora faccio presente che 30 milioni di euro l’anno per quattro anni, 2005, 2006, 2007, 2008 sono 120 milioni di euro, detratti 64 milioni di euro, accantonati per le ragioni che evidenziava l’assessore, sono 56 milioni di euro, quindi 100 miliardi di lire abbondanti che da questo punto di vista si commentano da soli come somma che – ripeto – accantonata in questi anni, può essere benissimo utilizzata per andare incontro al primo figlio che il cosiddetto pacchetto famiglia del 2005 ha assolutamente dimenticato, che questo disegno di legge introduce a partire dal 2008, in modo da coprire gli anni 2005, 2006, 2007 o quanto meno qualcuno di questi anni.

Rappresento l’ingiustizia di questa misura nel senso che in questo modo la gran parte delle famiglie con il figlio, che in gran parte è unico, sono famiglie monoparentali che un solo genitore, in gran parte rappresentato da donne. L’assessore mi ha risposto che si è supplito a questa carenza con l’assegno di cura che è in vigore per qualche situazione.

Faccio notare peraltro, ad una verifica fatta, che questo è assai poco e che è molto diverso e più consistente l’intervento come assegno al nucleo a partire dal primo figlio, anche perché l’assegno di cura sta chiudendo ed

estinguendo la sua applicazione, l'assegno di natalità è stato cancellato. Quindi ben altra cosa è l'applicazione del assegno al nucleo familiare a partire dal primo figlio.

Lo scopo di questo emendamento va proprio nella direzione che ho cercato di evidenziare, per cui dichiaro fin d'ora il mio voto favorevole.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir über diesen Änderungsantrag ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen und 4 Gegenstimmen ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich verlese den nächsten Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/2, immer zum Art. 1, eingebracht vom Abg. Morandini:

„Absatz 1 ist aufgehoben. – Il comma 1 è soppresso“.

Interventi? Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** La ringrazio, Presidente. Questo emendamento che mira alla soppressione del comma 1, fa riferimento sostanzialmente ad un concetto che riprendo in questa discussione e che ho toccato all'interno della discussione generale e cioè questa cultura contro la maternità che è evidenziata anche nella predisposizione delle tabelle, se come è vero la tabella B prevede solo tre fasce per le famiglie monoparentali, che sono tra le famiglie socialmente più fragili e quindi va ritoccata. In questo senso c'è anche un emendamento specifico.

A questo proposito mi permetto di rispondere all'intervento del collega Viganò, allorché il collega, parlando di questi temi, ha dichiarato testualmente: "la maggioranza di questa Regione sta colmando vuoti della legislazione nazionale". Debbo dire che non so come si sta comportando la maggioranza in Provincia di Bolzano, parlo del Consiglio provinciale, so invece come si sta comportando su questi temi la maggioranza in Provincia di Trento. Ebbene, la maggioranza in Provincia di Trento ha bocciato proposte che andavano a formulare concreti interventi di immediata applicazione nei confronti della famiglia, ha bocciato proposte che andavano nel senso di aiutare le donne che sono oggi nel mercato del lavoro, a conciliare il loro ruolo di madri e di mogli con quello di lavoratrici, ci sono fior di documentazioni che comprovano questo, ha bocciato proposte che andavano nel senso della prevenzione e dell'aborto:

Quindi da questo punto di vista non mi risulta che la maggioranza che siede in Consiglio provinciale a Trento e mi spiace che in questo senso devo disattendere affermazioni fatte dal collega Viganò, non mi risulta che stia colmando vuoti nazionali, anzi probabilmente saremo ancora una volta anticipati dal Governo nazionale se, come pare, stando alle dichiarazioni fatte in campagna elettorale da entrambe i leader dei due schieramenti principali, verrà stanziato un assegno per ogni figlio di una certa entità, qualche centinaia di euro, non so se fino a mille euro.

Il problema è – qui vorrei una risposta che non avrò – che è davvero strano, colleghi, che a pochi mesi dalle elezioni anziché cercare di venire e dire: attuiamo fino in fondo il cosiddetto pacchetto famiglia, di cui alla legge regionale n. 1 del 2005, alcuni dei cui istituti sono a tutt'oggi sulla carta, come hanno più volte evidenziato gli interventi che ho fatto e che ho documentato, anziché

attuare alcuni di questi istituti, faccio solo un accenno, l'aiuto per la contribuzione nei confronti di familiari che si occupano di persone non autosufficienti è ancora sulla carta in Provincia di Trento. In entrambe le Province è invece attuato l'assegno regionale al nucleo, l'unico istituto attuato completamente, collega Sigismondi, l'intervento per la contribuzione nei confronti delle famiglie che si occupano di minori, che accudiscono bambini, è attuato solo in provincia di Bolzano ed in provincia di Trento solo nei confronti delle donne che svolgono lavoro part-time.

Allora prima di portare una nuova modifica al cosiddetto pacchetto famiglia, penso sarebbe stato doveroso attuare tutti gli istituti previsti nel cosiddetto pacchetto famiglia del 2005 che invece alcuni dei quali – ripeto – sono sulla carta, anche perché sono stati stanziati, dall'art. 13 della legge regionale n. 1 del 2005 che ho più volte ricordato, ben 30 milioni di euro l'anno per andare sostanzialmente a declinare e tradurre nel concreto questi istituti. Se è vero che meno della metà di questi sono vincolati per interventi che devono durare negli anni, come ha detto l'assessore ce n'è una buona parte che sono non utilizzati .

Quindi si potrebbe dare un segno a questo disegno di legge che, diversamente, si rappresenta in tutta la sua ingiustizia, per andare ad estendere l'assegno al nucleo familiare per il primo figlio, a decorrere del 2005, cioè da quando ha cominciato ad esserci una totale disattenzione per le famiglie con un solo figlio o comunque nei confronti del primo figlio.

Riprendo poi, perché vedo che ho esaurito il tempo. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir über diesen Änderungsantrag ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 3 Jastimmen, keiner Enthaltung und keiner Gegenstimme ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich verlese den Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/3, eingebracht vom Abg. Morandini:

„Absatz 2 ist aufgehoben – Il comma 2 è soppresso.“

Wortmeldungen? Keine. ...Kollege Morandini, Sie haben das Wort.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Anche qui vorrei rappresentare che il comma a cui fa riferimento l'emendamento sostanzialmente va in questa direzione, vi è una tendenza a risparmiare il più possibile, cioè bisogna sostanzialmente tirare un po' di qua e un po' di là.

Anziché risparmiare sulle consulenze o su tutta una serie di contributi a pioggia che ho già annotato sono spesso, da parte di questa Giunta regionale, erogati sulla scorta di criteri assolutamente clientelari, di qua e di là intervenendo su associazioni o quant'altro che nulla hanno a che vedere con criteri e requisiti oggettivi, si cerca di tirare, in questo caso, soprattutto nei confronti delle persone che sono iscritte alla assicurazione regionale, per le persone casalinghe.

Quello che risalta agli occhi è questa disparità che si configura e che una volta entrata la legge a regime sarà ahimé operativa, tra coloro che percepiscono sulla scorta della legge dello Stato e coloro che la percepiscono sulla scorta della legge regionale, sull'assicurazione che ho ricordato. Perché? Perché nel mentre lo Stato, come è avvenuto normalmente, prevede delle

integrazioni al minimo, degli aumenti di queste integrazioni al minimo e quindi queste integrazioni si vedranno aumentare nel corso degli anni, la Regione ha previsto che queste siano congelate, salvo prevedere soltanto l'adeguamento all'indice ISTAT sul costo della vita. Per cui in questo senso si prospetterà sempre più una divaricazione tra il trattamento integrazione al minimo dello Stato e l'integrazione al minimo regionale.

Lo scopo di cui all'articolo di cui stiamo parlando, in particolare il comma che è in discussione, è quello di ritoccare proprio colpendo questa categoria nel senso peggiorativo. Per cui una serie di emendamenti che ho presentato vanno proprio in questa direzione, cioè ancora una volta anziché tagliare su spese superflue, mi riferisco a consulenze, mi riferisco a contributi a pioggia, mi riferisco al fatto che spesso al Regione si profila, ahimé, come bancomat delle Province su versanti assolutamente non positivi, perché fino a che la Regione eroga fondi alle Province per sostenere politiche sociali questo può andare anche bene, visto che purtroppo, nonostante la contrarietà nostra, una serie di competenze sono passate dalla Regione, quantomeno nel senso delle funzioni amministrative sono state trasferite dalla Regione alle Province, ma quando invece la Regione utilizza una parte consistente dei propri fondi per consulenze o per interventi, erogazione di contributi a pioggia sulla scorta di criteri tutt'altro che oggettivi e seri, evidentemente questo dice uno spreco di denaro pubblico.

Per cui prima di tagliare su iniziative previdenziali e sociali, come quelle a cui facevo riferimento, sarebbe doveroso e importante, necessario tagliare su questo. Ma di questo nulla, anzi si continua a procedere in questi termini, per cui il comma 2 che inserisce all'art. 1 della legge regionale 14 del 1976, l'art. 1-bis guarda caso la cui rubrica è intitolata: "Limiti all'intervento regionale" sostanzialmente pone dei limiti, perché prevede al primo comma che il contributo a carico della Regione spetti entro i limiti necessari per raggiungere i requisiti contributivi minimi richiesti per ottenere la pensione di anzianità o di vecchiaia; ancora, sostituisce le parole 90% con le parole 75%, quindi c'è un ridimensionamento forte in questo senso ed a sua volta sostituisce nel comma 3, dell'art. 3 della legge regionale n. 14 del 1976, così come modificato dalla legge regionale n. 6 del 1986 e dall'art. 7 della legge regionale del 2005, l'espressione del 90% con 75%.

Ebbene, tutte queste sono misure assolutamente restrittive, che vanno a colpire categorie speciali importanti e così pure il quinto comma.

In questo senso penso che, proprio a fronte dei problemi sociali evidenziati anche da qualche intervento della maggioranza, fra l'altro mi risulta che l'unico consigliere intervenuto in seno alla maggioranza sia stato il consigliere Viganò, bontà sua, questo provvedimento sta passando anche nell'indifferenza dei consiglieri di maggioranza che non sono assolutamente convinti della bontà di questo se, come è vero, l'unico consigliere intervenuto è il collega che ho citato.

Allora da questo punto di vista lo scopo dell'emendamento è proprio nel senso di proporre che si impedisca questa ulteriore ingiustizia che si sta consumando, attraverso il secondo comma dell'art. 1, nel senso che ho evidenziato.

Presidente, chiedo la votazione per scheda segreta.

**PRÄSIDENT:** ...prego distribuire le schede.

Ich bitte um den Namensaufruf.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	48
Jastimmen:	7
Neinstimmen:	30
Weißer Stimmzettel:	11

Damit ist der Änderungsantrag nicht genehmigt.

Ich verlese den Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/4:

Im Art. 1 wird Absatz 3 gestrichen – All'art. 1 è soppresso il comma

3.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Siamo arrivati al cuore, Presidente, dell'ingiustizia di questa norma e cioè il comma 3 dell'art. 1, la cui ratio generale – ripeto – è quella di tirare su certi istituti, in questo caso l'istituto è l'assicurazione regionale, per risparmiare, mi sono già permesso di indicare altri cespiti di risparmio, ma ahimé si continua in questa direzione, vorrei invitare i colleghi a dare un'occhiata alle delibere della Giunta regionale che erogano contributi a tutta la miriade di associazioni incredibili, senza aver predeterminato criteri e requisiti oggettivi per questo.

Sono soldi pubblici di tutti i cittadini del Trentino-Alto Adige, che vanno erogati semplicemente perché qualche assessore ha possibilità di andare ad accontentare questa o quell'altra associazione e poi si tira sulle misure previdenziali e si mette anche in difficoltà l'assessore di merito in questo caso, a cui esprimo solidarietà da questo punto di vista, che deve tirare la coperta di qua e di là.

Siccome sono stato al suo posto assessore, capisco cosa lei provi, però mi permetto anche di rappresentarle il fatto che poiché questa è una delle pochissime competenze rimaste in capo alla Regione, che la qualifica se esercitata bene, ci sono oggi i fondi da prendere tra quelli non vincolati, ma ancora utilizzabili, determinati dai 30 milioni di euro l'anno, che possono consentirle di estendere la positiva estensione al primo figlio dell'assegno al nucleo, anche negli anni in cui c'è stata dimenticanza totale da parte di questa Regione nei confronti del primo figlio. Mi permetta di risottolineare questo aspetto.

Vengo alla questione dell'emendamento. Il comma 3, sostanzialmente qui si va a ridurre dal 90% al 75% con il comma 3, dal 90% ancora al 75% con il comma 4 e dal 90% ancora al 75% con il comma 5, si va a discriminare ed a penalizzare ancora la categoria che ho ricordato.

Faccio notare che gli interessati sono pochi, quindi andare a colpire ancora questo settore è doppiamente ingiusto, che il ricorso è particolarmente oneroso, perché l'INPS chiede a tutt'oggi molto per versare questa contribuzione e che la cifra è talmente elevata per gli interessati che rappresenta sicuramente qualcosa di poco appetibile. A questo proposito non

posso non ricordare in questo senso anche l'integrazione al trattamento minimo, che evidenzia su questo versante una disparità di trattamento assolutamente forte fra il trattamento previsto dalla legge dello Stato e quello previsto dalla legge regionale.

Per cui ancora una volta sono colpite le persone che sostanzialmente sono iscritte all'assicurazione regionale, colpite in questa integrazione al minimo, perché inventando questa integrazione al minimo regionale nella paura che la pensione al minimo subisca consistenti aumenti, si genera una disparità di trattamento fra coloro che percepiscono pensioni e integrazioni al minimo da parte dello Stato e coloro che li percepiscono alla stregua di questa inventata integrazione al minimo regionale. Cioè vengono penalizzati coloro che avrebbero titolo a percepire l'integrazione al minimo e non percepiscono la pensione erogata dallo Stato.

Per cui man mano che lo Stato aumenterà le pensioni minime, come accade di volta in volta, chi gode questo, in virtù della legislazione statale, è avvantaggiato, perché gode di questo aumento, nel mentre chi è ancorato con le stesse pensioni minime alla disciplina regionale, così come si introduce con questo disegno di legge, evidentemente è fortemente penalizzato, perché ha solamente l'integrazione, secondo l'aumento del costo della vita, alla stregua dell'indice ISTAT.

Per cui la casalinga deve andare incontro ad importi esigui per disposizioni della Regione ed io mi chiedo perché deve andare incontro a questi importi così esigui per disposizione della regione, a causa di una normativa regionale che inventa questa integrazione al minimo regionale, nella paura che queste pensioni al minimo subiscano consistenti aumenti.

Per questa ragione ho presentato questo emendamento che sottopongo all'attenzione dell'Aula e spero che l'Aula vorrà valutarlo positivamente.

**PRÄSIDENT:** Frau Abg. Kury, Sie haben das Wort.

**KURY:** Danke, Herr Präsident! Ich habe jetzt Fragen zur Form. Stelle ich sie ans Präsidium oder an die Regionalassessorin? Hier wird vorgeschlagen, den dritten Absatz des Art. 1 zu streichen. Ich finde einen Absatz 3 in diesem Artikel. So wie ich es verstanden habe, hat dieser Artikel zwei Absätze und Absatz 2 beinhaltet eine Einfügung von Art. 1-bis. Da würde ich eine Klärung bitten, worüber wir jetzt abstimmen und weil ich jetzt gerade das Wort habe, möchte ich auch noch fragen...

...ich wiederhole noch einmal meine Frage: Absatz 2 fügt einen 1-bis ein und dieser hat wieder Absätze. So schaut es jedenfalls graphisch strukturiert aus. So wie ich es von der graphischen Anordnung her verstehe, fehlt hier auch eine Ziffer 2...

Also ich bitte nur um eine Klärung, damit ich weiß, worüber wir abstimmen.

**PRÄSIDENT:** Frau Abg. Kury, es geht hier um die Ziffern, wo Absatz 1, 2 und 3 ist. Absatz 3 heißt: „Im Art. 3 des Regionalgesetzes...usw.“. Es ist ein bisschen kompliziert, aber es wäre auf die Apostrophen zu achten.

Collega Morandini, Lei ha già parlato....

...ci sono 5 consiglieri? Va bene, allora facciamo la votazione per scrutinio segreto:

Prego distribuire le schede. Prego di procedere all'appello nominale.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	49
Jastimmen:	6
Neinstimmen:	30
Weißer Stimmzettel:	13

Damit ist der Änderungsantrag nicht genehmigt.

Änderungsantrag zu Art. 1, Prot. Nr. 415/5:

In Absatz 3 des Art. 1 wird die Zahl „75%“ durch die Zahl „100%“ ersetzt.

Al comma 3 dell'art. 1 l'espressione „75%“ è sostituita con l'espressione „100%“.

Cons. Morandini, Lei ha la facoltà di parlare.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Vorrei rappresentare ancora una volta, ed è in questo senso che va l'emendamento, l'ingiustizia di questa norma che va a colpire alcune delle categorie socialmente più deboli, proprio riducendo dal 90% al 75%, come propone l'emendamento, qualcosa che era prevista nell'originario pacchetto famiglia e che assolutamente non si giustifica per nulla dal punto di vista della politica sociale, quando è inutile tirare su certi ambiti e poi sprecare soldi nel senso che ho fatto presente.

Lo dico perché ribadisco che sono pochi gli interessati e quindi non si capisce la ragione di questa riduzione; lo dico perché la cifra sia spesso molto elevata per molte persone che avrebbero interesse; lo dico perché se una Regione come questa, che è purtroppo stata spogliata di gran parte delle sue competenze o meglio le tiene sulla carta le competenze legislative, ma ha dovuto delegare la gran parte delle sue competenze amministrative alle Province autonome, in virtù di un'applicazione piuttosto domestica, mi pare dell'art. 18 dello Statuto, il quale dice che la Regione esercita le proprie funzioni amministrative, normalmente avvalendosi delle Province, eccetera. Il "normalmente" è stato interpretato in termini assolutamente domestici, assolutamente arbitrari tant'è che in questi anni, nonostante le molte battaglie che ho interposto, proponendo anche documenti in positivo, nel senso di rivitalizzare la Regione come si poteva, almeno con qualche nuova competenza, tutta una serie di competenze amministrative sono state trasferite dalla regione alle Province e quindi il "normalmente" di quell'art. 19 dello Statuto è stato assolutamente strapazzato con quello che ne è derivato.

Naturalmente con la gioia di qualche collega che non crede nell'istituto regionale, qualche simpatica collega, le colleghe Klotz e Mair, nei cui confronti peraltro mi dissocio da questo punto di vista, perché credo fortemente nell'istituto regionale e se posso annotare un dato storico, quando fu approvato l'Accordo di Parigi, il 5 settembre 1946 che, come voi sapete, prevedeva il

quadro, il frame regionale fu prevista questa funzione del quadro regionale proprio in prospettiva, tant'è che il prof. De Siervo, presidente emerito della Corte costituzionale ed oggi ordinario di diritto costituzionale a Firenze, è intervenuto qualche anno fa, in occasione dell'anniversario della morte di Degasperi il 19 agosto ed attraverso una lectio magistralis ha evidenziato la prospettiva della funzione della Regione come quadro, che invece questo depauperamento di competenze, voluto da questa maggioranza, ha assolutamente illanguidito.

Per tornare a noi quindi lo scopo di questo emendamento è nel senso di porre freno, di impedire questa ingiustizia che si consuma a danno di una categoria di persone socialmente deboli, come sono in gran parte le persone casalinghe e di far sì che queste previsioni, contenute nei commi a cui fa riferimento l'emendamento, in particolare nel comma in cui fa riferimento l'emendamento che stiamo discutendo, sia arginata proprio perché ci sono altri modi per utilizzare i soldi regionali che non facendolo pagare su queste categorie.

Lo dico perché sono poche le persone interessate a questo, lo dico perché con questo articolo si va ad accentuare un'ingiustizia sociale, lo dico perché non si deve, se c'è bisogno di raccogliere fondi da parte della Regione, per intervenire su versanti che la Giunta ritiene di intervenire, non si deve assolutamente farlo colpendo categorie socialmente deboli, come quelle che ho ricordato.

Per queste ragioni sostengo l'emendamento e dichiaro il mio voto favorevole.

**PRÄSIDENT:** Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 4 Jastimmen und 4 Enthaltungen ist der Antrag nicht angenommen.

Quindi in applicazione dell'art. 66 comma 5 del Regolamento interno si vota solamente l'emendamento prot. n. 415/10, perché è più vicino a quello originale. Gli altri dichiaro decaduti.

Leggo l'emendamento prot. n. 415/10:

Al comma 3 dell'art. 1 l'espressione "75%" è sostituita dall'espressione "80%". – In Absatz 3 des Art. 1 wird die Zahl "75%" durch die Zahl "80".

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Sul Regolamento, signor Presidente. Non l'ho sott'occhio, quindi parlo con beneficio di inventario... sì certo lei l'ha applicato correttamente. Volevo solo chiedere, peraltro, se non ricordo male il Regolamento prevede due o tre votazioni con riferimento ad emendamenti di questo genere e quindi le chiederei di verificare questo passaggio, perché d'accordo che ha preso la cifra più vicina, ma mi pare che anche preveda la possibilità di due o tre votazioni in questo senso. Le chiedo un chiarimento su questo.

**PRÄSIDENT:** Do lettura del comma 5 dell'art. 66: "Qualora ad uno stesso testo sia stata presentata una pluralità di emendamenti e subemendamenti tra loro differenti esclusivamente per variazioni a scalare di cifre o date o espressioni

altrimenti graduate, il Presidente pone in votazione quello che più si allontana dal testo originario e uno o un determinato numero di emendamenti intermedi sino all'emendamento più vicino al testo originario dichiarando assorbiti gli altri. Nella determinazione degli emendamenti da porre in votazione il Presidente tiene conto dell'entità della differenza tra gli emendamenti proposti e della rilevanza delle variazioni a scalare...". Quindi si passa al dibattito. Altri interventi?

Collega Morandini, prego.

**MORANDINI:** Grazie, parlo sull'emendamento. Quindi come ricordavo, Presidente, sarebbero possibili più votazioni su vari emendamenti raggruppati magari. Mi pareva di aver colto questo dalla lettura che lei ha fatto, sia pur velocemente, del Regolamento.

Siamo al comma 3 dell'art. 1, per rispondere alla domanda della collega Kury, a cui forse ha già risposto il Presidente, è il comma 3, perché il comma 1-bis introduce soltanto un primo comma e quindi il numero 3 è riferito all'articolo 1 nella sua interezza. Mi aveva messo il dubbio, perché di colpo anch'io pensavo di aver formulato male l'emendamento e quindi sono andato subito a vedermi il testo ed è riferito al comma 3.

Perché ho presentato una serie di percentuali diverse, che il Presidente ha ritenuto di raggruppare in un'unica votazione, assumendo la più vicina, come il Regolamento prevedere nella votazione, allo scopo di cancellare il 75%? Per le ragioni che ho dianzi evidenziato e cioè perché il 90% è una percentuale più che sufficiente che tutela in maniera abbastanza congrua questa categoria di persone socialmente deboli, il ridurla dal 90% al 75% induce ad una discriminazione su cui poco fa mi sono intrattenuto.

Per cui non considero assolutamente giusto, anzi lo dichiaro fortemente ingiusto questo ridurre dal 90% al 75% questo tipo di percentuale.

Annoto che, ancora una volta, la sostanza della questione e qui prendo un attimo le distanze dalla fattispecie di cui all'emendamento, la sostanza della questione sta nel fatto che l'estensione dell'assegno al nucleo al primo figlio, tanto declamata da questa Giunta, debbo dire che è arrivata con un certo ritardo, perché l'ho chiesta all'indomani della cancellazione dell'attenzione al primo figlio, quando questa maggioranza ha approvato la legge regionale n. 1 del 2005, l'ho chiesta al punto di formulare anche in una legge provinciale, oggi divenuta legge, l'intervento a partire dal primo figlio da parte della Provincia, di cui faccio parte come consigliere, qualora la Regione non vi avesse provveduto, questa attenzione al primo figlio attraverso l'assegno regionale al nucleo giunge con notevole ritardo, lasciando scoperti periodi importanti, il 2005, il 2006, il 2007. In questi tre anni le famiglie che hanno avuto figli hanno visto una disattenzione totale nei confronti del primo figlio, tanté che non hanno ricevuto, per il primo figlio stesso, nemmeno un euro.

Allora questa è una delle ragioni principali di questa mia battaglia e cioè visto che i 30 milioni di euro all'anno non sono stati quasi per nulla utilizzati e finiscono tutti in economia, penso con grave disagio non solamente dei politici che seguono queste cose, ma penso finanche degli addetti all'amministrazione regionale, perché è qualcosa che grida vendetta al cielo, i 30 milioni di euro previsti dall'art. 13, comma 1 della legge regionale n. 1 del 2005, lì fermi, l'assessore ha detto che 64 sono vincolati per un intervento di tipo previdenziale sulla pensione alle casalinghe, ma ce ne sono molti altri che invece sono lì da

utilizzare e non sono utilizzati, ebbene questi basterebbero ed avanzerebbero per coprire l'ingiustizia che è stata consumata nei confronti delle famiglie che non si sono viste erogare neanche un euro per il primo figlio.

Queste sono tante famiglie, è vero che l'assessore ha detto: noi sostanzialmente introduciamo un allargamento ad 8 mila famiglie; per carità, prendo atto di questo, questo dato non ce l'ho, però restano fuori i primi figli di un sacco di famiglie e metto in primis in graduatoria, come bisogno, i primi figli – che poi molte volte sono gli unici, ci mancherebbe, non possiamo mica pretendere l'eroismo, già fare un figlio è un atto eroico da parte di donne sole – delle donne sole che hanno generato un figlio e che con il figlio stesso costituiscono famiglia a tutti gli effetti.

È per questo che si tenta, perlomeno da parte mia, questa battaglia, non per trattenere qui colleghi che sicuramente avranno altre cose da fare, come avrei anch'io altre cose da fare, però non è giusto vendere questo provvedimento come atto di giustizia, quando è un atto sicuramente che, finalmente accogliendo anche una serie di nostre richieste, estende l'assegno al nucleo a partire dal primo figlio e però lascia scoperti gli anni 2005 o una buona parte di esso, 2006 e 2007, proprio che nel corso dei quali chi ha avuto figli non si è visto corrispondere neanche un euro per il primo figlio.

Questa è una delle ragioni fondanti di questa battaglia che evidentemente mi pare si giustifichi da sola per la sua bontà.

**PRÄSIDENT:** Altri interventi non ci sono. Passiamo alla votazione. Chi è favore? Contrari? Astensioni?

Con 7 voti a favore e 3 astensioni l'emendamento è respinto.

Collega Morandini, Lei aveva ragione. Bisogna ammettere alla votazione almeno tre emendamenti, uno più vicino, uno più lontano e uno intermedio. Quindi leggo l'emendamento intermedio, prot. n. 415/8:

„In Art. 3 des Art. 1 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „88%“ ersetzt. – Al comma 3 dell'art. 1 l'espressione „75%“ è sostituita dalla seguente: „88%“.

Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir darüber ab....

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Ich bitte um den Namensaufruf.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	45
Jastimmen:	7
Neinstimmen:	25
Weißer Stimmzettel:	12
Nichtige Stimmzettel:	1

Damit ist der Änderungsantrag nicht genehmigt.

Ich verlese den Abänderungsantrag, Prot. Nr. 415/11:  
„Absatz 4 des Art. 1 ist aufgehoben. – All'art. 1 il comma 4 è soppresso.“

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Preliminarmente, signor Presidente, la voglio ringraziare per l'onestà intellettuale con cui ha interpretato il Regolamento, siccome non l'avevo sottomano, mi pareva di ricordare e ringrazio molto.

Riprendo velocemente l'illustrazione di questo emendamento, siamo al penultimo emendamento dell'art. 1 ed ancora una volta si incide, in termini negativi, su questa categoria socialmente debole, a cui ho fatto prima riferimento, nel senso che si riduce da 90% a 75% quanto è previsto dall'art. 3 della legge regionale n. 14 del 1976.

Per illustrarlo, nei confronti di chi non avesse sott'occhio il provvedimento, vorrei annotare che il comma 3 dell'art. 3 della legge regionale n. 14 del 1976 prevede che il contributo – si sta parlando di provvidenze per il riscatto di lavoro all'estero per fini pensionistici – sia concesso nella misura del 90% dell'onere di riscatto ai soggetti nei confronti dei quali sia riconosciuto, alla data della domanda, un grado di invalidità che dà diritto ad ottenere relativo trattamento pensionistico a carico dell'INPS.

Quindi è evidente nella realtà delle cose, dei fatti che si tratta di soggetti previdenzialmente molto deboli, non si capisce perché interviene questo quarto comma dell'art. 1 del disegno di legge n. 50, presentato dalla Giunta, a ridurre dal 90% al 75% quanto è previsto da questo comma, il quale comma fa poi anche riferimento all'art. 3 della legge regionale n. 6 del 1986. Anche in questi termini sarebbe interessante fare un'annotazione e cioè ancora una volta si va a colpire una categoria previdenzialmente debole.

Non solo, ma con riferimento a quanto era inizialmente previsto, non solo si riduce dal 90% al 75% questo intervento, ma ci sono poi una serie di altri interventi, contenuti in emendamenti presentati dalla Giunta, che vanno a ridurre fortemente gli interventi nei confronti delle categorie socialmente deboli. Così, per esempio, per quanto riguarda l'aiuto per chi tiene figli o familiari minorenni in casa, misura chiaramente tesa ad incentivare coloro che assistono in casa familiari non autosufficienti, se in un primo momento si arrivava fino al 18° anno, ora con uno degli emendamenti presentati recentemente da parte dell'assessore, a nome della Giunta, si arriva fino a cinque anni.

In questo senso mi sono permesso, ma lo illustrerò successivamente, di presentare un emendamento che riporti al 18° anno questo tipo di intervento. Per questa ragione ritengo che l'emendamento che ho presentato si connoti per la sua valenza sociale e quindi ne chiedo il sostenimento.

**PRÄSIDENT:** Frau Assessorin Stocker, Sie haben das Wort.

**STOCKER:** Danke, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Dieser Artikel beinhaltet die Möglichkeit, dass Menschen, die in Ländern arbeiten, wo es kein Versicherungsabkommen mit Italien gibt, dass diese bei der Region ein Ansuchen stellen können, um einen Beitrag für die Absicherung ihrer Rentenzeiten zu bekommen. Wir hatten ursprünglich eine Summe von ungefähr 24.500 Euro Maximum vorgesehen. Das ist in der letzten Änderung auf 41.300 Euro angehoben worden. Also eine Anhebung erheblichen Ausmaßes. Es war vorgesehen, dass diese das Anrecht bis zu 90% dessen was sie einzahlen rückbezahlt zu bekommen. Wir haben uns die Fälle zum Teil auch angeschaut. Wir haben gesehen, dass es auch Menschen sind, die sich diesen Rückkauf auf

jedem Fall von dem, was sie im Ausland getan haben, leisten können und waren der Meinung, wir bleiben bei der Summe von 41.300 Euro Maximum, allerdings müsste von Seiten des Betroffenen doch auch ein Teil übernommen werden und wir haben diesen Teil von 10% auf 25% angehoben.

**PRÄSIDENT:** Weitere Stellungnahmen gibt es keine. Dann stimmen wir ab...

**LAMPRECHT:** Ich ersuche um namentliche Abstimmung.

DENICOLÓ: SAURER (*nein*), SEPPI (*non presente*), SIGISMONDI (*non presente*), STIRNER BRANTSCH (*non presente*), STOCKER (*nein*), THALER (*nein*), THALER ZELGER (*nein*), THEINER (*nein*), TURELLA (*no*), UNTERBERGER (*non presente*), URZÌ (*non presente*), VIGANÒ (*no*), VIOLA (*no*), WIDMANN (*non presente*), ZORZI (*non presente*), AMISTADI (*no*), ANDREOTTI (*non presente*), BARBACOVI (*non presente*), BASSETTI (*no*), BAUMGARTNER (*nein*), BERGER (*non presente*), BERTOLINI (*non presente*), BOMBARDA (*astenuto*), BONDI (*no*), BOSO (*non presente*), CARLI (*non presente*), CASAGRANDA (*non presente*), CATALANO (*non presente*), CHIOCCHETTI (*non presente*), CIGOLLA (*no*), COGO (*non presente*), de ECCHER (*non presente*), DELLADIO (*non presente*), DELLAI (*non presente*), DELLO SBARBA (*non presente*), DENICOLÒ (*nein*), DEPAOLI (*no*), DOMINICI (*non presente*), DURNWALDER (*non presente*), FRICK (*nein*), GHIRARDINI (*no*), GIOVANAZZI (*non presente*), GNECCHI (*no*), HEISS (*non presente*), KASSLATTER MUR (*nein*), KLOTZ (*enthalt*en), KURY (*non presente*), LADURNER (*nein*), LAIMER (*nein*), LAMPRECHT (*nein*), LEITNER (*enthalt*en), LENZI (*no*), LUNELLI (*no*), MAGNANI (*no*), MAIR (*enthalt*en), MALOSSINI (*non presente*), MINNITI (*non presente*), MORANDINI (*non presente*), MOSCONI (*non presente*), MUNTER (*nein*), MURARO (*non presente*), MUSSNER (*nein*), ODORIZZI (*non presente*), PAHL (*nein*), PALLAORO (*no*), PARDELLER (*nein*), PAROLARI (*no*), PASQUALI (*non presente*), PINTER (*non presente*), PÖDER (*enthalt*en).

**PRÄSIDENT:** Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt: Abgestimmt haben nur 35. Quindi si interrompe la seduta fino alle ore 20.00.

(ore 18.16)

(ore 20.15)

**VORSITZ: PRÄSIDENT PAHL**

**PRESIDENTE: PRESIDENTE PAHL**

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (*Sekretär*):(*ruft die Namen auf*)  
(*Segretario*):(*fa l'appello nominale*)

**PRÄSIDENT:** Dobbiamo ripetere la votazione nominale. Wir müssen die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag Prot. Nr. 415/11 wiederholen, weil vorhin die erforderliche Mehrheit nicht gegeben war.

DENICOLÓ: LEITNER (*enthalten*), LENZI (*no*), LUNELLI (*no*), MAGNANI (*no*), MAIR (*non presente*), MALOSSINI (*non presente*), MINNITI (*non presente*), MORANDINI (*si*), MOSCONI (*non presente*), MUNTER (*nein*), MURARO (*non presente*), MUSSNER (*nein*), ODORIZZI (*non presente*), PAHL (*nein*), PALLAORO (*no*), PARDELLER (*nein*), PAROLARI (*no*), PASQUALI (*non presente*), PINTER (*non presente*), PÖDER (*non presente*), SAURER (*nein*), SEPPI (*non presente*), SIGISMONDI (*non presente*), STIRNER BRANTSCH (*non presente*), STOCKER (*nein*), THALER (*nein*), THALER ZELGER (*nein*), THEINER (*nein*), TURELLA (*no*), UNTERBERGER (*nein*), URZÌ (*non presente*), VIGANÒ (*no*), VIOLA (*non presente*), WIDMANN (*non presente*), ZORZI (*non presente*), AMISTADI (*no*), ANDREOTTI (*non presente*), BARBACOVÌ (*non presente*), BASSETTI (*no*), BAUMGARTNER (*nein*), BERGER (*nein*), BERTOLINI (*non presente*), BOMBARDA (*non presente*), BONDI (*no*), BOSO (*non presente*), CARLI (*non presente*), CASAGRANDA (*non presente*), CATALANO (*non presente*), CHIOCCHETTI (*non presente*), CIGOLLA (*no*), COGO (*no*), de ECCHER (*non presente*), DELLADIO (*non presente*), DELLAI (*non presente*), DELLO SBARBA (*astenuto*), DENICOLÒ (*nein*), DEPAOLI (*no*), DOMINICI (*non presente*), DURNWALDER (*non presente*), FRICK (*nein*), GHIRARDINI (*no*), GIOVANAZZI (*non presente*), GNECCHI (*no*), HEISS (*non presente*), KASSLATTER MUR (*nein*), KLOTZ (*enthalten*), KURY (*non presente*), LADURNER (*nein*), LAIMER (*nein*), LAMPRECHT (*nein*).

**PRÄSIDENT:** Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	37
Jastimmen:	1
Neinstimmen:	33
Enthaltungen:	3

Damit ist der Änderungsantrag nicht angenommen.

Wir gehen weiter mit dem Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/12, eingebracht vom Abg. Morandini:

„Im Absatz 4 des Art. 1 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „100%“ ersetzt. – Al comma 4 dell'art. 1 l'espressione „75%“ è sostituita dalla seguente: „100%“.

Interventi? Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Signor Presidente, intervengo sul Regolamento, perché quando poco fa è stato chiamato l'appello, è stato considerato presente il consigliere Dello Sbarba che è entrato successivamente a quando è stato pronunciato il suo nome in secondo appello. Certamente, sì, sì ero qui attento a vedere.

Quindi chiedo, tanto più nella veste il consigliere Dello Sbarba di Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, di essere rispettoso delle norme procedurali e chiedo al Presidente Pahl, che so essere attento a queste cose, di porgere attenzione.

Quindi volevo fare, Presidente, questo intervento sul Regolamento, perché siccome seggo qui da tutto il giorno, almeno l'osservazione quanto meno fino a questo momento penso di averla lucida e chiedo il rispetto di queste regole, perché sono il primo a rispettarle, come ho dimostrato in tutti questi anni e quindi chiedo reciprocità di trattamento. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Altri interventi non ci sono. Quindi si vota. Chi è a favore? Contrario? Chi si astiene?

Con 4 astensioni l'emendamento è respinto.

Quindi ai sensi dell'art. 66 comma 5 posso far cadere uno dei quattro e si prende uno più vicino, uno più lontano e uno in mezzo alla proposta originale.

Somit verlese ich jetzt den Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/14, eingebracht vom Abg. Morandini:

„Im Absatz 4 des Art. 1 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „85%“ ersetzt. – Al comma 4 dell'art. 1 l'espressione „75%“ è sostituita dalla seguente: „85%“.

Interventi? Cons. Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Ancora una volta non può non rilevarsi in tutto questo passaggio che si tende a racimolare finanziamenti facendoli pagare a fasce particolarmente deboli, qui stiamo parlando alla stregua del comma 5 dell'art. 1, di soggetti che, come annota la legge n. 14 del 1976, sono stati annoverati a suo tempo dal legislatore regionale come categorie meritevoli di un intervento di previdenza integrativa, proprio per le ragioni della loro debole copertura previdenziale, a tratti mancante copertura previdenziale.

Non può non rilevare in tutto questo una discrasia che rimbalza agli occhi di tutti e cioè il fatto che, nel mentre si cerca tirando con percentuali ridicole, per certi aspetti, dal 90% al 75%, nel mentre si cerca di risparmiare su queste fasce, ci sono fior di milioni di euro che sono lì inutilizzati e riguardano una previsione fatta nel febbraio 2005 dalla legge regionale n. 1 di quell'anno, per la quale si dovevano accantonare 30 milioni di euro all'anno, art. 1 della legge regionale n. 1 del 2005, in particolare per fare una serie di interventi, primi tra i quali quelli a favore dei lavoratori atipici.

Delle due l'una, visto che l'intervento previdenziale nei confronti dei lavoratori atipici non ha sortito risultati, allora si stornino questi fondi che sono stati previsti per questi tipi di lavoratori e sono molti questi fondi, si stornino a favore di altre categorie di persone.

Perché dico questo? Già lo avevo annotato quando si discusse la legge regionale n. 1 del 2005, il cosiddetto nuovo pacchetto famiglia, che peraltro di famiglia ha perso quasi tutto, ha mantenuto unicamente l'assegno al nucleo ed avevo annotato – non ero stato il solo ricordo – che non aveva senso pensare a dare la possibilità di versamenti contributivi a fasce di lavoratori in età giovane, i quali oggi, tanto più caratterizzati come sono i loro rapporti di lavoro da lavoro precario, non pensano certo in questi anni a versare contributi per garantirsi una pensione. Primo perché la loro età, relativamente giovane, 30-35 anni, evidentemente vede ancora la pensione molto lontana; secondo, soprattutto perché trattandosi in gran parte di lavoratori precari, costoro vivono una situazione di precarietà, tra l'altro con stipendi piuttosto bassi, Do solamente un dato, un ricercatore universitario, che ha vinto tanto di concorso universitario, percepisce 1.200 euro al mese.

Quindi siamo davvero di fronte a situazioni di redditi assolutamente bassi e quindi non si può certo pensare che costoro possano utilizzare questo tipo di intervento.

Nonostante questo intestardimento della maggioranza di allora, che è anche quella di oggi, a prevedere non solamente in norma legislativa questo

intervento per i lavoratori atipici, ma addirittura a prevederlo nel senso di investire su questo tipo di categoria una serie di milioni di euro.

È chiaro, come hanno evidenziato i fatti di questi anni, che avevo ragione nell'evidenziare questo e quindi che pochissimi di questi cosiddetti lavoratori atipici, cioè coloro che hanno uno stipendio piuttosto basso e non possono certo pensare, vista anche l'età giovane, a versare contributi per la loro pensione, era chiaro che in pochissimi facessero questa domanda, per cui l'istituto è andato ad avere pochissimi riscontri, cioè non ha trovato riscontro all'interno dell'applicazione della legge.

Per cui una buona parte di quei 30 milioni l'anno che il comma 1 dell'art. 13 della legge regionale n. 1 del 2005 prevede, sono andati sostanzialmente a rotoli. Sono lì, sono andati in economia, cosa fortemente scandalosa, proprio perché ci sarebbero altre categorie di persone, altre categorie di soggetti che avrebbero bisogno di questi interventi.

Allora da una parte ci si intestardisce a mantenere gli interventi nei confronti dei lavoratori atipici che, ripeto, questi anni di applicazione della legge ha evidenziato essere una categoria che non ha interesse a questi interventi e quindi i relativi finanziamenti sono andati persi e per altro verso non si interviene su fasce di popolazione che invece ne avrebbero bisogno.

Ho fatto l'esempio dell'assegno al nucleo, a partire dal primo figlio, ma non solamente con il 2008, ma anche con anni antecedenti e ancora le fasce relativamente alle famiglie monoparentali.

Per questa ragione – ribadisco – questo emendamento va nel senso di tutelare alcune delle categorie previdenzialmente deboli e quindi questo si rappresenta in tutta la sua ingiustizia.

È incredibile questo incaponimento della maggioranza che, visto che non è richiesto da lavoratori atipici questo intervento, non distoglie da costoro questi investimenti e li rivolge a fasce di persone che ne hanno maggiormente bisogno.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Altri interventi non ci sono. Quindi passiamo alla votazione. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 3 Enthaltungen und 1 Jastimme ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/15, eingebracht vom Abg. Morandini:

„Im Absatz 4 des Art. 1 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „80%“ ersetzt. – Al comma 4 dell'art. 1 l'espressione „75%“ è sostituita dalla seguente: „80%“.

Interventi? Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** L'ottanta per cento non è l'ottantacinque per cento evidentemente, quindi bocciato l'emendamento che prevedeva l'ottantacinque per cento è chiaro che si ripara sull'ottanta per cento.

Ancora una volta ennesimo tentativo per arginare il danno a queste categorie di lavoratori, ripeto, previdenzialmente deboli e non tutelati. È significativo che nei confronti di lavoratori che non hanno fatto domanda per utilizzare quanto la legge regionale n. 1 del 2005, tanto sbandierata, ricordo quando fu portata in Aula, a tutela dei lavoratori atipici, eccetera, da questo

punto di vista, ma non soltanto, si è rivelata un flop, perché di fatto pochissimi lavoratori atipici ne hanno chiesto l'impiego. Concludo il ragionamento che ho fatto po' anzi.

Per cui in questi termini non si poteva che prendere atto del fallimento di questa legge nei confronti di questa categoria di lavoratori e quindi del fatto che le decine di milioni di euro, l'art. 13, comma 1 della legge regionale n. 10 del 2005 prevede lo stanziamento annuale per questi interventi di 30 milioni di euro e la grandissima parte di questi sono rimasti inapplicati. Per cui da questo punto di vista, la cosa è assolutamente sconcertante.

Ebbene, nonostante non siano stati utilizzati questi fondi e quindi siano andati in economia, sottolineo andati in economia, si chiede a categorie particolarmente deboli di farsi carico di questo e mi riferisco in particolare ai lavoratori che hanno fatto domanda di riscatto di lavoro all'estero ai fini pensionistici, lavoratori contemplati in una legge ormai datata, ha 32 anni, la n. 14 del 1976 rappresenta tutta la sua valenza per questo aspetto ed il 4 comma dell'art. 3 di quella legge prevede che, nei casi in cui il contributo regionale che risulta dall'applicazione dei criteri previsti nei commi precedenti, sia pari o superiore all'importo di 41 mila e 300 euro, questo è commisurato alla somma di cui è previsione nella norma, nel caso in cui l'intervento spetti per il 90%.

Perché ho fatto questo richiamo? Naturalmente ho letto un comma non dell'originaria legge n. 14 del 1976 che è stato modificato successivamente da un altro provvedimento legislativo, ho ricordato questa previsione perché si penalizzano i lavoratori per il riscatto di lavoro all'estero, nel senso che il contributo non si dà più per il 90%, ma, secondo quanto propone la Giunta, per il 75%.

Ancora una volta ribadisco questa domanda e la formulerò finché non mi verrà data risposta. Perché, anziché penalizzare questi lavoratori, non si cambia registro e si lasciano stare gli interventi nei confronti dei lavoratori atipici che, con tanta caparbia ha voluto questa maggioranza, istituto che si è rivelato assolutamente fallimentare, proprio perché nessuno quasi ha fatto domanda ed i relativi stanziamenti sono finiti in economia, allora anziché intestardirsi a mantenere questo istituto, perché non si chiude con questo istituto, prendendo atto che è stato fallimentare, che non ha fatto domanda nessuno, che i soldi sono finiti in economia e si utilizzano questi soldi per categorie che ne hanno bisogno.

No, si continua intestardendosi lì e si riducono i contributi previdenziali nei confronti di lavoratori per la domanda di riscatto di lavoro all'estero, quindi pensionistici, che hanno fatto in virtù della originaria legge n. 14 del 1976 e successive modifiche ed integrazioni.

Per questo l'emendamento è stato presentato, proprio per arginare questo danno, è stato bocciato l'emendamento relativo all'ottantacinque per cento, almeno passi quello relativo all'ottanta per cento.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir über den Antrag ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen und 1 Dafür ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/16, eingebracht vom Abg. Morandini:

„Absatz 5 des Art. 1 ist aufgehoben. – All’art. 1 il comma 5 è soppresso.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Non so se ho inteso male, Presidente, non il comma 1 dell’art. 5, ma il comma 5 dell’art. 1. Sì certo, per carità, a quest’ora io combinerei di peggio al suo posto.

Il comma 5 dell’art. 1 è soppresso, perché? È soppresso per le ragioni che dicevo, se la si prende, attraverso questo disegno di legge, con i lavoratori che hanno effettuato lavori all’estero e che, come principio generale del diritto previdenziale, hanno fatto domanda di ricatto ai fini pensionistici dei contributi per costruirsi la pensione.

Allora, mettiamoci nei panni di questi lavoratori, lavoratori che hanno dovuto emigrare, pochi o tanti anni all’estero, lavoratori che hanno prestato lavoro all’estero, in una terra diversa dalla propria e con tutte le difficoltà anche di ambientamento e di inserimento nel contesto sociale che questo richiede, che tornano in Italia e bontà loro se poi hanno avuto i datori di lavoro che hanno versato i relativi contributi, spesso questo non è avvenuto, collega Amistadi, sono stati lavoratori che hanno avuto il pagamento dei relativi contributi previdenziali non dall’inizio del rapporto di lavoro, ma più avanti.

Quindi sono stati anche violati nei loro diritti previdenziali. Comunque hanno effettuato lavoro all’estero, sono rimpatriati dopo pochi o tanti anni e giustamente il legislatore regionale del 1976 ha inteso dare loro questa attenzione, avevano la possibilità di riscattare, ai fini pensionistici, il lavoro all’estero e che cosa è accaduto? È accaduto che nel mentre il legislatore regionale, sia nel 1976 che con successive modifiche ed integrazioni ha previsto e confermato il contributo previdenziale al 90%, arriva oggi questa Giunta regionale e riduce per risparmiare su questa categoria debole di lavoratori.

Anziché far pagare a loro questa esigenza di raccogliere fondi, non volendo, in questo modo rappresentando anche una certa testardaggine, prendere atto che uno degli istituti su cui anche ideologicamente, era una delle bandiere ideologiche che l’assessora Ghecchi aveva portato nel 2005, questi lavoratori atipici, sembrava che fossero la categoria dei più deboli ed ha visto, assessora Ghecchi, che questi lavoratori atipici in pochissima parte hanno fatto domanda.

Per cui i milioni di euro messi là, per far fronte a queste richieste sono rimasti ed andati in economia. Allora anziché prenderli da lì voi continuate a lasciare quell’istituto, chiaramente larva ideologica rimasta lì e – ripeto – sconcertante perché fa andare in economia milioni di euro, niente. Non si può prendere atto, a distanza di qualche anno, che l’applicazione di questo istituto è fallita, che non viene fatta la domanda per evidenti ragioni, perché sono giovani questi lavoratori, perché non pensano alla pensione, perché hanno un lavoro precario, perché prendono poco di stipendio.

Prendiamo atto di questo, chiudiamo questo istituto ed i relativi fondi che sono stati destinati per questo indirizziamoli ad altro. No, si lascia l’istituto, veramente larva ideologica e si fa pagare ai lavoratori che hanno fatto domanda di riscatto di lavoro all’estero, si fa pagare così, questo intento della Giunta di fare cassa, in sostanza; per cui non si prevede più il 90% di contributo, ma solamente il 75%.

Qualcuno mi dirà che è una misura irrisoria, cioè la differenza fra 90% e 75% è sostanzialmente qualcosa di relativo, ma in effetti non è così. Può essere irrisorio per lo stipendio del consigliere, ma per un lavoratore che ha fatto lavoro all'estero e sta riscattando a fini pensionistici il proprio lavoro all'estero, evidentemente è tutt'altro che irrisorio. Quindi anche qualche centinaio di euro incidono profondamente, eccome.

Ecco la ragione dell'emendamento soppressivo di questo quinto comma dell'art. 1 che, ahimé, riduce il contributo previdenziale, per aiutare i lavoratori ai fini del riscatto del lavoro all'estero, dal 90% al 75% e questo si rappresenta già di per sé in tutta la sua ingiustizia.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Altri interventi con ci sono. Passiamo alla votazione. Chi è a favore? Contrari? Astensioni?

Con 1 astensione e 1 voto a favore l'emendamento è respinto.

Wir kommen zum Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/18, eingebracht vom Abg. Morandini:

„Im Absatz 5 des Art. 1 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „95%“ ersetzt. – Al comma 5 dell'art. 1 l'espressione „75%“ è sostituita dalla seguente: „95%“.

Interventi? Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Presidente, la ringrazio. Potremo definirla, se si può caratterizzare questo emendamento, una norma di giustizia sociale. Ancora una volta sono presi di mira, in senso positivo, lavoratori che hanno lavorato all'estero e che hanno fatto domanda di riscatto ai fini pensionistici. Vorrei annotare che il testo coordinato che nel 2005, con decreto del Presidente della Regione è stato fatto di una serie di norme, per le quali ringrazio in particolare i funzionari dell'assessorato regionale, i quali hanno sempre rappresentato particolare competenza e disponibilità e colgo l'occasione per ringraziarli pubblicamente di questa loro disponibilità, la Regione ha evitato, formalmente espresso con decreto della Regione 5 maggio 2005, n. 8/L, ha editato questo testo coordinato. Editato sicuramente dal Presidente della regione che probabilmente non aveva neanche letto, ma che invece è il frutto di un lavoro certosino ed è importante che i funzionari dell'assessorato alla previdenza sociale della Regione Trentino-Alto Adige, che ringrazio pubblicamente per questo lavoro che hanno fatto e debbo dire che il testo che ne è emerso è un testo di tutto rispetto.

Non solamente sono state inserite le norme, le successive modifiche alle leggi e qui penso che la dott.ssa Tomazzoni ed il dott. Dell'Eva hanno lavorato particolarmente ben su questo, coordinati dal loro dirigente, ma è un testo che si legge molto volentieri, è un testo snello, organico, un testo che non solamente è fatto a collage, ma se il comma è stato introdotto con leggi successive, fa il richiamo in calce e quindi si può avere il quadro organico.

Non è un lavoro da poco quello che è stato fatto, in quanto ha collazionato una serie di leggi regionali, a partire dalla n. 8 del 1961, per andare alla n. 1 del 1976, alla n. 14 del 1976 e la n. 15 del 1957, oltrechè alla n. 7 del 1992, alla n. 19 del 1993 e alla n. 3 del 1997 ed alle definitive modifiche che sono intervenute, in virtù della legge regionale n. 1 del 2005, chiamata impropriamente pacchetto famiglia, ma che di interventi familiari contiene ormai

poco, tant'è che ha soppresso l'assegno di natalità e l'assegno di cura, oltre che l'assicurazione regionale per la pensione alle casalinghe che andavano davvero nella direzione della famiglia.

Ebbene, questo mio emendamento cerca di correggere la norma contenuta nel comma 5 dell'art. 1, per la quale si riduce da 90% a 75% il contributo che le disposizioni legislative, così ben coordinate come prima ricordavo nel testo unificato e coordinato, editato con decreto del Presidente della Regione n. 8 del 2008, prevedevano e cioè un contributo che spettava al lavoratore che aveva lavorato all'estero fino al 90%.

Non mi è stata data ancora spiegazione del perché si riduce dal 90% al 75% questo contributo che, ripeto, tocca fasce deboli della popolazione come sono i lavoratori che hanno lavorato all'estero e che stanno riscattando, ai fini pensionistici, il loro lavoro, del perché si incide su costoro e si continua ad intestardirsi sul fatto che l'istituto che con la legge regionale n. 1 del 2005 è stato introdotto per tutelare i lavoratori atipici, cioè coloro che hanno lavoro a tempo precario, che sono giovani e che quindi avrebbero, secondo chi ha proposto questo intervento, ma già allora mi ero proposto, avrebbero avuto intendimento di costruirsi una pensione e di fatto questo istituto ha dimostrato di non essere richiesto e quindi i relativi soldi sono andati in economia, non mi si spiega, non mi si risponde del perché, nonostante questo intervento sia fallito, si continua ad intestardirsi a mantenerlo, i relativi fondi sono sempre in economia e poi si fa le pulci, anche finanziariamente parlando, per risparmiare un po' di soldi nei confronti di lavoratori previdenzialmente deboli.

Concludo Presidente, proseguo poi il mio intervento.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Altri interventi con ci sono. Passiamo alla votazione. Chi è a favore? Contrari? Astensioni?

Con 2 astensioni e 1 voto a favore l'emendamento è respinto.

Wir kommen zum Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/19, eingebracht vom Abg. Morandini:

„Im Absatz 5 des Art. 1 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „85%“ ersetzt. – Al comma 5 dell'art. 1 l'espressione „75%“ è sostituita dalla seguente: „85%“.

Interventi? Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** È stato appena bocciato, con determinazione dell'Aula, la proposta del 95% e quindi è chiaro che non posso che ripiegare sul successivo emendamento che prevede l'85%.

Riprendo un ragionamento che svolgevo poc'anzi e mi stupisco che non mi si risponda, perchè è eclatante l'ingiustizia sociale di questa misura. Penso sia politicamente doveroso e corretto il fatto che se si è creduto in un istituto 4 anni fa e lo si è previsto con tanta enfasi e si prende atto dopo 4 anni che questo istituto non è stato richiesto dagli interessati e si sono dirottati su questo milioni di euro, non ha senso continuare a lasciare questo istituto, perché qualcuno ideologicamente vi si è attaccato. Quindi fare andare in economia i relativi soldi, che è la cosa peggiore, perché la previdenza si misura in termini finanziari, ma ha senso, se non si vuole riconoscere che questo istituto è fallito, dirottate almeno questi milioni di euro su altri interventi che sono bisognevoli di intervento sociale o previdenziale.

Ne ho indicati alcuni, ho parlato dell'estensione dell'assegno al nucleo al primo figlio a partire dal 2005, cioè dall'anno in cui è cessata, da parte di questa Regione, per volontà di questa maggioranza, l'attenzione al primo figlio. Dal 2005 il primo figlio non percepisce più niente, percepiscono gli altri, seppure in misura minore rispetto a prima. Allora non si dà al primo figlio ed in molti casi riguarda famiglie monoparentali con il più delle volte la madre sola con il figlio e si tiene "aperto" un istituto, quale quello di intervento sui lavoratori atipici, che non è stato per nulla richiesto e quello che è peggio è tenerlo aperto e fa andare in economia tutta una serie di soldi, quindi buttati là.

Questo davvero, assessore, a me preme moltissimo. Si prenda atto che l'istituto dei lavoratori atipici è fallito, si prenda atto, perché c'è una serie di ragioni, una persona che percepisce 1.200 euro al mese, tanto più con un lavoro a tempo determinato, evidentemente non può pensare alla pensione e guardi che questo stipendio lo percepiscono anche i ricercatori universitari, per dire. Tanti ricercatori universitari, freschi di concorso che si sono fatto un mazzo così nel corso dei loro studi, vincono il concorso per ricercatore universitario e percepiscono un'indennità di 1.200 euro al mese. Cosa si vuol pensare che costoro, con 1.200 euro al mese, magari sposati con figli e chiaramente ci vogliono due stipendi, vadano a versare contributi per farsi la pensione che percepiranno di lì a 30 anni. È chiaro che non lo fanno, ma lo avevo già detto questo.

Allora si prenda atto, perché tutti possiamo sbagliare, io per primo, si prenda atto che questo intervento sui lavoratori atipici è stato un fallimento, che purtroppo milioni di euro investiti su questo sono andati in economia, cioè andati su per il camino, che è scandaloso ed anziché tirare sul contributo da dare ai lavoratori per il riscatto del loro lavoro all'estero e quindi far pagare ad una categoria previdenzialmente debole come sono loro, si chiuda questo istituto dei lavoratori atipici ed i relativi milioni di euro si investano su situazioni di maggiore bisogno.

Mi stupisco che la cosiddetta sinistra, che si è spesso vantata, soprattutto quando fu portato in Aula il disegno di legge che poi divenne legge regionale n. 1 del 2005, mi stupisco che la cosiddetta sinistra non riconosca questo e di fronte a questo non intervenga, facendo presente ormai che è un istituto per quanto relativamente giovane, febbraio 2005, quello dei lavoratori atipici desueto, facendo presente che è stato un fallimento e che pochissimi avevano fatto domanda e si dirotti in altro. No, si continua, si mantiene questo istituto e si mantengono i milioni di euro investiti su questo, che di anno in anno vanno in economia e ahimé così mancano coperture finanziarie per quanto riguarda questo tipo di interventi che abbiamo richiesto, ho già indicato più volte le fasce sociali che avrebbero urgenza di questi interventi.

Annoto che pagano questi lavoratori per il riscatto di lavoro all'estero, quindi è una categoria di soggetti molto debole.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Altri interventi non ci sono. Quindi votiamo. Chi è a favore? Contrari? Astensioni?

Con 1 voto a favore, 1 astensione ed il resto contrario l'emendamento è respinto.

Wir kommen zum Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/20, eingebracht vom Abg. Morandini:

„Im Absatz 5 des Art. 1 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „80%“ ersetzt. – Al comma 5 dell'art. 1 l'espressione „75%“ è sostituita dalla seguente: „80%“.

Interventi? Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** L'emendamento in discussione cerca di salvare almeno, proponendo anziché 75% come propone la Giunta, visto che sono stati bocciati gli altri emendamenti, l'80% e ancora una volta, cortese assessora, resta senza risposta una domanda di fondo, che lei che è un'attenta legislatrice previdenziale, come penso con tutti i miei limiti di esserlo anch'io, altrimenti non sarei qui ad interloquire con lei, fra l'altro domani mattina mi devo alzare molto presto per andare a Roma, collega, quindi possiamo passare la notte insieme...

Parlo in Aula collega Gneccchi, non abbia interpretazioni tendenziose, anche se conosco il suo pensiero in questo senso, per carità; ma non dovrebbe essere a Roma lei collega Gneccchi? Guardi che la funzione di deputato prevale su quella di consigliere ed è anche incompatibile! È vero che lei ha 90 giorni per scegliere, però sarebbe cosa corretta rassegnare le dimissioni e lasciare ai posteri il posto.

Quando accadde, due anni fa, la stessa cosa ai colleghi Divina e Bezzi avete sollevato un putiferio. Adesso non si dice nulla, lo annoto questo, perché la par condicio... chiedo scusa Presidente, ma visto che qualcuno mi ha sollecitato!

Riprendo il filo de ragionamento alla domanda di fondo che correggerebbe una stortura previdenziale, contenuta nella legge regionale n. 1 del 2005, per la quale i lavoratori atipici, istituto in cui ha creduto fortemente questa maggioranza, soprattutto sospinta dalla sinistra, che si è dimostrato totalmente fallimentare, perché mi risulta che pochissime sono state le domande e quindi la gran parte, la congerie di milioni di euro è andata in economia e annoto che l'art. 13, comma 1 della legge regionale n. 1 del 2005 prevede per questi interventi 30 milioni di euro l'anno, la gran parte dei quali è andata in economia, lo sottolineo, anziché prendere una parte di questi finanziamenti e dirottarli su iniziative di maggior bisogno sociale, si continua a mantenere questo.

Non so come si possa intestardirsi su questo e davvero è una grande ingiustizia quella di non consentire a fasce sociali che ne avrebbero bisogno di poter utilizzare questi fondi.

Ecco perché è stato fatto questo emendamento, proprio perché i lavoratori che intendono riscattare il lavoro effettuato all'estero, possano godere ancora del contributo del 90%. Ormai l'emendamento che lo salvava è stato bocciato, quindi almeno spero passi quello dell'ottanta per cento. Prima ha rischiato quasi di passare, mi pare che eravamo 1 a 30, ma la speranza è l'ultima a morire. Ebbene dal 90% al 75% evidentemente è un taglio non da poco nelle tasche dei lavoratori che devono riscattare il lavoro all'estero, per cui rappresento la necessità che non solamente si voti questo emendamento, ma si tenga presente che così facendo si penalizzano situazioni di lavoratori che non hanno certo una finanza florida. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Altri interventi non ci sono. Quindi votiamo. Chi è a favore? Contrari? Astensioni?

Con 1 voto a favore e 3 astensioni l'emendamento è respinto.

Siamo arrivati alla fine degli emendamenti sull'art. 1. Sono ancora interventi in merito all'art. 1?

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Nonostante una serie di emendamenti e di interventi per migliorare questo articolo, prendo atto che la caparbia di questa maggioranza chiusa a qualsivoglia apporto modificativo è stata forte, per cui ogni tipo di intervento teso a migliorare questo art. 1 è venuto meno. Faccio notare a coloro che si accingono a dare il voto positivo a questo emendamento, che si sta consumando una forte ingiustizia sociale, per una serie di ragioni.

Primo, perché la ratio di questo articolo che tocca una serie di commi di precedenti leggi regionali è sostanzialmente quella di fare cassa, tirando, guarda caso, su ambiti previdenzialmente piuttosto deboli, quindi in questo senso veramente non posso che prendere atto che se questa è la giustizia sociale di questa maggioranza, faccio bene a fare la mia piccola, ma per me importante, battaglia.

Allora che cosa accade? Accade che con questo articolo si interviene su una serie di passaggi, in particolare su alcuni commi dell'art. 3 della legge regionale n. 14 del 1976 e successive modifiche, così come sono evidenziate nel testo coordinato, editato con decreto del Presidente della Regione n. 8 del 2005, in particolare si incide in maniera dannosa per il lavoratore sull'art. 3, comma 1, il quale diceva – lo dico perché fra pochi minuti purtroppo è modificato – che il contributo era commisurato al 90% dell'onere determinato dall'INPS a carico dei soggetti richiedenti, nel caso in cui i medesimi avessero compiuto, al momento del rientro, il 60° anno di età.

Ebbene, questa percentuale del 90%, questo art. 1 bis introdotto con il comma 2 dell'art. 1 del disegno di legge, questo intervento viene ridotto dal 90% al 75%. Non solo, ma in una precedente previsione legislativa il contributo a carico della Regione è previsto che spetti entro i limiti necessari per raggiungere i requisiti contributivi minimi richiesti per ottenere la pensione di anzianità o di vecchiaia.

Ma non basta, l'art. 1 al comma 4 incide ulteriormente e non va solamente a toccare in senso peggiorativo il comma 1, ma va a toccare anche il comma 3. Il comma 3 prevedeva che il contributo previsto nei precedenti due commi fosse concesso nella misura del 90% dell'onere di riscatto ai soggetti nei cui confronti era riconosciuto, nel momento in cui aveva fatto la domanda, un grado di invalidità che dava diritto ad ottenere il relativo trattamento pensionistico a carico dell'INPS.

Allora che cosa accade? Anche qui questa misura, prevista nel 90%, vorrei annotare che il legislatore del 1976 e le successive modifiche avevano previsto il 90% non a caso, ma avevano previsto il 90% giustamente, con lungimiranza, perché si trattava di aiutare lavoratori previdenzialmente deboli, ecco perché il contributo del 90%. Orbene, questa maggioranza dice no, non va più bene il contributo del 90%, prevediamo il 75%.

Ripeto, questo va ad incidere negativamente nelle tasche del lavoratore, sono lavoratori che hanno lavorato per gran parte degli anni della loro vita all'estero, noi siamo al 75%, perché evidentemente bisogna fare cassa, naturalmente la cassa la facciamo nelle tasche dei più deboli.

Ripeto, anziché prendere atto che quei 30 milioni di euro l'anno – ancora qui non ho avuto risposta – sono finiti in economia, proprio perché uno degli istituti su cui intendevano intervenire finanziariamente, quello della contribuzione per i lavoratori atipici è stato assolutamente non richiesto, cioè non ci sono state domande, anziché prendere da lì i soldi ed evitare che vadano su per il camino e quindi in economia per capirsi e utilizzarli per interventi socialmente più richiesti è più necessari, no, che cosa si fa? Si fa cassa riducendo la percentuale del contributo che leggi regionali, fin dal 1976 e successive modifiche, avevano previsto nella misura del 90% per i lavoratori che avevano fatto lavoro all'estero.

Allora piange un po' il cuore leggere questa norma che tra pochi minuti non sarà più in vigore, quindi sarà una norma caducata, che è quella dell'art. 3 della legge n. 14 del 1976, proprio perché su questa norma che prevedeva – ripeto – in vari commi dell'art. 3 un contributo del 90%, lo prevedeva nel primo comma, nel terzo comma, nel quarto comma, ebbene piange il cuore vedere che questa norma è assolutamente disastrosa con questo art. 1 e si riduce, questa è la cosa peggiore, non tanto la norma disastrosa, quanto il fatto che la conseguenza di questo intervento taglio sulla norma è la riduzione del contributo ai lavoratori che hanno prestato lavoro all'estero e che riscattano il lavoro a fini pensionistici e la riduzione del contributo che sino ad oggi era prevista nel 90%, la riduzione al 75%.

Annoto che questa legge dal titolo "Provvidenze per il riscatto di lavoro all'estero a fini pensionistici", prevedeva per l'appunto tutta una serie di interventi contributivi del 90% in gran parte e quindi a dire proprio l'attenzione sociale, la vicinanza a categorie di lavoratori previdenzialmente poco tutelati, erano emigrati fino a poco fa e quindi giustamente interveniva fortemente. Adesso viene ridotto il contributo dal 90% al 75%.

Ricordo fra l'altro che gli interessati non sono molti, quindi il risparmio che vuole fare questa Giunta regionale riducendo il contributo da 90% a 75% poi alla fine non si risolve in chissà quale cifra, proprio perché evidentemente non c'è questo gran risparmio, in quanto sono pochi gli interessati.

Quindi alla fine che cosa tira su la Giunta regionale? Tira su ben poco ed invece tirerebbe su molto di più se dichiarasse desueto l'istituto introdotto nel 2005, relativamente ai cosiddetti lavoratori atipici, proprio perché sono state fatte pochissime domande in questo senso e andasse invece, evitando che i relativi soldi stanziati in buona parte per questo istituto, rivelatosi fallimentare, venissero investiti su interventi ben più importanti dal punto di vista sociale.

No, si cerca di risparmiare, ma penso poco, perché sono pochi gli interessati, la richiesta è particolarmente onerosa in quanto l'INPS chiede molto e la cifra è talmente elevata per gli interessati per cui si rischia davvero di metterli in forte difficoltà.

Per queste ragioni rappresento tutta la mia preoccupazione e contrarietà nei confronti di questa norma di cui all'art. 1 che è adesso all'attenzione e alla votazione da parte dell'Assemblea.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir stimmen ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 3 Gegenstimmen, 1 Enthaltung und dem Rest Jastimmen ist der Art. 1 genehmigt.

Wir kommen zu Art. 2:

Art. 2

(Änderungen zum Regionalgesetz vom 25. Juli 1992, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge zugunsten der im Haushalt tätigen Personen, der Saisonarbeiter und der Bauern, Halb- und Teilpächter“)

(1) Im Art. 6-bis Abs. 1 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7, eingeführt durch Art. 9 Abs. 6 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 2005, Nr. 1 werden die Worte „gesetzesvertretende Dekret vom 21. April 1993, Nr. 124“ durch die Worte „gesetzesvertretende Dekret vom 5. Dezember 2005, Nr. 252“ ersetzt.

(2) Im Art. 16 Abs. 1 des Regionalgesetzes Nr. 7/1992 werden die Worte „zwei Monaten nach dem Ablauf“ durch die Worte „drei Monaten nach Ablauf“ ersetzt.

Art. 2

*(Modifiche alla legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 e successive modificazioni concernente “Interventi di previdenza integrativa a favore delle persone casalinghe, dei lavoratori stagionali e dei coltivatori diretti, mezzadri e coloni”)*

1. All'articolo 6-bis, comma 1, della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7, introdotto dall'articolo 9, comma 6, della legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1, le parole “decreto legislativo 21 aprile 1993, n. 124” sono sostituite dalle parole “decreto legislativo 5 dicembre 2005, n. 252”.

2. All'articolo 16, comma 1, della legge regionale 7/1992, le parole “due mesi dalla scadenza” sono sostituite dalle parole “tre mesi dalla scadenza”.

Dazu gibt es einen Änderungsantrag, Prot. Nr. 795, eingebracht von Frau Assessorin Stocker und anderen:

Ersatzänderungsantrag wegen eines Fehlers im Änderungsantrag Prot. Nr. 764/1:

Vor dem Absatz 1 wird der nachstehende Absatz eingefügt:

“1. Im Artikel 4 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7, geändert durch Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) des Regionalgesetzes vom 19. Juli 1998, Nr. 6, werden die Worte „Jedenfalls muss zu Lasten des Antragstellers mindestens jener Betrag bleiben, der für die Haus- und Familienangestellten als freiwillige Beitragsleistung vorgesehen ist.“ gestrichen.

Emendamento prot. n. 795, prima firmataria l'assessora Stocker, emendamento sostitutivo per errore materiale dell'emendamento prot. n. 764/1. Al comma 1 è anteposto il seguente:

“01. All'articolo 4, comma 1, della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7, come modificato dall'articolo 6, comma 1, lettera b) della legge regionale 19 luglio 1998, n. 6, le parole “In ogni caso deve rimanere a carico del richiedente almeno l'importo pari al contributo volontario previsto per il settore servizi domestici.” sono soppresse”.

Sind Wortmeldungen? Frau Assessorin Stocker, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**STOCKER:** Kolleginnen und Kollegen! Hier handelt es sich um eine etwas komplexe Norm. Wir haben für die freiwillige Weiterversicherung beim INPS für Hausfrauen einen Beitrag von 1.450 Euro vorgesehen. Wir haben allerdings auch vorgesehen – das ist altes Gesetz – dass auf jeden Fall nicht mehr als 60% ..... Dass aber auch vorgesehen war - und das ist die Norm, die wir jetzt abschaffen, dass bei dieser freiwilligen Weiterversicherung auf jeden Fall garantiert sein muss, dass jede einzelne, die diese freiwillige Weiterversicherung macht, mindestens 1.450 Euro selber bezahlt. Das haben wir jetzt weggenommen, weil wir nicht vorschreiben wollen, wie viel jemand zusätzlich bezahlt, sondern nur dass die Summe, die eingezahlt wird, mindestens 40% von dem ausmachen muss, was man an freiwilliger Weiterversicherung leistet. Weggekommen ist also, dass diese Summe mindestens 1.450 Euro betragen muss.

**PRÄSIDENT:** Altri interventi? Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie. Se non ho inteso male, assessora, perché è stato un emendamento depositato oggi e quindi lei l'ha appena illustrato, se non ho capito male si toglie l'obbligo di versamento di un certo numero di euro alla persona che intende contribuire.

Sostanzialmente questo emendamento sostituirebbe una norma che era prevista nella legge regionale n. 7 del 1992 e che poi la n. 6 del 1998 ha modificato. Però precisa l'emendamento che comunque a carico del richiedente deve restare il contributo volontario per il settore servizi domestici o meglio cancella questo e quindi cancellando questo toglie questo tipo di intervento.

Questa mi pare una norma positivamente orientata, per cui se ho inteso bene il suo significato evidentemente mi riconosco in questa, vorrei far notare che rispetto all'emendamento che questo emendamento, appena illustrato dall'assessore, sostituisce c'era una discrasia, perché mi pare che vi era un errore materiale nell'emendamento prot. n. 764/1 e quindi mi riconosco anche nella finalità sociale di questo emendamento della Giunta.

Quello che mi chiedo è perché, a fronte anche di questo intervento, non si utilizzino almeno una parte di quei 30 milioni di euro stanziati nella legge regionale n. 1 del 2005, molti dei quali sono andati in economia e questo è sconcertante, non si utilizzino per interventi che si sono rappresentati di necessità sociale.

È la domanda che mi ritorna, che mi rimugina dentro e che spesso, nel corso dei miei interventi, oggi nell'intera giornata ho formulato e riformulo, proprio perché non ha senso tenere lì ogni anno quei 30 milioni di euro, farli andare in gran parte in economia quando ci sono settori che sono assolutamente bisognevoli di questo.

Questo lo dico, perchè proprio l'esigenza che l'assessore ha espresso, con riferimento al fatto di far quadrare i conti eccetera, cozza contro questo modo di gestire, da parte della Giunta, il pacchetto previdenziale, in quanto se un istituto si è dimostrato non più all'altezza del compito, anzi desueto per molta parte di questi anni e pochissimi ne hanno fatto domanda, non si capisce perché intestardendosi lo si voglia tenere in piedi, quando ci

sono fior di soldi che, anziché andare in economia, proprio perché destinati a finanziare questo istituto, potrebbero essere tranquillamente utilizzati per altre esigenze e necessità di tipo sociale.

Questa è la grande domanda che è rimasta tuttora senza risposta, domanda che è serpeggiata nel corso del dibattito in quest’Aula molte volte in questa giornata ed io mi sono permesso di formulare, ma anche altri hanno richiesto ed è davvero un peccato – tanto più alla luce di un emendamento, quale quello che poco fa l’assessore ha illustrato e che mi vede d’accordo – mantenere in piedi un istituto che ormai è una larva ideologica, finanziarlo con soldi che poi vanno in economia e quindi impedire che ci siano interventi finanziari a favore di altre fasce socialmente più deboli che abbisognerebbero di questi interventi e che in più occasioni, nel corso dei miei interventi, illustrato. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen! Wir stimmen über den Antrag des Ausschusses ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei keiner Enthaltung, keiner Gegenstimme und dem Rest Jastimmen ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir fahren weiter mit den Änderungsanträgen des Abg. Morandini. Ich verlese den Antrag, Prot. Nr. 415/21:

In Absatz 2 wird der Wortlaut „drei Monaten nach Ablauf“ durch die Worte „fünf Monaten“ ersetzt. – Al secondo comma l’espressione „tre mesi dalla scadenza“ è sostituita dall’espressione „cinque mesi“.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Stiamo parlando dell’art. 2, ho già specificato in discussione generale che questo articolo è una norma eminentemente tecnica, per cui mi sono limitato, in riferimento a questo articolo, a presentare solo qualche emendamento, tre in tutto, per cercare di migliorarne il contenuto.

Che cosa intendo per questo? Intendo che nel mentre il comma 1 dell’art. 2 fa riferimento all’art. 6-bis della legge regionale n. 7 del 1992, che è stato questo art. 6-bis introdotto dall’art. 9, comma 6 della legge regionale n. 1 del 2005, quindi quella che voi avete definito come pacchetto famiglia, cosiddetto pacchetto famiglia, perché di questo non si tratta assolutamente quando l’avete approvata; il comma 1 è semplicemente una modifica tecnica, cioè sostituisce la citazione del decreto legislativo 21 aprile 1993 n. 124 con la dizione decreto legislativo n. 252 del 2005.

Quindi siamo di fronte ad un’annotazione di tipo squisitamente tecnico, che evidentemente non può non trovarmi d’accordo ed invece annoto che i tre emendamenti che ho presentato sono nei confronti del secondo comma dell’art. 2, perché questo secondo comma introduce una modifica alla legge regionale 7 del 1992 e prevede che all’art. 16 le parole “due mesi dalla scadenza” siano sostituite dalle parole “tre mesi dalla scadenza”.

Sinceramente non ho capito questo, da due a tre mesi evidentemente non mi pare che induca una grande modifica, io ho proposto cinque mesi perché mi pare che è un termine più ragionevole per evidenti ragioni, proprio perché in sostanza bisogna dare anche un certo lasso temporale per questi adempimenti.

Per cui portare da due mesi a tre mesi mi pare una modifica assolutamente insignificante e quindi ho previsto questo emendamento dei cinque mesi.

Allora l'art. 2 che introduce modifiche alla legge regionale n. 7 ed anche a quelle che sono state le successive modifiche che la legge regionale n. 7 del 1992, ormai più di 15 anni, ha subito, questo art. 2 che introduce queste modifiche, vorrei annotare che la legge regionale n. 7 prevedeva interventi di previdenza integrativa a favore sia delle persone casalinghe che dei lavoratori diretti, mezzadri e coloni, ebbene questo art. 2 che si rappresenta come norma praticamente pressoché eminentemente tecnica nel suo primo comma, nel secondo comma all'art. 16 prevede questa scadenza.

Ripeto, portare da due mesi a tre mesi mi pare qualcosa davvero di irrilevante e quindi lo scopo dell'emendamento che porta a cinque mesi è invece di tutt'altra portata. La ragione è semplicemente questa, cioè di dare un lasso di tempo più ragionevole nei confronti di un adempimento per il quale da due a tre mesi fa riferimento ad un lasso di tempo assolutamente poco incidente. Bisogna anche dare un margine di tempo più ampio per questo tipo di adempimento.

Quindi ancora una volta non capisco, anche perché l'assessore non ha dato spiegazione di questo, la ragione di un emendamento che addirittura sostanzia un articolo, perché il primo comma cambia solamente la dizione, poteva essere corretto dagli uffici come correzione tecnica, cambia la dizione del decreto legislativo sostituendo 21 aprile 1993 n. 124 con il n. 252 del 2005.

È chiaro che si tratta di adeguamenti normativi statali che, di volta in volta, si susseguono negli anni e quindi non era, secondo me, necessario prevedere un primo comma, addirittura dare dignità di comma ad una previsione di questo tipo, secondo me era sufficiente consentire agli uffici e gli uffici ne avevano ampiamente il potere di modificarlo dal punto di vista tecnico ed invece l'art. 2, che prevede questa scadenza, ha visto la presentazione di questo emendamento.

**PRÄSIDENT:** Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann stimmen wir ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 3 Enthaltungen, 1 Jastimme und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Ich verlese den Antrag, Prot. Nr. 415/22:

In Absatz 2 wird der Wortlaut „drei Monaten nach Ablauf“ durch die Worte „vier Monaten nach Ablauf“ ersetzt. – Al secondo comma l'espressione „tre mesi dalla scadenza“ è sostituita dall'espressione „quattro mesi dalla scadenza“.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Non essendo stato approvato l'emendamento che prevedeva la scadenza dai tre mesi ai cinque, evidentemente ripiego sui quattro.

Ribadisco che si tratta di un emendamento che intende, all'interno di una norma che ha un carattere eminentemente tecnico come è l'art. 2, intende dare un lasso di tempo più adeguato per una serie di adempimenti previsti dalla legge regionale n. 7 del 1992.

Perché quattro mesi? Purtroppo, prima risposta, perché è stato bocciato l'emendamento dei cinque mesi che avrebbe sostanzialmente un termine più ragionevole; quattro mesi perché bocciato quello che prevedeva i cinque mesi, mi pare una scadenza più naturale, è inutile fare un articolo ad hoc che porta da due a tre mesi, un articolo ad hoc perché il primo comma è una norma assolutamente tecnica, è inutile dare dignità di articolo ad un emendamento che proroga il termine da due a tre mesi, quando, visto che ci siamo, evidentemente un termine più ragionevole sarebbe stato cinque mesi, bocciato da quest'Aula, evidentemente ci si ritrova sul termine quattro mesi, che è il secondo degli emendamenti che ho presentato a questo articolo.

Non capisco questo intestardirsi sulla scadenza dei tre mesi. Se prorogare da due mesi a tre mesi è una norma assolutamente insignificante, evidentemente da due a cinque mesi era un altro discorso.

L'art. 16 della legge regionale 7, come voi sapete, prevede che sotto la rubrica 'domanda', per l'ottenimento del contributo di cui al precedente art. 14, il quale art. 14 sotto la rubrica 'finalità' si rivolgeva ai coltivatori diretti, mezzadri e coloni iscritti nella gestione dei contributi, eccetera, prevedendo che sarebbe stato concesso loro dal 1° gennaio 1992 un contributo regionale annuo, tra l'altro rimembro una norma che avevo proposto come assessore, collega Viganò e quindi mi consenta anche un po' di nostalgia in questo, dicevo che l'art. 16 sotto la rubrica 'domanda' prevede che per ottenere il contributo previsto dall'art. 14, quello di cui ho dato velocemente contezza, i soggetti interessati che sono i coltivatori diretti, mezzadri e coloni sono tenuti a presentare domanda alla Provincia autonoma territorialmente competente e dice appunto entro due mesi.

Che cosa prevede l'assessore e la Giunta nel loro testo? Da due a tre mesi. Ma mettiamoci nei panni di questi addetti ai lavori, i quali non è che sono tutti i giorni lì pronti e tempestivamente informati che debbono fare la domanda entro tal termine, è gente che è in tutt'altre faccende affaccendata, è gente che ha da lavorare la terra, la propria azienda agricola, eccetera, quindi lo spostare da due a tre mesi mi pare un lasso di tempo assolutamente esiguo.

Ecco perché ho proposto da due a cinque mesi, in modo che si dà loro il tempo, visto che la loro attività è di tutt'altro tipo, si dà loro il tempo per attrezzarsi, anche perché poi non è che alla domanda va presentato un pezzo di carta e basta, c'è una serie di documentazioni da produrre, eccetera. Qui la burocrazia provinciale sappiamo quanto è fatta spesso di lacci e laccioli, molte volte diventa meno farraginoso fare domanda ai Ministeri, piuttosto che la burocrazia provinciale, ecco perché il termine dei cinque mesi, ma non lo tocco più questo termine dei cinque mesi, perché è stato bocciato, però almeno quattro mesi dalla scadenza sarebbe stato un termine ragionevole.

Quindi leggo come verrebbe l'articolo se passasse l'emendamento, "entro quattro mesi dalla scadenza dell'ultima rata della contribuzione".

Mi fermo e proseguo dopo.

**PRÄSIDENT:** Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann stimmen wir ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen, 1 Jastimme und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Ich verlese den nächsten Änderungsantrag des Abg. Morandini, Prot. Nr. 415/23:

In Absatz 2 wird der Wortlaut „drei Monaten nach Ablauf“ durch die Worte „hundert Tagen“ ersetzt. – Al secondo comma l'espressione „tre mesi dalla scadenza“ è sostituita dall'espressione „cento giorni“.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Non vorrei che venisse il dubbio a qualcuno che leggendo “cento giorni” pensi al Governo in carica che come voi sapete, come si usa nella prassi parlamentare, dopo cento giorni è richiesto di rendere conto alla pubblica opinione, se non alle Camere di cosa ha fatto nei primi cento giorni.

Non pensavo a questo, anche se osserverò con attenzione l'operato di questo Governo, cara collega Klotz, dopo cento giorni e vedremo che cosa ha cominciato a mettere in campo.

Pensavo semplicemente del terzo e ultimo emendamento a questa famigerata norma dell'art. 2, che è assurda, è stata elevata a rango e di norma quando il primo comma poteva benissimo essere corretto tecnicamente dagli uffici, che tra l'altro sono anche molto competenti e sostanzialmente si poteva lasciare in un'altra norma quello che è il comma 2 dell'art. 2.

Ebbene, bocciato il termine dei cinque mesi, bocciato il termine dei quattro mesi allora i cento giorni; è previsto da due a tre mesi nel testo dell'assessore, è vero che tre mesi o novanta giorni sinceramente non so che differenza ci sia, ma comunque è indicativo il fatto che ci sia una chiusura così forte in questa Giunta, rispetto alle proposte che fanno i consiglieri di minoranza, non so se lei ha maggiore fortuna, collega Viganò con il suo emendamento, dai 18 ai 19 anni, niente? Non è andata, lei attende, quindi faccio bene a dilungare, perché faccio un favore a lei, forse intanto arriva la telefonata che lei aspetta!

Non capisco che cosa osti sostanzialmente a dare lasso di tempo più ampio a questi lavoratori, che sono lavoratori della terra, hanno aziende agricole, sono coltivatori diretti, mezzadri o coloni. Penso che sappiamo tutti, ho anch'io l'onore di avere in Alto Adige dei parenti che svolgono l'attività di contadino, hanno un'azienda agricola e so quanto ti prende un'azienda agricola, non certo a pensare a fare la domanda per il contributo. Ci pensi certo, ma ti può anche sfuggire.

Quindi il prevedere un termine più ampio non sarebbe stato assolutamente fuori luogo, sarebbe stato qualcosa di pacifico, sarebbe stato proprio nel favore di chi partecipa alla contribuzione, di chi ha bisogno di contribuzione, parliamo di fasce che sono state previste già nella legge regionale n. 7 del 1992 e come fasce oggetto di attenzione contributiva.

Non posso non pensare, ancora una volta, a questi 30 milioni di euro che l'art. 13, primo comma della legge regionale n. 1 del 2005 ha stanziato per ogni anno e molti dei quali sono finiti in economia. Questo grida vendetta al cielo, questo dice davvero una scarsissima attenzione alle fasce sociali più deboli, dice un intestardirsi su istituti come quello sui lavoratori atipici che non hanno prodotto nulla ed era evidente e ancora ci si incaponisce a tenerlo in piedi, a far andare i relativi finanziamenti in economia.

Pensate quanto del bene si sarebbe potuto fare nei confronti di altre fasce sociali e si continua ad andare in questa direzione, costringendo

l'assessore a far quadrare i conti e quindi a privare fasce socialmente molto più deboli che non siano i lavoratori atipici. Non che i lavoratori atipici non siano fasce socialmente deboli, sia ben chiaro, non voglio essere frainteso, sono fasce deboli eccome, percepiscono poco più di mille euro molti di loro, hanno lavoro a tempo determinato, ma sono fasce che hanno dimostrato di non avere interesse a questi interventi previdenziali, del resto era evidente, lo avevo già sollevato allora nel 2005, perché pensare in un'età giovane, 30-35 anni, avendo un lavoro poco remunerato ed a tempo determinato, pensare di versare contributi per farsi la pensione, evidentemente non sta né in cielo, né in terra.

Ecco perché sarebbe stato importante escludere questo istituto che ha sortito pochissime domande, non è stato attivato ed invece puntare nei confronti di altre categorie di soggetti previdenzialmente deboli, proprio perché i lavoratori atipici, che appartengono sicuramente alla fascia di soggetti previdenzialmente deboli, hanno dimostrato non avere interesse a questo.

Per questa ragione ribadisco che sono sconcertato di questo atteggiamento della Giunta, ho fatto richiesta in più occasioni di sapere perché ci si intestardisce in questo, non è stata data risposta, riformulerò ancora questa domanda. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab. Dann stimmen wir ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen, 1 Jastimme und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen? Kollege Morandini, Sie haben das Wort.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. È interessante Presidente che l'emendamento appena respinto prevedeva cento giorni ed è stato bocciato ed invece approvato quello della Giunta che ne prevedeva novanta. C'è una differenza si sale fra novanta e cento giorni. L'emendamento di cento giorni evidentemente dava la possibilità di un lasso di tempo un po' più ampio nei confronti della categoria dei coltivatori diretti, mezzadri e coloni che si rappresenta come particolarmente debole, almeno secondo l'attenzione previdenziale che, a suo tempo, il legislatore regionale aveva inteso dare. Non so oggi come sta la situazione, perché non ho il polso della situazione stessa.

Questa norma dell'art. 2 per la quale siamo adesso in discussione conclusiva ed in votazione, è stata presentata come una norma fisicamente tecnica ed in questo senso penso che in buona parte è vero, tant'è che il primo comma, come ho annotato, l'ha rappresentata assolutamente come una modifica di citazione di un decreto legislativo, anziché 21 aprile 1993 n. 124, 5 dicembre 2005, n. 252. Norma che poteva essere benissimo lasciata nella penna e consentire ai funzionari, in sede di revisione del testo, di apportare una modifica tecnica, sostanzialmente questa norma allunga da 2 mesi a 3 mesi dalla scadenza il termine entro cui fare la domanda di contributo di cui all'articolo 14.

È chiaro che a questa norma sono d'accordo, quindi dichiaro sin d'ora il mio voto favorevole a questo art. 2, proprio perché le ragioni che mi hanno spinto a presentare i tre emendamenti all'art. 2 permangono assolutamente valide, nel senso che avevo previsto che il termine previsto attualmente dall'art. 16 della legge regionale n. 7 del 1992, successivamente modificato con una serie di norme successive, quindi l'art. 16 possiamo dire e le

successive modifiche ed integrazioni, ebbene questo art. 16 prevedeva che la domanda venisse fatta entro due mesi dalla scadenza dell'ultima rata della contribuzione previdenziale obbligatoria dell'anno di competenza, naturalmente allegando la documentazione probatoria dell'avvenuto versamento.

Un articolo che non aveva necessità di dignità di articolo, un articolo che allunga da due mesi a tre mesi dalla scadenza non mi può che trovare d'accordo, anche se avrei preferito che ci fosse un termine più ampio e che potesse essere approvato in termini più ampi, proprio per consentire a categorie di soggetti che sono in tutt'altre faccende affaccendati, per via del loro lavoro, parliamo di coltivatori diretti, mezzadri e coloni e quindi parliamo di persone che non è che tutti i giorni sono lì pronti con la domanda per fare istanza agli uffici competenti, ma di persone che sono occupate per la loro azienda, che evidentemente gestire un'azienda, tanto più agricola, richiede un impegno di tempo non da poco e quindi il prevedere un termine più ampio, anziché i due o tre mesi, come propone adesso la Giunta, sarebbe stato meglio.

Ho presentato tre emendamenti, uno che prevedeva i cinque mesi ed è stato bocciato, uno che ne prevedeva quattro ed è stato bocciato pure quello, ho ripiegato sui cento giorni, ma anche questo è stato bocciato.

Non si capisce bene la ragione di questo quando avrebbe dato non solamente agli uffici anche la possibilità di gestire la cosa in termini più equi, ma anche ai coltivatori diretti, mezzadri e coloni, iscritti nella rispettiva gestione dei contributi e delle prestazioni previdenziali, la possibilità di avere un termine più ampio entro il quale intervenire.

Naturalmente mi riferisco ai coltivatori diretti, mezzadri e coloni, iscritti nella rispettiva gestione dei contributi e delle prestazioni previdenziali, che operano in aziende che si trovino in condizioni particolarmente sfavorite. E questo contributo regionale annuo sulla contribuzione previdenziale è concesso proprio su quello che loro versano, ai sensi di una legge dello Stato, la n. 233 del 1990 per l'assicurazione, invalidità, vecchiaia e superstiti, quella che vediamo spesso contrassegnata dalle sigle IVS.

È chiaro che se fosse rimasto di questo tenore l'articolo con questa sola previsione, la espressione "condizioni particolarmente sfavorite sarebbe apparsa eccessivamente vaga ed è proprio per questo che è stato previsto fin da allora, avevo proposto al Consiglio che le condizioni di particolare sfavore delle singole aziende o di zone specifiche del territorio, fossero quelle emergenti dalla regolamentazione che ciascuna Provincia aveva in animo di produrre, perché su questo versante mi pare anche giusto – lo ribadisco ancora oggi – lasciare che ciascuna Provincia intervenga con la propria regolamentazione di dettaglio, disciplinando con norme regolamentari le situazioni di particolare sfavore che ciascuna Provincia ha sul proprio territorio.

Perché sono d'accordo che si diversifichi la regolamentazione della provincia di Trento, rispetto quella di Bolzano? Può sembrare un po' in controtendenza rispetto al mio pensiero che vede invece, trattandosi di legge regionale e sono fermamente convinto di questo, una uniformità di trattamento. Perché qui si tratta di definire le condizioni di particolare sfavore delle singole aziende o delle zone specifiche del territorio e qui non è in grado la Regione di conoscere le condizioni di particolare sfavore delle singole aziende, ma ciascuna Provincia è in grado maggiormente proprio perché conosce, attraverso i propri assessorati, le singole aziende o le singole zone specifiche del territorio, perché ha gli assessorati competenti con i loro apparati, con il loro

personale in grado di andare a fare verifiche sul territorio nelle singole aziende, a vedere cioè dove si allocano queste aziende, a verificare, alla stregua di una serie di criteri, che possono essere l'altitudine, la condizione del territorio, la morfologia del terreno, eccetera, tutta una serie di requisiti e di criteri che indicano la situazione di particolare sfavore, perché questo prevede il legislatore nel fatto dell'azienda.

Adesso che è rientrata la collega Ulli Mair posso avviarmi a conclusione del mio intervento, perché altrimenti non avrei concluso l'intervento, perché siamo presto in votazione e annuncio sicuramente il mio voto favorevole all'articolo 2, perché amplia la scadenza, la porta da due mesi a tre mesi, anche se avrei preferito che la scadenza fosse più ampia, come i tre emendamenti che ho presentato, prevedevano l'uno cinque mesi, l'altro quattro mesi, l'altro cento giorni. Non sono stati approvati, anche qui non penso che sarebbe stato un grande sforzo, da parte dell'assessore che si rappresenta in tutta la sua cocciutaggine, approvare uno di questi emendamenti per dare un termine più dilazionato ai coltivatori diretti, mezzadri e coloni, nel senso di consentire loro di presentare la loro domanda di contributo in un lasso di tempo più favorevole.

Per cui l'art. 16 della legge regionale n. 7 del 1992, così come modificato dalle successive norme e così come contenuto nel testo coordinato di varie leggi, emanato con decreto del Presidente della Regione, n. 8 del 2005, oggi non prevede più i due mesi, una volta approvato questo art. 2, ma i tre mesi dalla scadenza.

Dichiaro il voto favorevole all'articolo.

**PRÄSIDENT:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir jetzt über den so geänderten Art. 2 ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?  
Art. 2 ist einstimmig angenommen.

### Art. 3

(Modifiche alla legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3 e successive modificazioni concernente "Istituzione dell'assicurazione regionale volontaria per la pensione alle persone casalinghe")

01. All'articolo 4, comma 1, della legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3, come modificato dall'articolo 7, comma 1, lettera a), della legge regionale 19 luglio 1998, n. 6, dopo le parole "in possesso dei requisiti di cui all'articolo 3-bis della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4", sono aggiunte le parole ", salvo quanto previsto al comma 5-bis dell'articolo 8."

1. All'articolo 8, comma 2, della legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3, come sostituito dall'articolo 7, comma 1, lettera i), della legge regionale 6/1998, la parola "anticipate" è soppressa.

2. Il comma 3 dell'articolo 8 della legge regionale 3/1993 è abrogato.

2-bis. All'articolo 8 della legge regionale 3/1993, dopo il comma 5, è aggiunto il seguente:

"5-bis. Nel caso in cui al pensionato sia corrisposta, dopo la concessione della pensione regionale di vecchiaia, un'altra pensione diretta derivante da contribuzione obbligatoria, l'importo della pensione regionale di vecchiaia è ridotto dell'importo dell'altra pensione."

3. Dopo l'articolo 8 della legge regionale 3/1993, è inserito il seguente:

#### “Art. 8-bis

##### (Integrazione al trattamento minimo)

1. A decorrere dal 1° gennaio 2008, qualora sussistano i requisiti di cui al comma 2, è riconosciuta alle persone titolari della pensione regionale un'integrazione fino al raggiungimento di un importo pari al trattamento minimo INPS vigente per l'anno 2008, aumentato annualmente del tasso di perequazione previsto per ciascun anno successivo al 2008.

2. L'integrazione di cui al comma 1 spetta alle persone che posseggano:

- a) nel caso siano non coniugate, ovvero coniugate ma legalmente ed effettivamente separate, redditi propri assoggettabili all'imposta sul reddito delle persone fisiche per un importo pari o inferiore a 26 volte l'importo mensile di cui al comma 1;
- b) nel caso siano coniugate, non legalmente ed effettivamente separate, redditi propri per un importo pari o inferiore a quello di cui alla lettera a), e redditi cumulati con quelli del coniuge per un importo pari o inferiore a 52 volte l'importo mensile di cui al comma 1.

3. Dal computo dei redditi sono esclusi i trattamenti di fine rapporto comunque denominati, il reddito della casa di abitazione e delle relative pertinenze, nonché le competenze arretrate sottoposte a tassazione separata. Non concorre alla formazione dei redditi l'importo della pensione da integrare.

4. Qualora il reddito, come determinato ai commi 2 e 3, risulti inferiore ai limiti ivi previsti, l'integrazione è riconosciuta in misura tale che non comporti il superamento dei limiti stessi.

5. L'importo mensile erogato alla data di cessazione del diritto all'integrazione viene conservato fino al suo superamento per effetto dell'applicazione delle disposizioni riguardanti la perequazione automatica all'importo mensile determinato ai sensi dell'articolo 8, comma 2.

6. Con deliberazione della Giunta regionale sono determinati ogni anno l'importo di cui al comma 1 e i limiti di reddito di cui al comma 2.

7. L'integrazione alla pensione regionale non è cumulabile con l'integrazione al trattamento minimo INPS di cui il titolare della pensione regionale beneficia per un'altra pensione.”.

#### Art. 3

(Änderungen zum Regionalgesetz vom 28. Februar 1993, Nr. 3 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Einführung der freiwilligen Regionalversicherung für die Rente zugunsten der im Haushalt tätigen Personen“)

01. Im Artikel 4 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 28. Februar 1993, Nr. 3, geändert durch Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a) des Regionalgesetzes vom 19. Juli 1998, Nr. 6, werden nach den Worten „welche die Voraussetzungen gemäß Artikel 3-bis des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 erfüllen“ die nachstehenden Worte hinzugefügt: „ , unbeschadet der Bestimmungen laut Artikel 8 Absatz 5-bis.“.

1. Im Artikel 8 Absatz 2 des Regionalgesetzes vom 28. Februar 1993, Nr. 3, ersetzt durch Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe i) des Regionalgesetzes Nr. 6/1998, Nr. 6, werden die Worte „im vorhinein zu entrichtende“ durch das

Wort „in“ ersetzt.

2. Im Artikel 8 des Regionalgesetzes Nr. 3/1993 wird Absatz 3 aufgehoben.

2-bis. Im Artikel 8 des Regionalgesetzes Nr. 3/1993 wird nach Absatz 5 der nachstehende Absatz eingefügt:

„5-bis. Wird dem Rentner nach Gewährung der regionalen Altersrente eine weitere direkte Rente zuerkannt, die auf Pflichtbeiträgen gründet, so wird der Betrag der regionalen Altersrente um den Betrag der anderen Rente gekürzt.“.

3. Nach Artikel 8 des Regionalgesetzes Nr. 3/1993 wird der nachstehende Artikel eingefügt:

„Art. 8-bis

(Ergänzung bis zur Erreichung des NIFS/INPS-Mindestbetrages)

1. Sofern die Voraussetzungen laut Absatz 2 bestehen, wird den Empfängern der Regionalrente ab dem 1. Jänner 2008 eine Ergänzung bis zur Erreichung des jährlich um den Ausgleichssatz erhöhten Ausmaßes des für das Jahr 2008 geltenden NIFS/INPS-Mindestbetrages zuerkannt, der für ein jedes auf das Jahr 2008 folgende Jahr vorgesehen ist.

2. Die Ergänzung laut Absatz 1 steht den Personen zu, die:

- a) sollten sie nicht verheiratet oder verheiratet, jedoch gesetzlich und effektiv getrennt sein, über eigene Einkünfte verfügen, die der Einkommensteuer der natürlichen Personen für einen Betrag von oder weniger als 26 Mal den monatlichen Betrag laut Absatz 1 unterliegen;
- b) sollten sie verheiratet und nicht gesetzlich und effektiv getrennt sein, über eigene Einkünfte verfügen, die dem Betrag laut Buchstabe a) entsprechen bzw. unter diesem liegen, und über mit dem Ehepartner kumulierte Einkünfte für einen Betrag von oder weniger als 52 Mal den monatlichen Betrag laut Absatz 1 verfügen.

3. Aus der Berechnung der Einkünfte sind die wie auch immer benannten Abfertigungen, der Ertrag der Erstwohnung und des entsprechenden Zubehörs sowie die rückständigen Beträge, die einer getrennten Besteuerung unterliegen, ausgenommen. Dem Einkommen ist der Betrag der zu ergänzenden Rente nicht hinzuzurechnen.

4. Sollte das gemäß den Absätzen 2 und 3 berechnete Einkommen unter den darin vorgesehenen Grenzen liegen, wird die Ergänzung in einem Ausmaß zuerkannt, das diese Grenzen nicht überschreitet.

5. Der zum Zeitpunkt des Erlöschens des Rechtes auf die Ergänzung entrichtete monatliche Betrag wird bis zu seiner Überschreitung aufgrund der Anwendung der Bestimmungen über den automatischen Ausgleich an den monatlichen Betrag im Sinne des Artikels 8 Absatz 2 beibehalten.

6. Jedes Jahr werden der Betrag laut Absatz 1 und die Einkommensgrenzen laut Absatz 2 mit Beschluss des Regionalausschusses festgesetzt.

7. Die Ergänzung zur Regionalrente ist nicht mit der Ergänzung zur NISF/INPS-Mindestrente kumulierbar, die der Empfänger der Regionalrente hinsichtlich einer anderen Rente in Anspruch nimmt.“.

Dazu gibt es Änderungsanträge des Abg. Morandini. Ich verlese den Antrag, Prot. Nr. 415/24:

Artikel 3 ist aufgehoben. – L'Articolo 3 è soppresso.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Lo scopo dell'emendamento soppressivo di questo articolo, appunto perché soppressivo è evidentemente quello di proporre l'abrogazione, ma per queste ragioni.

Ancora una volta quella che viene presa di mira è la legge regionale sull'assicurazione per la pensione alle casalinghe e viene presa di mira introducendo sostanzialmente una misura affatto nuova che per un verso dice la paura, per l'altro verso dice l'ingiustizia e mi spiego.

Al comma 1 è previsto che all'art. 8, comma 2 della legge n. 3 del 1993, come sostituito dall'art. 7, comma 1, lettera i) della legge regionale n. 6 del 1998 sia soppressa la parola "anticipate". Questo può sembrare un passaggio di poco rilievo ed invece si rappresenta in tutta la sua ingiustizia, perché? Perché se la paura è che uno quando muore sostanzialmente faccia perdere dei soldi all'ente pubblico, questo appare assolutamente meschino, nel senso che mi pare che da questo punto di vista, giocare sulla morte di un soggetto, tra l'altro previdenzialmente debole, oggetto di questa attenzione, perché si possono risparmiare dei soldi, beh se la paura è che se uno muore – ripeto – l'ente pubblico ci perde soldi, se il timore è questo allora questo diventa qualcosa di meschino, avere il timore che se un soggetto muore ci si perde dei soldi.

Non solo, ma seconda ragione della contrarietà a questa norma che è assolutamente ingiusta, è che va in controtendenza rispetto all'integrazione dei trattamenti pensionistici e mi spiego.

Ho già notato in sede di discussione generale, non ho ottenuto risposta se non una risposta vaga e lo ribadisco in questa sede, si toglie l'integrazione al minimo prevista dallo Stato e si inventa sostanzialmente un'integrazione al minimo regionale, nella paura che le pensioni al minimo subiscano dei consistenti aumenti. Per cui si congela l'attuale integrazione al minimo, per esempio al 2007 e poi si dà di anno in anno come aumento solamente l'aumento del costo della vita, secondo l'indice ISTAT del costo della vita.

È chiaro che questo, oltre ad essere assolutamente ingiusto dal punto di vista sociale, è anche fortemente viziato da illegittimità, è ingiusto dal punto di vista sociale, perché si penalizzano coloro che avrebbero titolo di percepire l'integrazione al minimo e non percepiscono la pensione erogata dallo Stato e quindi è ingiusto dal punto di vista sociale; è ingiusto ancora dal punto di vista sociale e anche dal punto di vista giuridico, pensionistico, previdenziale, perché si crea una divaricazione, nel senso che se lo Stato aumenta fortemente le pensioni minime, chi le gode dallo Stato è avvantaggiato e chi invece fonda il proprio trattamento pensionistico sulla pensione alle casalinghe è fortemente penalizzato.

Perché la persona casalinga deve andare incontro ad importi esigui per disposizione della Regione? Perché chi si è iscritta alla pensione alle casalinghe deve essere penalizzata rispetto a chi ha l'integrazione al minimo in virtù di una legge dello Stato, cioè si è agganciato allo Stato per l'integrazione al minimo.

Quindi c'è questa duplice ingiustizia che riguarda per un verso lo Stato e per altro verso chi invece è ancorato alla pensione regionale. Questo mi

pare, oltre che ingiusto sul piano sociale, anche illegittimo sul piano giuridico. Proseguirò poi il ragionamento.

**PRÄSIDENT:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen über den Änderungsantrag ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen und 1 Dafür ist der Antrag abgelehnt.

Ich verlese den nächsten Änderungsantrag, prot. Nr. 779/1:

Il comma 01 è soppresso. – Absatz 01 ist aufgehoben.

Il collega Morandini ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Lo scopo dell'emendamento è quello di andare a sopprimere un'altra ingiustizia in questi termini, proprio perché questo art. 3 va a sostanziare una violazione non solamente dal punto di vista sociale, ma secondo me a concretare anche una illegittimità giuridica, attraverso la proposizione di alcuni commi, come sono contenuti nell'art. 3, che sostanzialmente discriminano coloro che godono della pensione, dell'integrazione al minimo in virtù della legge regionale, rispetto a coloro che saranno sicuramente avvantaggiati che la godono rispetto alla legislazione dello Stato.

Vorrei annotare che su questo versante vi è anche una violazione del principio di uguaglianza, così come è previsto dall'art. 3 della Costituzione, stiamo parlando di una delle norme fondamentali, contenute nel testo costituzionale, stiamo parlando dell'art. 3 contenuto nei principi fondamentali, ebbene questo art. 3, che prevede il principio di uguaglianza, induce al fatto che i soggetti che vivono sul nostro territorio non siano oggetti di discriminazione, né per ragioni di appartenenza, di lingua, di sesso, eccetera.

Ebbene, questa norma dell'art. 3 toglie l'integrazione al minimo dallo Stato e inventa un'integrazione al minimo regionale – ripeto – nella paura che le pensioni al minimo subiscano consistenti aumenti. Quindi sostanzialmente congela l'attuale integrazione al minimo e da l'aumento solamente discendente dall'aumento del costo della vita, indice ISTAT. In questo modo penalizzando coloro che avrebbero titolo a percepire l'integrazione al minimo e non percepiscono invece la pensione erogata dallo Stato.

Ecco dove sta la violazione del principio di eguaglianza e dove si colloca l'ingiustizia che non è solamente un'ingiustizia giuridica, ma è un'ingiustizia sociale. In questo senso è assolutamente fuori luogo andare a sostenere una norma, quale quella dell'art. 3, che prevede tutta una serie di disuguaglianze sociali, come ho cercato di evidenziare a partire da quella che riguarda l'integrazione al minimo, secondo quanto illustrato.

Vorrei anche far presente che in questo art. 3 ci sono una serie di commi che paiono davvero paradossali, soprattutto alcuni da cui si evince che sostanzialmente pare che addirittura l'ente pubblico abbia paura a rimetterci dei soldi se la persona interessata va a morire e quindi sostanzialmente cerca di premunirsi.

Quindi mi pare davvero che questo articolo si commenti per la sua ingiustizia e non solo, ma va in controtendenza rispetto a tutta una serie di ragioni, sia dal punto di vista sociale che dal punto di vista giuridico, che militano nel senso di togliere questa ingiustizia e soprattutto di evitare che,

attraverso questa integrazione al minimo dello Stato si vada a consumare una situazione assolutamente ingiusta.

Lo scopo di questo emendamento è proprio quello di porre un freno a questo tipo di ingiustizia.

**PRÄSIDENT:** Se non ci sono altri interventi si vota l'emendamento del cons. Morandini. Chi è a favore? Contrario? Astensioni?

Con 2 astensioni l'emendamento è respinto.

Der nächste Änderungsantrag, Prot. Nr. 515/25, eingebracht vom Abg. Morandini lautet:

Il primo comma è soppresso. – Absatz 1 ist aufgehoben.

Interventi? Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Come avevo avuto modo di illustrare in discussione generale, l'art. 3 contiene una serie di commi che sono assolutamente ingiusti, proprio per le discrasie sociali che vanno a generare.

Il primo comma dell'art. 3 contro il quale va a dirigersi l'emendamento che stiamo discutendo è assolutamente chiaro nella sua formulazione, ingiusta, proprio perché sopprime la parola "anticipate", sembra una parolina così di poco conto ed invece sopprimere la parola "anticipate" configura una ingiustizia davvero forte nei confronti dei soggetti interessati, in particolare è tartassata la legge regionale sulla pensione alle casalinghe, guarda caso presa di mira particolarmente questa, da quando questa maggioranza è al governo di questa Regione e al governo delle due Province e si colpisce, ogni volta che arriva un pacchetto previdenza in Aula, si colpisce in modo particolare questa legge regionale.

Non si capisce perché, perché quando fu approvata negli anni '90 questa legge ci fu invidiata da tutta Italia, ricordo che ero invitato in moltissime parti d'Italia e ci chiedevano come si era potuto pensare ad un'iniziativa di questo tipo che, non solamente rendeva atto ad un atto di giustizia quale quello della pensione casalinghe, ma riconosceva legislativamente che anche il lavoro casalingo era ed è lavoro a tutti gli effetti. Tant'è che gli economisti, ormai da anni, riconoscono come il lavoro casalingo contribuisca al prodotto interno lordo e come ci sia tutta una giurisprudenza che ha avvallato questo, come ormai sia nei fatti, contribuire al prodotto interno lordo vuol dire un dato economico finanziario assolutamente rilevante e come nei fatti, di fatto, sia sotto gli occhi di tutti che questo sia un lavoro estremamente importante, sia che sia svolto a part-time, sia che sia svolto a tempo pieno.

Lo scopo di questo mio primo emendamento sull'art. 3 è proprio quello che ho cercato di evidenziare e cioè una misura che va a cercare di fermare l'ingiustizia di questo articolo, che poi è ripresa da tutta una serie di altri commi, proprio per tutelare la categoria di persone previdenzialmente deboli che sono questi soggetti che ho poco fa ricordato e che sono ulteriormente colpiti da questa normativa, proprio perché questa normativa toglie l'integrazione al minimo dello Stato ed inventa un'integrazione al minimo regionale, proprio nella paura che le pensioni al minimo subiscano consistenti aumenti. Quindi sostanzialmente penalizza queste integrazioni al minimo di soggetti previdenzialmente deboli, non consente nemmeno loro aumenti giusti

che di anno in anno o comunque periodicamente venivano ad avere, ma consente solamente l'aumento secondo l'indice ISTAT del costo della vita.

Mi dica lei, collega Thaler, se è giusto che anziché avere un'integrazione al minimo che periodicamente ha degli aumenti riconosciuti, si cristallizzi questa, la si congeli e si dia solamente l'aumento dell'indice ISTAT del costo della vita.

Per queste ragioni dichiaro il mio voto favorevole all'emendamento.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei keiner Enthaltung und 1 Jastimme ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag Prot. n. 515/26:

Il comma 2 è soppresso. – Absatz 2 ist aufgehoben.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Presidente, è il n. 415/26 vero? L'emendamento si dirige nei confronti del comma secondo dell'art. 3 che prevede l'abrogazione dell'art. 8, comma 3 della legge regionale n. 3 del 1993. Anche qui sinceramente i conti non tornano, perché ancora una volta è colpita la legge regionale sulla pensione alle casalinghe e, guarda caso, è colpita in uno dei passaggi di grande giustizia sociale.

Che cosa dice questo art. 8, comma 3 della legge regionale n. 3 del 1993? Dice che la rendita di cui a questa pensione è integrata al trattamento minimo INPS con le stesse norme e modalità previste dalla legge 11 novembre 1983, n. 638 e successive modifiche e integrazioni. Questa è una norma importantissima che questo comma secondo dell'art. 3, che si propone da parte della Giunta, cancella.

Che cosa vuol dire questo? Vuol dire che si cancella una norma che fa riferimento e si aggancia ad una normativa dello Stato, la quale prevede l'integrazione al trattamento minimo INPS, con le stesse norme e le stesse modalità di cui alla legge 638 del 1983. È quanto adombravo negli interventi precedenti e cioè questa grande ingiustizia a danno delle persone che percepiscono questa pensione.

Per cui abrogando questa norma con il secondo comma dell'art. 2, di fatto, si toglie l'integrazione al minimo prevista dalla legge dello Stato, dalla legge 688 del 1983 e si inventa, fra l'altro qui non ci sarebbero neanche le competenze dal punto di vista previdenziale, si inventa un'integrazione al minimo regionale.

Ecco la grande ingiustizia, si toglie l'integrazione al minimo dello Stato, prevista dal comma 3 della legge regionale n. 3 del 1993, art. 8 e si inventa un'integrazione al minimo regionale. Ripeto, questo comma 3 è molto importante, perché dice che la rendita integrata al trattamento minimo, quindi parliamo di rendite basse, quindi di rendite piuttosto poco significative, è integrata al trattamento minimo INPS con le stesse norme e le stesse modalità previste dalla legge statale 638 del 1983 e successive modifiche.

Quindi si cancella l'integrazione al trattamento minimo INPS della rendita e si inventa un'integrazione al minimo regionale che è assolutamente più dannosa, quindi si colpisce ancora una volta chi percepisce l'assicurazione regionale pensione alle casalinghe.

Ecco una delle ragioni per cui sto facendo la mia battaglia, proprio perché ancora una volta si introduce una situazione di ingiustizia sociale nei confronti di una categoria previdenzialmente debole e secondo me mancherebbe anche la competenza, perché come fa una norma regionale a cancellare il riferimento ad una legge dello Stato, quando l'integrazione al trattamento minimo INPS, che integrerebbe questa rendita, è evidentemente fatta con le stesse norme e le stesse modalità previste dalla legge n. 638 del 1983 e successive modifiche.

Quindi da questo punto di vista si configura una forte illegittimità, ma prima ancora si configura una grande ingiustizia sociale, cioè le persone che fino ad oggi, godendo della pensione alle casalinghe avevano questa rendita integrata al trattamento minimo INPS, secondo la legge regionale n. 3 del 1993, adesso a causa di questo art. 3 non la possono più avere.

È per questa ragione che ho presentato questo emendamento e quindi intendo evidentemente farmi carico di rappresentare, attraverso questo, la ingiustizia di questa norma.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Altri interventi non ci sono quindi si vota. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 1 Enthaltung und 1 Jastimme ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag Prot. n. 416/7, immer eingebracht vom Abg. Morandini :

Il comma 2-bis è soppresso. – Absatz 2-bis ist aufgehoben.  
Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Il comma 2 bis, così come licenziato nel testo editato dalla Commissione legislativa, prevede che all'art. 8 della legge regionale n. 3 del 1993, dopo il quinto comma sia aggiunto il seguente ed il seguente riguarda tutta una previsione di cui intanto vi risparmio l'illustrazione del contenuto. Faccio notare che l'art. 8 della legge regionale n. 3 del 1993 prevede al comma 5 il caso di decesso della persona e prevede per l'appunto che, qualora la persona iscritta all'assicurazione regionale deceda prima di aver maturato il diritto a pensione, al coniuge superstite o in assenza di questo ai discendenti in linea retta, spetti una somma una tantum pari all'importo dei contributi versati, rivalutati in misura pari agli aumenti percentuali dell'indice dei prezzi al consumo per le famiglie di operai e di impiegati.

Orbene, dopo questo comma 5 il comma 2 bis, presentato dalla Giunta, prevede che qualora al pensionato sia corrisposta, dopo la concessione della pensione di vecchiaia, un'altra pensione diretta derivante la contribuzione obbligatoria, l'importo della pensione regionale di vecchiaia si è ridotto dell'importo dell'altra pensione.

Vorrei rappresentare l'ingiustizia di questa norma, proprio perchè mi pare assolutamente fuori luogo andare ad individuare, ancora una volta, una categoria di persone previdenzialmente deboli e colpirli come si fa con queste norme. Annoto che era sufficiente il comma 5 dell'art. 8 della legge n. 3 del 1993, il quale prevedeva, come avevo a suo tempo proposto, che in caso che qualora muoia la persona iscritta all'assicurazione regionale, muoia prima di aver maturato il diritto a pensione, spetti al coniuge superstite una somma una tantum pari all'importo dei contributi versati, rivalutati secondo certi criteri.

Ora aggiungere a questa norma che qualora a questo pensionato sia corrisposta, dopo la concessione della pensione regionale di vecchiaia un'altra pensione diretta, derivante dalla contribuzione obbligatoria, che l'importo della pensione regionale di vecchiaia sia ridotto dell'importo dell'altra pensione, mi pare assolutamente di una ingiustizia che si commenta da sola. Cioè parliamo di soggetti previdenzialmente molto deboli, parliamo di situazioni assolutamente fragili dal punto di vista previdenziale, molte volte quindi anche sociale e andiamo per risparmiare ad incidere sulle loro pensioni, dopo che ci sono anche fior di consiglieri regionali che arrivati alla pensione percepiscono il vitalizio, la pensione da dipendente pubblico, eccetera. Niente, questi non li tocchiamo, andiamo a toccare con una falciida incredibile i soggetti più deboli.

Per cui è chiaro che nei confronti di questa norma, di cui all'art. 2 bis del disegno di legge della Giunta, n. 50 che aggiunge il comma 5 bis all'art. 8 della legge regionale n. 3 del 1993, evidentemente non posso essere d'accordo, per cui rappresento la ingiustizia di questo comma, rappresento il fatto che si tratta di una grande ingiustizia sociale, rappresento il fatto che, anziché cominciare a fare questi tagli nei confronti di superpensioni di persone che percepiscono pensioni di alto rango, cumulate con altre, si va ad intervenire su soggetti deboli.

**PRÄSIDENT:** Altri interventi non ci sono. Votiamo l'emendamento. Chi è a favore? Contrari? Astensioni?

Bei 1 Enthaltung und 1 Jastimme ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag, Prot. n. 415/27:

Il comma 3, istitutivo dell'art. 8 bis, è soppresso. – Absatz 3, mit dem Artikel 8 bis eingeführt werden soll, ist aufgehoben.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Il comma 3 di questo articolo del disegno di legge della Giunta istituisce il comma 8 bis ed appunto concerne l'integrazione al minimo. Su questo ho avuto modo di intrattenermi, sia pure in parte, evidentemente adesso, visto che l'art. 8 bis la riguarda direttamente, faccio riferimento con termini più puntuali.

Questo art. 8 bis, proposto nel disegno di legge della Giunta, prevede che dal 1° gennaio 2008, se sussistono i requisiti previsti nel secondo comma, venga riconosciuta alle persone titolari della pensione regionale un'integrazione fino al raggiungimento di un importo pari al trattamento minimo INPS per l'anno 2008, aumentato al tasso di perequazione previsto per ciascun anno successivo al 2008.

Questa integrazione peraltro non è consentita in maniera generale, ma viene erogata solamente nei confronti di persone che abbiano un paio di requisiti, se sono sposate, oppure sposate ma legalmente separate, se hanno redditi assoggettabili all'IRPEF per un importo pari o inferiore a 26 volte l'importo mensile di cui al comma 1.

Qualora invece siano coniugate non legalmente, effettivamente separate, se posseggono redditi propri per un importo pari o inferiore a quello appena ricordato e redditi cumulati con quelli del coniuge per un importo pari o inferiore a 52 volte l'importo mensile di cui al comma 1.

Qui una prima annotazione che faccio è che per certi aspetti converrebbe essere separati, anziché essere coniugati, perché pare di primo acchito che le persone legalmente separate abbiano maggiore vantaggio rispetto alle persone non legalmente separate. Se questo è pacchetto famiglia io sono un dromedario a sette gobbe, questo non è pacchetto famiglia, questo è pacchetto separazioni in questa norma, collega, con tutto il rispetto per chi è separato, sia ben chiaro.

Ancora una volta pare, ad una lettura della norma, che siano addirittura privilegiati coloro che sono separati rispetto a coloro che non lo sono. Quindi in questo senso vorrei invitare l'assessora, che è in tutt'altre faccende affaccendata, a meditare su questa norma.

Per cui mi pare davvero importante tenere presente che da questo punto di vista non si può arrivare a colpire così le persone che stanno insieme, stare insieme non è sempre facile e senza nulla togliere e giudicare coloro che hanno avuto il matrimonio fallito, ma andrebbero premiate le persone che stanno insieme e quanto meno non danneggiate come in questo caso.

Quindi rappresento un'ingiustizia anche per questo aspetto di questa norma e rappresento il fatto che, proprio l'integrazione al trattamento minimo è qualcosa di assolutamente ingiusto, perché torno a dire, ho ricordato prima, si toglie la possibilità che la rendita sia integrata al trattamento minimo, così come prevede attualmente ancora – tra un po' verrà modificato ahimé – il comma 3 dell'art. 8 della legge regionale n. 3 del 1993 e successive modifiche e quindi prevedeva la rendita integrata al trattamento minimo INPS con le stesse norme e modalità di cui alla legge dello Stato, la n. 638 del 1983. Si cancella questo creando una grave discriminazione sociale e si va ad inventare un'integrazione al minimo regionale che non sta né in cielo, né in terra, soprattutto perché, oltre a violare principi di diritto previdenziale, perché non si può peggiorare la situazione in corso d'opera come questa, va a concretare una grande ingiustizia sociale.

Per cui da questo punto di vista evidentemente non posso che esprimere tutto il mio rammarico, la mia contrarietà forte e convinta a questo comma ed è per questo che l'emendamento mira a sopprimere questo comma 3 istitutivo dell'art. 8 bis.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wir stimmen ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?  
Bei 1 Enthaltung und 1 Jastimme ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag Prot. Nr. 415/28:

All'art. 8bis, introdotto con il comma 3 dell'art. 3, il comma 1 è soppresso. – Bei Art. 8bis so wie er in Art. 3 Absatz 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes eingeführt worden ist, wird Absatz 1 aufgehoben.

Kollege Morandini, Sie haben das Wort.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Andata male con la soppressione dell'intero comma 3 che istituisce l'art. 8 bis, evidentemente cerco di colpire i singoli commi, perché l'articolo è composto, come voi mi insegnate, da una serie di commi e questi inducono una serie di ingiustizie. Allora ho cercato di cancellare l'ingiustizia nella sua totalità per quanto riguarda l'integrazione della rendita al trattamento minimo INPS che viene cancellata, non è andata assessora ed allora cerco di farlo, uno contro tutti, prendendo ad esame i singoli commi.

Il primo comma che ho preso in esame è quello che sostanzialmente dice questo e dice: partendo dal 1° gennaio di quest'anno se ci sono i requisiti previsti nel secondo comma, che sono quelli ingiusti di cui prima vi ho parlato, che addirittura sembrano avvantaggiare chi è separato rispetto a chi è sposato, ci sono questi requisiti e viene riconosciuto dal 1° gennaio alle persone che sono titolari della pensione regionale un'integrazione fino al raggiungimento di un importo pari al trattamento minimo INPS vigente per il 2008, naturalmente aumentato del tasso di perequazione previsto per ciascun anno successivo al 2008. Ci mancherebbe, questo è dovuto, c'è un principio generale in questa materia, non serviva neanche scriverlo. È chiaro che il tasso di perequazione va garantito, ma comunque è stato messo, è un po' pleonastico questo.

Ecco, anche qui come dice chiaramente il comma 1, si sostituisce di fatto all'integrazione della rendita al trattamento minimo INPS, così come è prevista dalla legge dello Stato n. 638 del 1983, si sostituisce un ibrido, c'è un'integrazione al trattamento minimo regionale che è un ibrido dal punto di vista giuridico, che è ingiusta dal punto di vista sociale e che sostanzialmente denota una paura, denota la paura che le pensioni al minimo subiscano degli aumenti consistenti. Per cui che cosa accade? Accade che si congela l'attuale integrazione al minimo, questo è dannoso per le fasce deboli di cui stiamo parlando e che sono interessate da questo e gli si dà solo l'aumento dell'indice ISTAT del costo della vita, che è ben poco collega Klotz.

Quindi vengono penalizzate tutte quelle persone che avrebbero titolo per perseguire l'integrazione al minimo e non la possono percepire, perché messe nell'integrazione al minimo regionale. È un ibrido – ripeto – dal punto di vista giuridico sicuramente, perché non ne abbiamo la competenza e dal punto di vista sociale è sotto gli occhi di tutti.

Quindi rappresento l'ingiustizia di questa situazione, proprio perché è una cosa che si rappresenta in tutta la sua antisocialità per questo tipo di motivazioni. Mi spiace che non sia stata tenuta presente questa mia risottolineatura in più occasioni, da parte dell'assessore.

Faccio notare che siamo davvero di fronte a qualcosa di ingiusto, faccio notare che ancora una volta questo "pacchetto famiglia", che di famiglia non ha più nulla, faccio notare che anziché attuare le norme ancora sulla carta che sono state approvate da questa maggioranza nel 2005, per esempio non ancora attuata in provincia di Trento la contribuzione per aiutare le persone che assistono i non autosufficienti, eccetera, si lasciano stare quelle norme, si fa un cartello di norme che diventa un cartello elettorale a pochi mesi dalle elezioni, quindi cade in periodo non sospetto.

Qui avremmo dovuto essere tutte le minoranze a combattere, non solamente io, perché davvero ha sapore elettorale tutto questo, ma forte sapore elettorale ed è noto che questo sapore elettorale lo riconoscono anche i colleghi della maggioranza. Non possono dirlo qui e non posso fare nomi, però ci sono colleghi della maggioranza che riconoscono il sapore prettamente elettorale di questa manovra, la quale non va nemmeno ad attuare il pacchetto previdenza della legge regionale n. 1 del 2005 e si permette di presentare altre norme, con chiaro intento elettorale, lasciando la situazione, dal punto di vista previdenziale e sociale assolutamente in termini...

Presidente Pahl, chiedo la verifica del numero legale.

**PRÄSIDENT:** Wir machen also die namentliche Abstimmung.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLÓ: VIGANÒ (*no*), VIOLA (*non presente*), WIDMANN (*non presente*), ZORZI (*non presente*), AMISTADI (*no*), ANDREOTTI (*non presente*), BARBACOVÌ (*non presente*), BASSETTI (*no*), BAUMGARTNER (*nein*), BERGER (*nein*), BERTOLINI (*non presente*), BOMBARDA (*non presente*), BONDI (*no*), BOSO (*non presente*), CARLI (*non presente*), CASAGRANDA (*non presente*), CATALANO (*non presente*), CHIOCCHETTI (*non presente*), CIGOLLA (*no*), COGO (*no*), de ECCHER (*non presente*), DELLADIO (*non presente*), DELLAI (*non presente*), DELLO SBARBA (*non presente*), DENICOLÒ (*nein*), DEPAOLI (*no*), DOMINICI (*non presente*), DURNWALDER (*non presente*), FRICK (*non presente*), GHIRARDINI (*no*), GIOVANAZZI (*non presente*), GNECCHI (*no*), HEISS (*non presente*), KASSLATTER MUR (*nein*), KLOTZ (*enthaltend*), KURY (*non presente*), LADURNER (*nein*), LAIMER (*nein*), LAMPRECHT (*nein*), LEITNER (*enthaltend*), LENZI (*no*), LUNELLI (*no*), MAGNANI (*no*), MAIR (*enthaltend*), MALOSSINI (*non presente*), MINNITI (*non presente*), MORANDINI (*si*), MOSCONI (*non presente*), MUNTER (*nein*), MURARO (*non presente*), MUSSNER (*nein*), ODORIZZI (*non presente*), PAHL (*nein*), PALLAORO (*no*), PARDELLER (*nein*), PAROLARI (*no*), PASQUALI (*non presente*), PINTER (*non presente*), PÖDER (*enthaltend*), SAURER (*nein*), SEPPI (*non presente*), SIGISMONDI (*non presente*), STIRNER BRANTSCH (*non presente*), STOCKER (*nein*), THALER (*nein*), THALER ZELGER (*nein*), THEINER (*nein*), TURELLA (*no*), UNTERBERGER (*nein*), URZI (*non presente*).

**PRÄSIDENT:** Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	37
Jastimmen:	1
Neinstimmen:	32
Weißer Stimmzettel:	4

Damit ist der Änderungsantrag nicht genehmigt.

Ich verlese den nächsten Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/29, eingebracht vom Abg. Morandini:

All'art. 8bis, introdotto con il comma 3 dell'art. 3, il comma 2 è soppresso. – Bei Art. 8bis so wie er in Art. 3 Absatz 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes eingeführt worden ist, wird Absatz 2 aufgehoben.

Nessun intervento, quindi si vota. Chi è a favore? Contrari? Astensioni?

Bei 2 Enthaltungen und 1 Jastimme ist der Antrag abgelehnt.

Der nächste Änderungsantrag, Prot. Nr. 416/2, eingebracht vom Abg. Morandini lautet:

All'art. 8 bis, così come introdotto dal comma 3 dell'art. 3, la lettera b) del secondo comma è soppresso. – Bei Art. 8bis, so wie er in Art. 3 Absatz 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes eingeführt worden ist, wird Buchstabe b) des 2. Absatzes aufgehoben.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Ero circondato da qualche collega, Presidente, per cui ho perso la votazione e l'intervento su un emendamento precedente. Volevo rappresentare, Presidente, anche ai colleghi che sono così numerosi in questo momento in Aula, che la battaglia che sto facendo non è una battaglia fine a sé stessa, perché se fosse così l'avrei già abbandonata da tempo, è la battaglia contro un'ingiustizia sociale, Presidente Pardeller lei che se ne intende di politiche sociali, che è rappresentata da questo fatto. Primo, una legge regionale del 2005, la n. 1, tanto lodata e decantata con il nuovo pacchetto famiglia che di famiglia non c'è più nulla, fuorché l'assegno regionale al nucleo perché tutto il resto non è famiglia, altrimenti sono un dromedario a 7 gobbe come dicevo alla graziosa collega Klotz e che nonostante sia stata approvata sin dal 1° febbraio 2005 la promulgazione, non è stata attuata se non in pochissime parti, tant'è che in provincia di Trento la contribuzione per aiutare a farsi contributi coloro che assistono familiari non autosufficienti non è mai decollata, tant'è che in provincia di Trento non è decollata assolutamente del tutto la contribuzione per coloro che assistono i bambini, se non nei confronti delle sole donne che fanno part-time e le donne che non lavorano fuori casa o che lavorano a tempo pieno nulla. C'è una buona parte, assessora Stocker, della legge regionale n. 1 del 2005 che non è attuata e qui si presenta un altro disegno di legge con ulteriori interventi. Libera lei di farlo, sia ben chiaro, anche se il periodo è tutt'altro che non sospetto, come anche qualche collega della sua maggioranza e del suo partito ha evidenziato, è qualcosa che si commenta da solo per la sua ingiustizia.

Allora prima si dia corso e si completi l'attuazione di questa legge regionale del 2005 e poi si vada a prendere in esame una rivisitazione della normativa in materia previdenziale e se ne discute. Invece no, si lascia lì questo, quella legge regionale che prevede al suo art. 13, primo comma, un investimento di ben 30 milioni di euro l'anno, la gran parte dei quali sono finiti in economia, quindi è qualcosa di assolutamente ingiusto che finiscano in economia tanti di quei soldi da far paura e quindi finisca su per il camino, per parlare in termini semplici e non si prenda atto che c'è uno strato sociale, categorie sociali che ne avrebbero bisogno e si dice che non ci sono i soldi.

Allora, delle due l'una, primo i soldi ci sarebbero, basterebbe che quei 30 milioni annuo venissero dirottati su altri versanti sociali, almeno su quelli che hanno dimostrato di non avere interesse agli istituti che questa maggioranza ha voluto prevedere nella legge regionale n. 1 del 2005.

Mi riferisco, per esempio, all'intervento sui lavoratori atipici che si era presentato come un intervento fallimentare, non perché siano fallimentari i lavoratori atipici, ci mancherebbe, ma perché i lavoratori atipici hanno dimostrato di non avere interesse ad un intervento che li aiuta a pagarsi i contributi in vista della pensione, perché hanno altri interessi. Hanno interesse a che possano sbarcare il lunario, percepiscono poco più di mille euro al mese in gran parte, sono giovani, non pensano certo a farsi una pensione in questa età così giovanile, hanno invece a cuore la possibilità di trasformare il loro rapporto di lavoro che spesso è a tempo determinato in rapporto di lavoro a tempo indeterminato.

Quindi non sussistendo l'interesse di costoro, è inutile mantenere i soldi su questo istituto ormai desueto, ma si dirottino su altre categorie sociali, mi sono permesso già di evidenziarne alcune, per esempio prevedere l'assegno al nucleo familiare dal primo figlio, anche negli anni in cui questa Regione ha

dimostrato totale disinteresse per il primo figlio, cioè gli anni 2005, 2006, 2007. Ce ne sarebbe più che abbastanza di questi soldi per questo istituto dei lavoratori atipici.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wir stimmen ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?  
Bei 4 Enthaltungen und 1 Jastimme ist der Antrag abgelehnt.

Der nächste Änderungsantrag, Prot. Nr. 416/3, eingebracht vom Abg. Morandini lautet:

All'art. 8 bis, così come introdotto dal comma 3 dell'art. 3, la lettera a) del secondo comma è soppresso. – Bei Art. 8bis, so wie er in Art. 3 Absatz 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes eingeführt worden ist, wird Buchstabe a) des 2. Absatzes aufgehoben.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Essendo stato respinto da quest'Aula l'emendamento che mirava a sopprimere il comma 8 bis nella sua interezza, introdotto appunto con l'art. 3 del disegno di legge della Giunta, è chiaro che ho presentato degli emendamenti che tendono a colpire le singole parti che compongono questi commi, in particolare questo emendamento, che è oggetto di discussione e poi di votazione, va a colpire la lettera a) del secondo comma.

Cosa dice la lettera a)? È quello che prima cercavo, sia pure sommessamente, di evidenziare, cioè il fatto che c'è una particolare attenzione nei confronti delle situazioni di coloro che sono legalmente separati, effettivamente separati, per cui pare che la disciplina nei confronti delle persone legalmente, effettivamente separate sia addirittura più favorevole rispetto a coloro che non sono separati. Naturalmente dico questo con beneficio di inventario, perché non ho avuto il tempo in questa sede, perché è tutto il giorno o quasi che intervengo, di approfondire più di tanto questo passaggio.

Per cui questa lettera a) apre il percorso ad una integrazione regionale inventata da questa Regione e qui sollevo anche un problema di legittimazione, dal punto di vista del diritto previdenziale, perché l'art. 8, comma 3 della legge regionale n. 3 del 1993 prevedeva che la rendita integrata al trattamento minimo INPS con le stesse norme e modalità previste dalla legge 638 del 1983 e successive modifiche, ebbene questa rendita fosse sostanzialmente riferita alle norme dello Stato e quindi si andasse a rispettare queste norme. Ebbene no, che cosa fa la Giunta con questo disegno di legge? Toglie l'integrazione al minimo da parte dello stato ed inventa un'integrazione al minimo regionale, nella paura che le pensioni al minimo subiscano degli aumenti consistenti.

Quindi sostanzialmente discrimina coloro che sono iscritti all'assicurazione regionale per la pensione alle casalinghe, rispetto al fatto che potevano avere fino ad oggi l'integrazione al minimo da parte dello Stato.

Per chiarirmi, perché in questa fase sto difettando di lucidità, annoto che l'art. 8, comma 3 della legge regionale n. 3 del 1993 prevede che la rendita è integrata al trattamento minimo INPS con le stesse norme e modalità previste dalla legge 638 del 1983 e successive modifiche ed integrazioni.

Ebbene, che cosa è stato fatto qui? C'era una bella integrazione minima al trattamento minimo della rendita, come lei sa assessore Stocker, secondo le norme dello Stato, qui si è tolta questa e si è inventato

un'integrazione al minimo regionale, perché si è tolta quella dello Stato, nella paura che le pensioni al minimo subiscano consistenti aumenti.

Qui si crea anche una discriminazione, perché se lo Stato aumenta fortemente le pensioni minime, chi le gode, in virtù dell'integrazione al minimo dello Stato è avvantaggiato e chi le gode in virtù della pensione alle casalinghe è fortemente penalizzato.

Allora mi chiedo perché la persona casalinga debba andare incontro ad importi esigui per disposizione della Regione, cioè la Regione, ancora una volta, incide negativamente su una categoria di persone previdenzialmente deboli come sono le persone casalinghe.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wir stimmen ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?  
Bei 2 Enthaltungen und 1 Jastimme ist der Antrag abgelehnt.

Der nächste Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/30, eingebracht vom Abg. Morandini lautet:

All'art. 8 bis, introdotto con il comma 3 dell'art. 3, il comma 4 è abrogato. – Bei Art. 8bis, so wie er in Art. 3 Absatz 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes eingeführt worden ist, wird Absatz 4 aufgehoben.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** La ringrazio, Presidente. Come dicevo inizialmente, essendo stato bocciato l'emendamento che mirava a colpire la parte più importante di questo articolo ingiusto che sostanzialmente toglie l'integrazione al minimo dello Stato, evidentemente ho cercato con altri emendamenti di colpire le singole parti che vanno a comporre tutto questo articolo.

Ebbene, questo emendamento prot. n. 415/30 sostanzialmente va nella direzione di colpire il comma 4, introdotto con il comma 3 dell'art. 3. Non è un gioco di numeri, purtroppo la situazione, allorquando ci si accinge a mettere mano a queste norme, proporre emendamenti va in questa direzione. Quindi il comma 4 recita testualmente che qualora il reddito, così come determinato ai commi 2 e 3 risulti inferiore ai limiti che sono lì previsti, l'integrazione è riconosciuta in misura tale che non comporta il superamento dei limiti stessi.

Ancora una volta non si capisce perché bisogna inventare l'integrazione regionale, quando c'è tanta integrazione da parte dello Stato, che è più giusta, perché si va ad integrare al minimo rendite basse, quindi si colpiscono i lavoratori previdenzialmente più deboli, non capisco perché non si possono colpire i consiglieri regionali, per esempio, sia in carica che quelli che percepiscono il vitalizio, che magari cumulano con altre pensioni. Sono consiglieri regionali in carica che siedono anche in quest'Aula, quelli già percepiscono la loro pensione come ex dipendenti o pubblici o privati, eccetera, cominciamo a colpire questi, no, si colpiscono le situazioni di redditi particolarmente bassi, perché quando si fa riferimento a pensioni integrare, a rendite di pensioni integrate al minimo INPS, evidentemente è sotto gli occhi di tutti che si parla di pensioni davvero di bassa entità, non dico da fame, ma comunque di bassa entità.

Allora che cosa si fa con queste norme? Si prende questa previsione contenuta nell'art. 8 della legge regionale n. 3 del 1993, che avevo a suo tempo presentato quando ero assessore e che prevedeva i maniera equa che la rendita fosse integrata al trattamento minimo INPS, secondo le norme della

legge dello Stato, quindi integrazione garantita alla legge dello Stato, si cancella questa integrazione della rendita al trattamento minimo INPS e si inventa una integrazione al minimo regionale, nella paura evidentemente, perché? Perché si ha paura di spendere, si ha paura che l'integrazione al minimo subisca consistenti aumenti.

Quindi si congela questa, si fa tutto quello che c'è da fare una volta congelata e cioè solamente l'aumento dovuto all'aumento del costo della vita, indice ISTAT del costo della vita, in questo modo penalizzando le persone che avrebbero titolo a percepire l'integrazione al minimo. Quindi da questo punto di vista è sotto gli occhi di tutti la ingiustizia di questo modo di fare.

Annoto che la determinazione del reddito cui fa riferimento il comma 4, che propongo in questo emendamento di abrogare, prevede nel comma 3 che dal computo del reddito siano esclusi trattamenti di fine rapporto comunque denominati, sia escluso il reddito della casa di abitazione e delle relative pertinenze e siano anche escluse le competenze arretrate, sottoposte a tassazione separata. Ancora è previsto in questo comma 3 che non concorre alla formazione dei redditi l'importo della pensione da integrare.

Quindi in questo senso penso che, da questo punto di vista, questo è un comma che potrebbe avere una sua logica e la determinazione, oltre che fatta dal comma 3 come ho testè illustrato, è anche fatta dal comma 2, come ho cercato prima di evidenziare, che è composto di due lettere, le quali disciplinano le diverse fattispecie, a seconda se le persone siano coniugate o non coniugate e legalmente ed effettivamente separate o meno.

Quindi evidentemente sostengo questo mio emendamento.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wir stimmen ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen und 1 Jastimme und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Der nächste Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/31, eingebracht vom Abg. Morandini lautet:

All'art. 8 bis, introdotto con il comma 3 dell'art. 3, il comma 5 è soppresso. – Bei Art. 8bis, so wie er in Art. 3 Absatz 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes eingeführt worden ist, wird Absatz 5 aufgehoben.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Chi leggesse questa norma non può non convenire che attiene ad una materia piuttosto complessa e che non è di facile lettura, almeno secondo il mio modesto punto di vista. Sostanzialmente per cancellare questa integrazione al trattamento minimo, di cui alla legge dello Stato, per cancellare la rendita integrata al trattamento minimo INPS con le stesse norme e modalità previste dalla legge 638 del 1983 e successive modifiche, sostanzialmente fa un giro di previsione che risulta piuttosto astruso e prevede che l'importo mensile che viene erogato alla data di cessazione del diritto all'integrazione, sia conservato sino al superamento, per effetto dell'applicazione delle disposizioni riguardanti la perequazione automatica all'importo mensile che è determinato ai sensi dell'art. 8, comma 2.

Può sembrare un po' arcana questa formulazione, in effetti è una formulazione che discende come logica conseguenza tecnica del fatto di togliere questa integrazione della rendita al trattamento minimo INPS e di

pensare a questa integrazione al minimo regionale che non sta né in cielo, né in terra. Purtroppo non ho le possibilità giuridiche di adire la Corte costituzionale per evidenziare le illegittimità dopo scritto il diritto previdenziale di questa norma, ma penso che se dovesse pronunciarsi la consulta su questo, non potrebbe che convenire su quanto sto dicendo.

Lo dico davvero con il cuore in mano, a parte l'ingiustizia sociale che concreta questa norma e l'ho già evidenziata in più occasioni, c'è anche una violazione della norma di diritto previdenziale, perché non è possibile tout court cancellare, tanto più nei confronti di pensioni al minimo, comunque di pensioni basse, cancellare tout court la integrazione al trattamento minimo INPS, prevista dalla legge dello Stato n. 638 del 1983, integrazione che avevo previsto nel mio originario pacchetto famiglia, cancellarla di colpo e pensare ad una integrazione al minimo regionale, ma inventarla, nella paura che questa integrazione al minimo subisca dei consistenti aumenti.

Annoto che in questo modo fra le pensioni più basse si introduce un elemento di grande ingiustizia, perché evidentemente si congelano queste integrazioni al minimo e poi si riconosce solo l'aumento dell'indice ISTAT del costo della vita, penalizzando coloro che avevano titolo per percepire l'integrazione al minimo.

Quindi si crea divaricazione se lo Stato aumenta fortemente le pensioni minime, fra chi gode l'integrazione al trattamento minimo prevista dallo Stato e chi per la pensione alle casalinghe è fortemente penalizzato.

Quindi da questo punto di vista è chiaro che la casalinga deve andare incontro ad importi esigui per disposizione della Regione e questa è una situazione di assoluta ingiustizia, cioè questa è davvero una violazione forte di questi diritti previdenziali e non mi è stato ancora risposto del perché debba andare incontro la casalinga a questi esigui importi per disposizione della Regione, quando fino ad oggi aveva tutto il diritto di avere sostanzialmente un giusto riconoscimento previdenziale, tanto più dopo che con un'altra legge ingiusta è stata tolta la possibilità di costituirsi una pensione con la legge regionale n. 1 del 2005 che ha ampiamente violato ragioni di giustizia sociale, quali quelle che consentivano alle persone senza pensione che hanno lavorato per anni e per decenni a favore della propria famiglia, generando, educando dei figli, gestendo anche "l'impresa familiare" si sono viste cancellare questa possibilità di costituirsi una pensione.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 3 Enthaltungen und 1 Jastimme und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Der nächste Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/32, eingebracht vom Abg. Morandini lautet:

All'art. 8 bis, introdotto con il comma 3 dell'art. 3, il comma 6 è abrogato. – Bei Art. 8bis, so wie er in Art. 3 Absatz 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes eingeführt worden ist, wird Absatz 6 aufgehoben.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie. Essendo stato respinto dall'Aula l'emendamento mio che mirava a colpire l'intera norma per l'ingiustizia sociale e anche per la illegittimità che ho rappresentato, è chiaro che ho presentato alcuni emendamenti diretti a colpire i singoli commi che danno corpo a questa norma. In questo senso evidentemente si commenta da sé la situazione per la quale il comma 6, che può sembrare innocuo, va cassato. Può sembrare innocuo, perché prevede che con deliberazione della Giunta regionale siano determinati ogni anno l'importo di cui al comma 1 ed i limiti di redditi di cui al comma 2.

Qual è l'importo di cui al comma 1? L'importo di cui al comma 1 è quello previsto dall'art. 8, secondo comma, della legge regionale n. 3 del 1993 e successive modifiche ed integrazioni. Faccio notare che queste modifiche ed integrazioni sono state previste con la legge regionale n. 6 del 1998.

Per quanto riguarda poi l'altra fattispecie di cui al comma 6, essa è rappresentata dai limiti di reddito di cui al comma 2, che prevede sia abrogato il comma 3 dell'art. 8 della legge regionale n. 3 del 1993.

In questo senso annoto ancora una volta che il comma 3 della legge regionale n. 3 del 1993 rappresenta una situazione che palesava un'attenzione previdenziale nei confronti di persone che non avevano diversamente la possibilità di costituirsi una pensione, cioè le persone che hanno svolto lavoro casalingo e che si vedevano, in virtù dell'art. 8, comma 3, conferire la possibilità di integrare al trattamento minimo INPS la rendita con le stesse norme e modalità previste dalla legge n. 638 del 1983 e successive modifiche e integrazioni.

In questo senso penso che la questione del comma 6 del disegno di legge n. 50, così come presentato dalla Giunta, se di primo acchito può sembrare assolutamente innocua, di fatto concreta un passaggio che completa l'ingiustizia dal punto di vista sociale e la illegittimità dal punto di vista del diritto previdenziale a cui ho fatto riferimento nel corso dei miei interventi.

Ecco perché questo art. 6 che *ictu oculi* può sembrare una norma assolutamente insignificante, invece si rappresenta in tutta la sua ingiustizia. Non solo, ma pensando a quanto sta accadendo a causa di questa famigerata norma, proposta dalla Giunta e che concreta l'art. 3, tengo a sottolineare come venga tolta l'integrazione al minimo dello Stato e si inventi un'integrazione al minimo regionale, che rappresenta ancora una volta l'ingiustizia grande a cui questa integrazione al minimo regionale va incontro, proprio perché toglie la possibilità a coloro che percepiscono queste rendite di avere un'integrazione al minimo adeguata e l'avranno solamente come aumento di indice ISTAT del costo della vita.

Per la consigliera Dominici, che si è messa in questo momento in ascolto, rappresento che stiamo discutendo di un emendamento che riguarda la lingua nonesa, con riferimento...

*(interruzione)*

**MORANDINI:** ...lei fa parte del comitato di salute pubblica, collega Dominici, ha brillato per la sua assenza nella giornata di oggi!

Sviluppo poi il ragionamento nell'intervento successivo, Presidente.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen und 1 Jastimme und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Der nächste Änderungsantrag, Prot. Nr. 415/33, eingebracht vom Abg. Morandini lautet:

All'art. 8 bis, introdotto con il comma 3 dell'art. 3, il comma 7 è abrogato. – Bei Art. 8bis, so wie er in Art. 3 Absatz 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes eingeführt worden ist, wird Absatz 7 aufgehoben.

Collega Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** La ringrazio, Presidente. Il comma settimo è un po' la ciliegina sulla torta di questa ingiustizia che si sta perpetrando, man mano che questa norma sta prendendo corpo nella votazione dell'Aula, perché di fatto prevede che l'integrazione alla pensione regionale non sia cumulabile con l'integrazione al trattamento minimo INPS, di cui il titolare della pensione regionale beneficia per un'altra pensione. È qualcosa di sconcertante signori, cioè l'integrazione alla pensione regionale non è cumulabile, secondo questa norma, con l'integrazione al trattamento minimo INPS di cui beneficerebbe il titolare della pensione regionale per un'altra pensione.

Ancora una volta sono colpite le situazioni di maggiore debolezza sociale e quindi si toglie questa possibilità di cumulo. Faccio presente che parliamo non di mega pensioni, parliamo di pensioni piccole, parliamo di pensioni al limite del minimo, se non minime comunque non molto distanti e quindi in questo senso non posso che criticare questo settimo comma, proprio perché questo emendamento specifico che si dirige in particolare sul settimo comma che è in discussione, non essendoci stata l'adesione dell'Aula al mio emendamento precedente che mirava a cancellare l'intera normativa di cui all'art. 3 che, come ho più volte ricordato toglie l'integrazione al minimo dello Stato, di cui alla legge regionale n. 3 del 1983, art. 8, terzo comma, configurando una particolare ingiustizia, questa integrazione alla pensione regionale, non cumulabile con l'integrazione al trattamento minimo INPS, di cui il titolare della pensione regionale beneficia per un'altra pensione, evidentemente si rappresenta in tutta la sua ingiustizia.

Quindi in questo senso, collega Mair, è qualcosa che non sta né in cielo, né in terra. Pensi lei che si toglie la possibilità ad una pensione particolarmente bassa quale vicino al minimo di essere cumulabile con altra pensione bassa, con altro trattamento basso.

Quindi davvero è qualcosa che non sta né in cielo, né in terra, quindi non capisco perché nessuno, almeno delle minoranze, intervenga a denunciare, a criticare questa norma assolutamente ingiusta dal punto di vista sociale, non capisco perché questa estensione dell'assegno al nucleo familiare, a partire dal primo figlio che dovrebbe, secondo la prospettazione della Giunta, decorrere dal 1° gennaio 2008, non sia fatta decorrere, come propongono una serie di miei emendamenti, a coprire gli anni dove la Regione è stata totalmente assente nei confronti del primo figlio, quindi gli anni 2005, 2006, 2007 o almeno qualcuno di questi. In questo modo danneggiando, discriminando soprattutto persone in condizione sociale debole, soprattutto persone che da questo punto di vista, in gran parte sono donne, compongono famiglie monoparentali, quindi donne con il loro bambino che sono senza alcun altro che dà loro un aiuto e quindi a maggior ragione sarebbe importante estendere questo assegno al

nucleo familiare a partire dal primo figlio, ricomprendendo se non tutti gli anni in cui la Regione ha espresso una totale indifferenza verso il primo figlio, cancellando il primitivo pacchetto famiglia, quindi gli anni 2005, 2006, 2007, almeno qualcuno di questo anni.

Ho rappresentato la disponibilità all'assessore ad un confronto su questo, anche ad una mediazione su questo, vi è stata la chiusura totale, evidentemente non posso che prendere atto che si sta consumando questa ingiustizia e quindi cerco, con i miei limitati mezzi, di oppormi fino a quando mi sarà possibile.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wir stimmen ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 3 Enthaltungen, 1 Jastimme und dem Rest Neinstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Passiamo ora all'emendamento totalmente sostitutivo presentato dalla Giunta, prot. n. 801. In caso che venisse approvato decadono tutti gli altri emendamenti:

Der Art. 3 wird durch nachstehenden Artikel ersetzt:

#### Art. 3

(Änderungen zum Regionalgesetz vom 28. Februar 1993, Nr. 3 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Einführung der freiwilligen Regionalversicherung für die Rente zugunsten der im Haushalt tätigen Personen“)

1. Im Artikel 4 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 28. Februar 1993, Nr. 3, geändert durch Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a) des Regionalgesetzes vom 19. Juli 1998, Nr. 6, werden nach den Worten „welche die Voraussetzungen gemäß Artikel 3-bis des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 erfüllen“ die nachstehenden Worte hinzugefügt: „ , unbeschadet der Bestimmungen laut Artikel 8 Absatz 5-bis“.

2. Im Artikel 8 Absatz 2 des Regionalgesetzes vom 28. Februar 1993, Nr. 3, ersetzt durch Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe i) des Regionalgesetzes Nr. 6/1998, Nr. 6, werden die Worte „im vorhinein zu entrichtende“ durch das Wort „in“ ersetzt.

3. Im Artikel 8 des Regionalgesetzes Nr. 3/1993 wird Absatz 3 aufgehoben.

4. Im Artikel 8 des Regionalgesetzes Nr. 3/1993 wird nach Absatz 5 der nachstehende Absatz eingefügt:

„5-bis. Wird dem Rentner eine weitere direkte Rente aus dem Ausland zuerkannt, die auf Pflichtbeiträgen gründet, so wird der Betrag der regionalen Altersrente um den Betrag der anderen Rente gekürzt.“

5. Nach Artikel 8 des Regionalgesetzes Nr. 3/1993 wird der nachstehende Artikel eingefügt:

#### „Art. 8-bis

(Ergänzung bis zur Erreichung des NIFS/INPS-Mindestbetrages)

1. Sofern die Voraussetzungen laut Absatz 2 bestehen, wird den Empfängern der Regionalrente ab dem 1. Jänner 2008 eine Ergänzung bis zur Erreichung des jährlich um den Ausgleichssatz erhöhten Ausmaßes des für das

Jahr 2008 geltenden NIFS/INPS-Mindestbetrages zuerkannt, der für ein jedes auf das Jahr 2008 folgende Jahr vorgesehen ist.

2. Die Ergänzung laut Absatz 1 steht den Personen zu, die:

- a) sollten sie nicht verheiratet oder verheiratet, jedoch gesetzlich und effektiv getrennt sein, über eigene Einkünfte verfügen, die der Einkommensteuer der natürlichen Personen für einen Betrag von oder weniger als 26 Mal den monatlichen Betrag laut Absatz 1 unterliegen;
- b) sollten sie verheiratet und nicht gesetzlich und effektiv getrennt sein, über eigene Einkünfte verfügen, die dem Betrag laut Buchstabe a) entsprechen bzw. unter diesem liegen, und über mit dem Ehepartner kumulierte Einkünfte für einen Betrag von oder weniger als 52 Mal den monatlichen Betrag laut Absatz 1 verfügen.

3. Aus der Berechnung der Einkünfte sind die wie auch immer benannten Abfertigungen, der Ertrag der Erstwohnung und des entsprechenden Zubehörs sowie die rückständigen Beträge, die einer getrennten Besteuerung unterliegen, ausgenommen. Dem Einkommen ist der Betrag der zu ergänzenden Rente nicht hinzuzurechnen.

4. Sollte das gemäß den Absätzen 2 und 3 berechnete Einkommen unter den darin vorgesehenen Grenzen liegen, wird die Ergänzung in einem Ausmaß zuerkannt, das diese Grenzen nicht überschreitet.

5. Der zum Zeitpunkt des Erlöschens des Rechtes auf die Ergänzung entrichtete monatliche Betrag wird bis zu seiner Überschreitung aufgrund der Anwendung der Bestimmungen über den automatischen Ausgleich an den monatlichen Betrag im Sinne des Artikels 8 Absatz 2 beibehalten.

6. Jedes Jahr werden der Betrag laut Absatz 1 und die Einkommensgrenzen laut Absatz 2 mit Beschluss des Regionalausschusses festgesetzt.

7. Die Ergänzung zur Regionalrente ist nicht mit der Ergänzung zur NISF/INPS-Mindestrente kumulierbar, die der Empfänger der Regionalrente hinsichtlich einer anderen indirekten Rente in Anspruch nimmt.“.

Emendamento prot. n. 801, prima firmataria l'assessora Stocker, l'art. 3 è sostituito dal seguente:

### Art. 3

*(Modifiche alla legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3 e successive modificazioni concernente "Istituzione dell'assicurazione regionale volontaria per la pensione alle persone casalinghe")*

1. All'articolo 4, comma 1, della legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3, come modificato dall'articolo 7, comma 1, lettera a), della legge regionale 19 luglio 1998, n. 6, dopo le parole "in possesso dei requisiti di cui all'articolo 3-bis della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4", sono aggiunte le parole ", salvo quanto previsto al comma 5-bis dell'articolo 8."

2. All'articolo 8, comma 2, della legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3, come sostituito dall'articolo 7, comma 1, lettera i), della legge regionale 6/1998, la parola "anticipate" è soppressa.

3. Il comma 3 dell'articolo 8 della legge regionale 3/1993 è abrogato.

4. All'articolo 8 della legge regionale 3/1993, dopo il comma 5, è aggiunto il seguente:

"5-bis. Nel caso in cui al pensionato sia corrisposta da parte di un paese straniero, un'altra pensione diretta derivante da contribuzione

obbligatoria, l'importo della pensione regionale di vecchiaia è ridotto dell'importo dell'altra pensione.”.

5. Dopo l'articolo 8 della legge regionale 3/1993, è inserito il seguente:

“Art. 8-bis  
(Integrazione al trattamento minimo)

1. A decorrere dal 1° gennaio 2008, qualora sussistano i requisiti di cui al comma 2, è riconosciuta alle persone titolari della pensione regionale un'integrazione fino al raggiungimento di un importo pari al trattamento minimo INPS vigente per l'anno 2008, aumentato annualmente del tasso di perequazione previsto per ciascun anno successivo al 2008.

2. L'integrazione di cui al comma 1 spetta alle persone che posseggano:

- a) nel caso siano non coniugate, ovvero coniugate ma legalmente ed effettivamente separate, redditi propri assoggettabili all'imposta sul reddito delle persone fisiche per un importo pari o inferiore a 26 volte l'importo mensile di cui al comma 1;
- b) nel caso siano coniugate, non legalmente ed effettivamente separate, redditi propri per un importo pari o inferiore a quello di cui alla lettera a), e redditi cumulati con quelli del coniuge per un importo pari o inferiore a 52 volte l'importo mensile di cui al comma 1.

3. Dal computo dei redditi sono esclusi i trattamenti di fine rapporto comunque denominati, il reddito della casa di abitazione e delle relative pertinenze, nonché le competenze arretrate sottoposte a tassazione separata. Non concorre alla formazione dei redditi l'importo della pensione da integrare.

4. Qualora il reddito, come determinato ai commi 2 e 3, risulti inferiore ai limiti ivi previsti, l'integrazione è riconosciuta in misura tale che non comporti il superamento dei limiti stessi.

5. L'importo mensile erogato alla data di cessazione del diritto all'integrazione viene conservato fino al suo superamento per effetto dell'applicazione delle disposizioni riguardanti la perequazione automatica all'importo mensile determinato ai sensi dell'articolo 8, comma 2.

6. Con deliberazione della Giunta regionale sono determinati ogni anno l'importo di cui al comma 1 e i limiti di reddito di cui al comma 2.

7. L'integrazione alla pensione regionale non è cumulabile con l'integrazione al trattamento minimo INPS di cui il titolare della pensione regionale beneficia per un'altra pensione indiretta.”.

Wortmeldungen? Abg. Morandini, Sie haben das Wort.

**MORANDINI:** Sul Regolamento, Presidente. È una classica manovra quella a cui stiamo assistendo per presentare una riformulazione che ricomprende una serie di norme e far decadere gli emendamenti che sono stati presentati.

Presidente, volevo chiedere alla luce del Regolamento interno e se non ricordo male i consiglieri, di fronte ad emendamenti testè depositati dalla Giunta, hanno un certo tempo per presentare emendamenti con riferimento agli emendamenti, quindi subemendamenti. Perché diversamente la possibilità del consigliere di intervenire, siccome ho presentato, Presidente, una serie di emendamenti su norme che adesso sono ricompresi in un unico articolo con

l'evidente intento di farli franare e questo non mi pare assolutamente congruo, allora le chiedo se alla luce del Regolamento, come mi pare di ricordare, io non abbia la possibilità e un tempo entro il quale presentare questi emendamenti.

Lo dico perché questi sono escamotage con riferimento sia all'art. 3 che ad altri successivi presentati allo scopo unico di far caducare gli emendamenti. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Si può presentare emendamenti con dieci firme. Però siccome dieci firme non ci sono non possono essere accettate.

Altri interventi? Nessuno... prego, cons. Morandini, ne ha facoltà.

**MORANDINI:** La ringrazio. Presidente, lo so anch'io che si possono presentare seduta stante emendamenti con dieci firme, però la mia domanda era diversa, la mia domanda era: nel momento in cui arriva un emendamento, il tempo che ha il singolo consigliere per presentare, perché decorre da quel momento il tempo, non può presentarsi seduta stante solo con le dieci firme. Quindi in questo senso il Regolamento penso che dia questa possibilità, diversamente questa è una situazione assolutamente ingiusta, proprio perché mette nell'impossibilità il consigliere di presentare i suoi emendamenti con riferimento all'emendamento testè presentato dalla Giunta regionale, che riguarda non solamente l'art. 3, ma anche altri articoli, che ricomprende tutta una serie di emendamenti che sono stati presentati.

**PRÄSIDENT:** Tutto è regolare. Quindi, o un emendamento con dieci firme e niente.

Non ci sono altri interventi, quindi si vota....

...va bene, a Lei la parola per un'altra volta.

**MORANDINI:** Prendo atto di questa ingiustizia che si sta consumando, intervengo con riferimento all'emendamento che è stato presentato, per far presente che oltre che scorretto nel metodo, ma su questo sono già intervenuto sia pure velocemente, questo emendamento raggruppa una serie di norme che sono assolutamente, almeno in qualche passaggio, assolutamente ingiuste.

*"5-bis. Nel caso in cui al pensionato sia corrisposta da parte di un paese straniero, un'altra pensione diretta derivante da contribuzione obbligatoria, l'importo della pensione regionale di vecchiaia è ridotto dell'importo dell'altra pensione."*

Non capisco assessore, perché vi è l'inciso *da parte di un paese straniero*, perché se si realizzasse l'ipotesi che al pensionato è corrisposta dalla stessa Italia, indipendentemente dal paese straniero, un'altra pensione diretta derivante dalla contribuzione obbligatoria, l'importo della pensione regionale di vecchiaia potrebbe essere ridotto in questi termini.

Quindi l'inciso da parte di un paese straniero mi pare assolutamente fuori luogo, in questo senso ho presentato un emendamento, proprio perché mi pare che concreti una fattispecie assolutamente fuori luogo. Adesso non ho qui l'appunto relativo.

Ancora con riferimento all'art. 8 bis, inserito dopo l'art. 8 della legge regionale n. 3 del 1993, in cui si prevedono alcune fattispecie, annoto come le lettere a) e b) sostanzino una situazione tutt'altro che giusta.

Il comma secondo prevede che l'integrazione prevista nel precedente comma sia riconosciuta a determinate categorie di persone e quindi a persone che nel caso siano non coniugate, oppure coniugate ma legalmente ed effettivamente separate, che posseggano redditi propri assoggettabili all'imposta sul reddito delle persone fisiche e nel caso che siano coniugate a persone che abbiano redditi propri per un importo pari o inferiore a quello di cui alla lettera a).

Ebbene, con riferimento a questo tipo di situazioni, faccio presente che, ancora una volta, si rischia di introdurre una discriminazione fra coloro che sono legalmente o effettivamente separati e quelli che non lo sono. Mi pare a vantaggio di coloro che siano legalmente ed effettivamente separati. Questo è tutto fuorché un'attenzione alla famiglia.

Per quanto riguarda il computo dei redditi, l'esclusione dei trattamenti di fine rapporto comunque denominati, l'esclusione dal reddito della casa di abitazione e delle relative pertinenze, oltre che delle competenze arretrate sottoposto a tassazione separata, evidentemente non può che essere condivisibile, così come pure il concorso alla formazione dei redditi circa l'importo della pensione da integrare.

Annoto conclusivamente, Presidente, che questo metodo che lei ha consentito che venisse messo in campo che fa franare tutta una serie di emendamenti che avevo presentato anche di tipo sostanziale, è un metodo assolutamente ingiusto che evidentemente non posso condividere e che si commenta per la sua antidemocraticità e quindi prendo atto che questa maggioranza usa questi metodi, evidentemente li disapprovo e continuerò fino in fondo, anche se sono franati una serie di miei emendamenti, ad esprimere il mio dissenso.

Da questo punto di vista, se la collega Cogo non mi disturba, altrimenti cara collega Cogo, lei che brilla molte volte in quest'Aula per essere assente, è l'ultima che ha capitolo di parlare, perché non sa neanche cosa sta votando! Vorrei sapere cosa sta votando in questo momento! Quindi la invito a non interrompermi, eventualmente chiede la parola ed interviene, perché non sa neanche cosa sta votando e sta qui ad intervenire facendo polemiche o commenti vari.

Quindi rappresento l'ingiustizia di questo metodo che, evidentemente, toglie la possibilità di opporsi ad una norma ingiusta, come quella contenuta nell'art. 3, almeno in vari passaggi che ho cercato di descrivere e chiaramente dichiaro il mio voto negativo.

**PRÄSIDENT:** Danke! L'emendamento della Giunta è stato presentato con dieci firme, quindi bisogna anche votarlo. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir stimmen über den so abgeänderten Art. 3 ab. Chi è a favore? Contrari? Astensioni?

Con 3 astensioni, 1 voto contrario ed il resto a favore l'art. 3 sostitutivo è accettato.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag des Ausschusses, Prot. Nr. 802:

Der Art. 4 wird durch nachstehenden Artikel ersetzt:

Art. 4

(Änderungen zum Regionalgesetz vom 18. Februar 2005, Nr. 1 betreffend  
„Familienpaket und Sozialvorsorge“)

1. Im Artikel 1 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 2005, Nr. 1 werden die Worte „gesetzesvertretendes Dekret vom 21. April 1993, Nr. 124“ durch die Worte „gesetzesvertretendes Dekret vom 5. Dezember 2005, Nr. 252“ ersetzt.

2. Im Artikel 1 Absatz 2 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 wird der erste Satz durch den nachstehenden Satz ersetzt: „Der Beitrag wird in Höhe der getätigten freiwilligen Zahlungen entrichtet und beträgt jedenfalls höchstens 6 Tausend Euro pro Jahr. Im Falle von Beitragszahlungen in einen Rentenfonds laut Absatz 1 wird genannter Höchstbetrag auf 3 Tausend 500 Euro herabgesetzt.“.

3. Im Artikel 1 Absatz 4 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 werden die Worte „jedoch bis zum Höchstbetrag von 1.750,00 Euro pro Jahr“ durch die Worte „jedoch bis zum Höchstbetrag von 3 Tausend Euro pro Jahr“ ersetzt. Im Falle von Beitragszahlungen in einen Rentenfonds laut Absatz 1 wird genannter Höchstbetrag auf 1.750,00 Euro herabgesetzt.“.

4. Im Artikel 1 Absatz 4 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 werden die Worte „für höchstens zwölf Monate gewährt, kann jedoch auf fünfzehn Monate angehoben werden“ durch die Worte „für höchstens vierundzwanzig Monate gewährt, die jedoch auf achtundzwanzig Monate angehoben werden können“ ersetzt.

5. Im Artikel 1 Absatz 5 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 wird der nachstehende Satz hinzugefügt: „Unbeschadet der Möglichkeit für die Autonomen Provinzen, längere Fristen festzulegen, können die Gesuche um die Unterstützung der freiwilligen Beitragsleistung auf jeden Fall bis zum 30. Juni des Jahres nach dem betreffenden Beitragsjahr eingereicht werden; die Unterstützungsgesuche betreffend Rückstände können innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Frist eingereicht werden, welche die Rentenkasse, die die Beitragsleistung genehmigt hat, für die Einzahlung dieser Beiträge festgelegt hat.“.

6. Im Artikel 1 Absatz 6 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 werden die Worte „Jedoch können die Beiträge für eine Gesamtdauer von höchstens zwölf Monaten – bzw. fünfzehn Monaten, falls der Vater des Kindes das Recht gemäß Artikel 32 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 26. März 2001, Nr. 151 in Anspruch nimmt – gewährt werden“ durch die Worte „Jedoch darf der insgesamt ausgezahlte Beitrag die Höchstbeträge laut Absatz 2 und 3 nicht überschreiten und der Zeitraum, für welchen die Beiträge gewährt werden, darf insgesamt jedenfalls vierundzwanzig Monate – bzw. achtundzwanzig Monate, falls der Vater des Kindes das Recht gemäß Artikel 32, Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 26. März 2001, Nr. 151 in Anspruch nimmt – nicht überschreiten, unbeschadet der Tatsache, dass der Beitrag, der für Abwesenheitszeiten laut Absatz 2 und 3 für den Höchstzeitraum laut Absatz 2, und zwar für zwölf bzw. 15 Monate zusteht“ ersetzt.

7. Im Artikel 2 Absatz 1 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 werden die Worte „gesetzesvertretende Dekret vom 21. April 1993, Nr. 124“ durch die Worte „gesetzesvertretende Dekret vom 5. Dezember 2005, Nr. 252“ ersetzt.

8. Im Artikel 2 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 wird nach Absatz 1 nachstehender Absatz eingefügt:

„1-bis. Der Beitrag gemäß Absatz 1 wird im Ausmaß von höchstens 6 Tausend Euro pro Jahr entrichtet, wenn pflegebedürftige Kinder oder ihnen gleichgestellte Personen im Alter unter fünf Jahren betreut werden. Im Falle von Anmeldung bei Erziehungseinrichtungen und Tagesstätten für Behinderte kann der Beitrag jedenfalls höchstens 3 Tausend 500 Euro pro Jahr betragen.“.

9. Im Artikel 2 Absatz 3 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 wird der nachstehende Satz hinzugefügt: „Unbeschadet der Möglichkeit für die Autonome Provinzen, längere Fristen festzulegen, können die Gesuche um die Unterstützung der freiwilligen Beitragsleistung auf jeden Fall bis zum 30. Juni des Jahres nach dem betreffenden Beitragsjahr eingereicht werden; die Unterstützungsgesuche betreffend Rückstände können innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Frist eingereicht werden, welche die Rentenkasse, die die Beitragsleistung genehmigt hat, für die Einzahlung dieser Beiträge festgelegt hat.“.

10. Absatz 1 des Artikels 3 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 wird durch den nachstehenden Absatz ersetzt:

„1. Den Arbeitnehmern/innen, den Arbeitslosen und den in den Mobilitätslisten eingetragenen Personen, den bei den jeweiligen Sonderverwaltungen des NISF/INPS eingetragenen selbständig Erwerbstätigen, den bei der getrennten Verwaltung des NISF/INPS eingetragenen Personen mit Ausnahme der im Artikel 4 Absatz 2 letzter Satz Genannten, den Freiberufler/innen den Personen, die nicht den Formen der obligatorischen Vorsorge beigetreten sind, sowie den Rentnern/innen, die seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Region Trentino-Südtirol haben oder mit einer Person verheiratet sind, die diese Voraussetzung erfüllt, wird für die Kinder und diesen gleichgestellten Personen - sofern sie in der Region wohnhaft sind - das regionale Familiengeld entrichtet. Dieses steht nur einem/r GesuchstellerIn pro Familie zu, und zwar aufgrund der Zusammensetzung der Familie und deren wirtschaftlicher Lage. Das Familiengeld wird gemäß der beiliegenden Tabelle A) entrichtet.“.

11. Im Artikel 3 Absatz 3 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 werden die Worte „ab dem ersten Kind“ gestrichen.

12. Nach Artikel 4 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 wird der nachstehende Artikel eingefügt:

„Art. 4-bis

(Unterstützung zum Aufbau von Zusatzrenten für diskontinuierliche Erwerbstätigkeit)

1. Die Region entrichtet Finanzierungen für die Unterstützung zum Aufbau von Zusatzrenten oder zur Einzahlung in dieselben Renten seitens von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder mit einem Arbeitsverhältnis gemäß Artikel 4 Absatz 2 zweiter Satz.

2. Die Personen gemäß Absatz 1 müssen nachstehende Voraussetzungen erfüllen, um in den Genuss der regionalen Unterstützung zu gelangen:

- a) Beginn der Arbeitstätigkeit nach dem 31. Dezember 1995;
- b) Eintragung in einen Rentenfonds, geregelt laut dem gesetzesvertretenden Dekret vom 5. Dezember 2005, Nr. 252;
- c) Wohnsitz und Domizil seit mindestens fünf Jahren in der Region Trentino-Südtirol oder - alternativ dazu - historischer Wohnsitz von fünfzehn Jahren, von denen wenigstens eines unmittelbar vor der Einreichung des Gesuches liegen muss;

- d) Arbeitsverhältnis ausschließlich gemäß Absatz 1 oder vom zuständigen Arbeitsvermittlungszentrum bescheinigte Arbeitslosigkeit aufgrund der Beendigung desselben Arbeitsverhältnisses;
- e) wirtschaftliche Lage der Familie in den Grenzen gemäß der Verordnung laut Absatz 5.

3. Die Region gewährt einen Schenkungsbeitrag entsprechend hundert Prozent der im Laufe des Kalenderjahres vom Arbeitnehmer in den Rentenfonds laut Absatz 2 Buchstabe b) vorgenommenen Einzahlung, und jedenfalls bis zu 1.000 Euro jährlich – für höchstens fünf Jahre - bis zur Erreichung der Mindestvoraussetzungen für die Dienstalters- oder Altersrente.

4. Der Beitrag wird an die im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 des Regionalgesetzes vom 27. Februar 1997, Nr. 3 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen errichtete Gesellschaft entrichtet, die für die Anspruchsberechtigten eine individuelle Rentenposition im Rahmen der Finanzinstrumente eröffnet, um die von der Region entrichteten Beträge zu investieren. Das gesamte angereifte Kapital wird auf den von den Anspruchsberechtigten angegebenen Zusatzrentenfonds zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme der gesetzlichen Rente übertragen.

5. In der Verordnung laut Artikel 4 Absatz 5 werden die wirtschaftliche Lage der Familie sowie jede andere für die Anwendung dieses Artikels erforderliche Bestimmung festgelegt. Die Modalitäten und Fristen für die Einreichung der Gesuche und für die Entrichtung des Beitrags werden von den Autonomen Provinzen mit eigener Verordnung festgesetzt.

6. Der Beitrag laut diesem Artikel ist weder mit den im Artikel 1 und 2 vorgesehenen Maßnahmen noch mit den Maßnahmen gemäß Regionalgesetz vom 25. Juli 1992, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen noch mit den Maßnahmen gemäß Artikel 6 des Regionalgesetzes vom 27. Februar 1997, Nr. 3 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen kumulierbar.“.

13. Im Artikel 9 Absatz 7 des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 wird das Wort „vereinbar“ durch das Wort „kumulierbar“ ersetzt.

14. Die Tabellen A), B) und C) des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 werden durch die diesem Gesetz beiliegenden Tabellen ersetzt.

Emendamento prot. n. 802, prima firmataria l'assessora Stocker, l'art. 4 è sostituito dal seguente:

#### Art. 4

*(Modifiche alla legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1 concernente "Pacchetto famiglia e previdenza sociale")*

1. All'articolo 1, comma 1, della legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1, le parole "decreto legislativo 21 aprile 1993, n. 124" sono sostituite dalle parole "decreto legislativo 5 dicembre 2005, n. 252".

2. All'articolo 1, comma 2, della legge regionale 1/2005, il primo periodo è sostituito dal seguente: "Il contributo viene corrisposto in misura pari all'importo del versamento volontario effettuato e comunque in misura non superiore ad euro 6 mila rapportati ad anno. Tale limite è ridotto ad euro 3 mila 500 nel caso di versamenti ad un fondo pensione di cui al comma 1.".

3. All'articolo 1, comma 4, della legge regionale 1/2005, le parole "e comunque in misura non superiore ad euro 1.750,00 rapportati ad anno." sono sostituite dalle parole "e comunque in misura non superiore ad euro 3 mila

rapportati ad anno. Tale limite è ridotto ad euro 1.750,00 nel caso di versamenti ad un fondo pensione di cui al comma 1.”.

4. All'articolo 1, comma 4, della legge regionale 1/2005, le parole “per un periodo massimo di dodici mesi, elevabili a quindici” sono sostituite dalle parole “per un periodo massimo di ventiquattro mesi, elevabili a ventotto”.

5. All'articolo 1, comma 5, della legge regionale 1/2005 è aggiunto, in fine, il seguente periodo: “Salva la facoltà per le Province autonome di stabilire termini più ampi, le domande di sostegno alla contribuzione volontaria possono comunque essere presentate fino al 30 giugno dell'anno successivo a quello contributivo di riferimento e le domande di sostegno relative agli arretrati possono essere presentate fino a sei mesi dalla data di scadenza prevista per il pagamento di questi contributi stabilita dalla cassa pensionistica che ha autorizzato la contribuzione.”.

6. All'articolo 1, comma 6, della legge regionale 1/2005, le parole “ma il periodo complessivo per il quale vengono concessi i contributi non può comunque superare i dodici mesi o i quindici mesi nell'ipotesi in cui il padre del/della bambino/a si avvalga del diritto di cui al comma 2 dell'articolo 32 del decreto legislativo 26 marzo 2001, n. 151.” sono sostituite dalle parole “ma il contributo che può essere complessivamente erogato non può comunque superare gli importi massimi previsti ai commi 2 e 3 e il periodo complessivo per il quale vengono concessi i contributi non può comunque superare i ventiquattro mesi o i ventotto mesi nell'ipotesi in cui il padre del/della bambino/a si avvalga del diritto di cui al comma 2 dell'articolo 32 del decreto legislativo 26 marzo 2001, n. 151, fermo restando che il contributo previsto per l'astensione dal lavoro di cui ai commi 2 e 3 spetta per il periodo massimo indicato al medesimo comma 2 pari a dodici, rispettivamente quindici mesi.”.

7. All'articolo 2, comma 1, della legge regionale 1/2005, le parole “decreto legislativo 21 aprile 1993, n. 124” sono sostituite dalle parole “decreto legislativo 5 dicembre 2005, n. 252”.

8. Dopo il comma 1 dell'articolo 2 della legge regionale 1/2005, è inserito il seguente:

“1-bis. Il contributo di cui al comma 1 viene corrisposto in misura non superiore ad euro 6 mila rapportati ad anno qualora l'assistenza sia rivolta a figli o equiparati non autosufficienti minori di cinque anni. In caso di iscrizione a strutture educative e centri diurni per disabili il contributo non può comunque essere superiore ad euro 3 mila 500 rapportati ad anno.”.

9. All'articolo 2, comma 3, della legge regionale 1/2005, è aggiunto, in fine, il seguente periodo: “Salva la facoltà per le Province autonome di stabilire termini più ampi, le domande di sostegno alla contribuzione volontaria possono comunque essere presentate fino al 30 giugno dell'anno successivo a quello contributivo di riferimento e le domande di sostegno relative agli arretrati possono essere presentate fino a sei mesi dalla data di scadenza prevista per il pagamento di questi contributi stabilita dalla cassa pensionistica che ha autorizzato la contribuzione.”.

10. Il comma 1 dell'articolo 3 della legge regionale 1/2005, è sostituito dal seguente:

“1. Ai/Alle lavoratori/trici dipendenti, ai/alle disoccupati/e e agli/alle iscritti/e nelle liste di mobilità, ai/alle lavoratori/trici autonomi/e iscritti/e nelle rispettive gestioni speciali dell'INPS e agli/alle iscritti/e nella gestione separata, ad esclusione dei soggetti di cui all'ultimo periodo del comma 2 dell'articolo 4,

ai/alle liberi/e professionisti/e, a coloro che non sono iscritti a forme di previdenza obbligatoria, nonché ai/alle pensionati/e, residenti da almeno cinque anni nella regione Trentino- Alto Adige o coniugati/e con persona in possesso del medesimo requisito, è corrisposto un assegno regionale al nucleo familiare per i figli ed equiparati, qualora residenti in regione. L'assegno spetta ad un/una solo/a richiedente per nucleo in base alla composizione del nucleo familiare e alla condizione economica del nucleo stesso. L'assegno è corrisposto secondo quanto previsto dall'allegata tabella A).”.”.

11. All'articolo 3, comma 3, della legge regionale 1/2005, le parole “a decorrere dal/dalla primo/a figlio/a” sono soppresse.

12. Dopo l'articolo 4 della legge regionale 1/2005 è inserito il seguente:

“Art. 4-bis

*(Sostegno alla costituzione di forme di previdenza complementare a favore del lavoro discontinuo)*

1. La Regione eroga finanziamenti per il sostegno alla costituzione di forme di previdenza complementare o al versamento nelle medesime forme da parte di lavoratori/trici titolari di un rapporto di lavoro a tempo determinato o di un rapporto di lavoro indicato all'articolo 4, comma 2, secondo periodo.

2. 1 soggetti di cui al comma 1, per beneficiare del sostegno regionale devono essere in possesso dei seguenti requisiti:

- a) inizio dell'attività lavorativa dopo il 31 dicembre 1995;
- b) iscrizione ad un fondo pensione disciplinato dal decreto legislativo 5 dicembre 2005, n. 252;
- c) residenza e domicilio nella Regione Trentino Alto Adige da almeno cinque anni, o, in alternativa, residenza storica di quindici anni di cui almeno uno immediatamente antecedente la domanda;
- d) titolarità in via esclusiva di un rapporto di lavoro indicato al comma 1, ovvero stato di disoccupazione, certificato dal competente Centro per l'impiego, a seguito della cessazione ditale rapporto lavorativo;
- e) condizione economica del nucleo familiare entro i limiti stabiliti dal regolamento di cui al comma 5.

3. La Regione interviene con un contributo a fondo perduto in misura pari al cento per cento del versamento effettuato nel corso dell'anno solare dal/dalla lavoratore/trice al fondo pensione di cui al comma 2, lettera b), e comunque in misura non superiore a euro 1.000 annui, per un massimo di cinque annualità, fino al raggiungimento dei requisiti minimi per ottenere la pensione di anzianità o di vecchiaia.

4. Il contributo è versato alla società istituita ai sensi dell'articolo 3, comma 2 della legge regionale 27 febbraio 1997, n. 3 e successive modificazioni ed integrazioni, la quale apre una posizione individuale in strumenti finanziari a favore degli/delle aventi diritto, al fine di investire le somme erogate dalla Regione. Il montante finale accumulato è trasferito al fondo pensione complementare indicato dagli/dalle aventi diritto al momento del pensionamento nel sistema obbligatorio pubblico.

5. Con il regolamento di cui all'articolo 4, comma 5, sono stabiliti la condizione economica del nucleo familiare, nonché ogni altra disposizione necessaria all'attuazione del presente articolo. Le modalità e i termini per la presentazione della domanda e per l'erogazione del contributo sono stabiliti da ciascuna Provincia autonoma con proprio regolamento.

6. Il contributo di cui al presente articolo non è cumulabile con gli interventi previsti agli articoli 1 e 2, con gli interventi previsti dalla legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 e successive modificazioni ed integrazioni, né con gli interventi previsti dall'articolo 6 della legge regionale 27 febbraio 1997, n. 3 e successive modificazioni ed integrazioni.”.”.

13. All'articolo 9, comma 7, della legge regionale 1/2005, le parole “è incompatibile” sono sostituite dalle parole “non è cumulabile”.

14. Le tabelle A), B) e C) della legge regionale 1/2005 sono sostituite dalle tabelle allegate alla presente legge.

Wortmeldungen? Der Abg. Morandini hat das Wort.

**MORANDINI:** L'art. 4, in questo testo riformulato ad hoc per dribblare Morandini, prevede una serie di passaggi, alcuni che condivido, altri che non condivido, su cui mi soffermerò.

Il primo comma sostanzialmente è un'annotazione di tipo squisitamente tecnico che, secondo me, poteva essere risparmiata, in quanto poteva trovare collocazione sicuramente in aggiustamento tecnico da parte di chi approntava il testo definitivo. E così il comma settimo dell'art. 4.

Per quanto riguarda la parte sostanziale, su cui invece mi trovo d'accordo, questa è prevista nella norma successiva al comma 10 che introduce un comma “1” con alcune importanti novità. La prima, l'estensione ai/liberi/e professionisti/e mi pare assolutamente giusta, l'avevo rappresentata più volte in questi anni proprio perché i/le liberi/e professionisti/e erano fortemente penalizzati rispetto agli altri lavoratori, in quanto non erano ricompresi nelle categorie oggetto di questa previsione di legge.

Ancora l'altra novità è quella che consente di accedere a questi interventi anche alle persone non solamente che risiedono da cinque anni nel territorio della regione, ma che siano coniugate con persone che hanno questo requisiti.

Il terzo importantissimo intervento è quello che finalmente si cessa di decorrere dal secondo figlio e si parte dal primo figlio. Sostanzialmente si torna all'originario pacchetto famiglia che prevedeva l'intervento per il primo figlio attraverso due istituti diversi, ma nella sostanza andava comunque in questa direzione, attraverso l'istituto dell'assegno di natalità e di cura. È quello che ho cercato in tutti i modi di estendere, pur condividendo l'estensione dell'assegno al nucleo a partire dal primo figlio, è stato il fatto che sarebbe stato bene ricomprenderlo fin dal momento in cui questa Regione ha dichiarato, con la legge regionale n. 1 del 2005 di non interessarsi del primo figlio con nessun istituto, se non con quelli che sono arrivati a strascico per inerzia, assegno di cura e assegno di natalità, ma che riguardavano l'originario pacchetto famiglia che voi avete, per questa parte, voluto abrogare.

Non è stato possibile, nonostante una serie di tentativi che ho fatto per l'intera giornata, riportare con decorrenza retroattiva l'intervento dell'assegno al nucleo a partire dal primo figlio, questa è una grande ingiustizia, perché lascia scoperti gli anni 2005, 2006, 2007, annoto che la non attenzione al primo figlio per quegli anni penalizza soprattutto le famiglie più deboli, in gran parte famiglie composte con un solo genitore, in gran parte famiglie composte di donne e quindi evidentemente questa è una previsione che, nel mentre la condivido quanto ad estensione dell'assegno al nucleo dal primo figlio, non la

posso condividere per quanto riguarda la non estensione di questa previsione a coprire gli anni in cui del primo figlio la Regione si è assolutamente disinteressata, cancellando l'originario pacchetto famiglia e non estendendo neanche l'assegno regionale al nucleo al primo figlio.

Per quanto riguarda poi il riferimento alle tabelle A), B) e C) al comma 14, come le ho già rappresentato in discussione generale, considero assolutamente iniqua la tabella B) nella parte in cui prevede tre fasce soltanto per le famiglie monoparentali che, ripeto, sono le famiglie più fragili, più deboli anche socialmente e quindi con un emendamento avevo previsto che questa previsione venisse sostanzialmente recuperata, nel senso di estendere le fasce di cui alla tabella B), le fasce per le famiglie monoparentali, per andare incontro al disagio sociale di queste famiglie, anche questo vedo che non è stato accolto con il colpo di mano che la presentazione dell'emendamento introduttivo del nuovo art. 4, così come ha fatto l'emendamento introduttivo del nuovo art. 3, ha portato.

Quindi nel mentre onestamente ho dichiarato di essere favorevole ad una serie di passaggi di cui all'art. 4, evidentemente contesto radicalmente il metodo che il Presidente ha voluto accogliere e che questa Giunta ha messo in campo.

**PRÄSIDENT:** Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit stimmen wir über den so geänderten Art. 4 ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Art. 4 angenommen.

Wir kommen zu Art. 5 und zwar zum Änderungsantrag des Ausschusses, Prot. Nr. 804:

Der Art. 5 wird durch den nachstehenden Artikel ersetzt:

#### Art. 5 (Übergangs- und Schlussbestimmungen)

1. Die Bestimmungen laut Artikel 1, 2 und 4 Absatz 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 13 werden auf die ab 1. Jänner 2008 eingereichten Gesuche angewandt. Die Bestimmungen laut Artikel 4 Absatz 10, 11 und 14 finden auf die Gesuche um Gewährung des regionalen Familiengelds für das Jahr 2008 Anwendung. Die Gesuche um die Auszahlung des Familiengeldes ab 1. Jänner 2008 müssen bei der gebietsmäßig zuständigen Autonomen Provinz innerhalb 31. Dezember 2008 eingereicht werden. Die Bestimmung laut Artikel 3 Absatz 3 ist ab 1. Jänner 2008 wirksam. Die Bestimmungen laut Artikel 3 Absatz 1, 4 und 5 finden auch auf die bei In-Kraft-Treten dieses Gesetzes bereits gewährten Renten Anwendung. Die Fristen für die Vorlegung des Gesuches, um den Beitrag gemäß Artikel 14 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen für das Jahr 2007 zu erhalten, werden bis 30. Juni 2008 verlängert.

2. Die Begriffsbestimmung einer im Haushalt tätigen Person gemäß Durchführungsverordnung zum Regionalgesetz vom 18. Februar 2005, Nr. 1 „Familienpaket und Sozialvorsorge“, geändert durch dieses Gesetz, ist ab dem Tag des In-Kraft-Tretens des Regionalgesetzes Nr. 1/2005 wirksam. Die Gesuche auf Gewährung der in den Artikeln 4 und 6-bis des Regionalgesetzes

vom 25. Juli 1992, Nr. 7 vorgesehenen Beiträge betreffend die für das Jahr 2005 und in den darauf folgenden Jahren eingezahlten Beträge müssen innerhalb 30. September 2008 bei der gebietsmäßig zuständigen Autonomen Provinz eingereicht werden, vorbehaltlich der Befugnis der Autonomen Provinzen, mit eigener Verordnung andere Fristen festzusetzen. Zum Zwecke der Berechnung der wirtschaftlichen Lage für die Beiträge gemäß Artikel 4 und 6-bis des Regionalgesetzes Nr. 7/1992 werden die Einkommen und das Vermögen betreffend das Jahr 2006 bewertet.

3. Bei der Erarbeitung oder Überarbeitung der Gesetzestexte auf dem Sachgebiet der Vorsorge bedient sich die Regionalregierung eines Beirates, der sich aus den Sozialpartnern, den Vereinigungen, die in den mit dem Gegenstand der Maßnahmen zusammenhängenden Bereichen tätig sind, sowie den Autonomen Provinzen zusammensetzt. Der Beirat wird von der Regionalregierung mit eigenem Beschluss errichtet, wobei auch dessen Zusammensetzung, Tätigkeit und Dauer bestimmt werden. Die Zusammensetzung hat so zu erfolgen, dass Chancengleichheit zwischen Mann und Frau und eine angemessene Vertretung beider Geschlechter im Beirat gewährleistet ist.

4. Der/Die Präsident/in der Region wird ermächtigt, nach Erlass des Beschlusses des Regionalausschusses mit eigenem Dekret die Bestimmungen dieses Gesetzes mit den Bestimmungen der Regionalgesetze vom 9. Dezember 1976, Nr. 14, vom 25. Juli 1992, Nr. 7, vom 28. Februar 1993, Nr. 3, vom 18. Februar 2005, Nr. 1, vom 24. Mai 1992, Nr. 4 und vom 27. November 1993, Nr. 19 mit den späteren Änderungen und Ergänzungen zu koordinieren.

Emendamento prot. n. 804, prima firmataria l'assessora Stocker, l'art. 5 è sostituito dal seguente:

#### “Art. 5

#### Disposizioni transitorie e finali

1. Le disposizioni di cui agli articoli 1, 2, e 4, commi 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 e 13 si applicano alle domande presentate a decorrere dal 1° gennaio 2008. Le disposizioni di cui all'articolo 4, commi 10, 11 e 14 si applicano alle domande per l'assegno regionale al nucleo familiare relative all'anno 2008. Le domande per ottenere la liquidazione dell'assegno regionale al nucleo familiare a decorrere dal 1° gennaio 2008 devono essere presentate alla Provincia autonoma territorialmente competente entro il 31 dicembre 2008. La disposizione di cui all'articolo 3, comma 3, ha efficacia a decorrere dal 1° gennaio 2008. Le disposizioni di cui all'articolo 3, commi 1, 4 e 5, si applicano anche alle pensioni già concesse alla data di entrata in vigore della presente legge. I termini per la presentazione della domanda per ottenere il contributo di cui all'articolo 14 della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 e successive modificazioni ed integrazioni per l'anno 2007 sono prorogati fino al 30 giugno 2008.

2. La definizione di persona casalinga prevista dal regolamento di esecuzione della legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1 “Pacchetto famiglia e previdenza sociale”, come modificata dalla presente legge, ha efficacia a decorrere dalla data di entrata in vigore della stessa legge regionale 1/2005. Le domande per accedere ai contributi previsti dagli articoli 4 e 6-bis della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 relativamente ai versamenti effettuati per gli anni 2005 e successivi devono essere presentate alla Provincia autonoma

territorialmente competente entro il 30 settembre 2008, salva la facoltà delle Province stesse di prevedere termini diversi con proprio regolamento. Ai fini del calcolo della condizione economica per i contributi previsti dagli articoli 4 e 6-bis della legge regionale 7/1992 si valutano i redditi ed il patrimonio relativi all'anno 2006.

3. Per la predisposizione o la revisione dei testi normativi in materia previdenziale la Giunta regionale si avvale di un comitato consultivo composto da rappresentanti delle parti sociali, delle associazioni che operano nei settori collegati alle materie oggetto di intervento e delle Province autonome. Il comitato è istituito con apposita deliberazione della Giunta regionale che ne determina anche la composizione, le norme relative al suo funzionamento e la durata. La composizione deve essere tale da assicurare condizioni di pari opportunità tra uomo e donna e un'adeguata presenza di entrambi i sessi all'interno del comitato.

4. Il/La Presidente della Regione è autorizzato/a a coordinare, con proprio decreto, previa deliberazione della Giunta regionale, le disposizioni contenute nella presente legge con quelle contenute nelle leggi regionali 9 dicembre 1976, n. 14, 25 luglio 1992, n. 7, 28 febbraio 1993, n. 3, 18 febbraio 2005, n. 1, 24 maggio 1992, n. 4 e 27 novembre 1993, n. 19, e successive modificazioni ed integrazioni.”.

Wortmeldungen? Der Abg. Morandini hat das Wort.

**MORANDINI:** Si consumano alcune ingiustizie, attraverso l'emendamento che introduce l'art. 5, la prima procedurale per le ragioni che hanno accompagnato anche la presentazione, con colpo di mano, dell'emendamento che ha introdotto l'art. 3 nuovo e l'art. 4, questa maggioranza anziché avere il coraggio di confrontarsi e di rispondere alle sollecitazioni, alle domande, ai dubbi che espongono i consiglieri, si trincerava, non parla, presenta nuovi emendamenti interamente sostitutivi per far franare gli emendamenti presentati.

Questo è assolutamente un comportamento di stigmatizzare e che evidentemente non fa onore a questa maggioranza che, tra l'altro, sta combattendo contro un solo consigliere e quindi mi spiace annotare questo vulnus alla democrazia.

Chiedo che se i colleghi hanno qualcosa da recriminare, visto che si tratta di maggioranza silenziosa che in Provincia di Trento non fa altro che alzare la manina ogni qualvolta ci sono provvedimenti presentati dalla Giunta, anche quando si rappresentano totalmente ingiusti, chiedo che abbiano almeno il coraggio di criticare quanto io sto dicendo attraverso un intervento loro, attraverso il microfono. Questi commenti, debbo dire, per uno che si è studiato la materia e vorrei sapere quanti lo hanno fatto in quest'Aula, sono assolutamente fuori luogo.

Rappresento che si consuma, attraverso questo art. 5, questa nuova proposizione, una ingiustizia non solamente procedurale, nel senso che ho appena detto rappresentando questo colpo di mano, ma anche per il fatto che sostanzialmente si fa decorrere, qui sì con efficacia retroattiva, guarda caso, per esempio si fa decorrere la nuova definizione di persona casalinga, addirittura con l'entrata in vigore della legge regionale n. 1 del 2005, quindi con febbraio 2005 e questo già dice la discriminazione, per cui viene da chiedersi immediatamente perché efficacia retroattiva a definizione di persona casalinga

e non efficacia retroattiva ad una norma che farebbe molto bene sul piano sociale e cioè efficacia retroattiva all'estensione dell'assegno al nucleo regionale per il primo figlio, a decorrere da quando questa legge ha cancellato l'attenzione per il primo figlio.

Quindi questa è una grande ingiustizia che si consuma, riprendo la domanda nei confronti dell'assessore, visto che poco fa non ha potuto sentirla e cioè perché far decorrere con efficacia retroattiva la definizione di persona casalinga, dal momento dell'entrata in vigore della legge regionale n. 1 del 2005 e non per esempio far decorre l'estensione dell'assegno al nucleo per il primo figlio da quella stessa data come avevo rappresentato, cioè dalla data dalla quale questa maggioranza, questa Giunta regionale ha deciso di non considerare il primo figlio. Qui si sarebbe stata una norma importante, socialmente rilevante e importante. Quindi annoto questa negatività della norma.

Per quanto riguarda poi la questione relativa alle domande per accedere ai contributi, previsti dagli articoli 4 e 6 bis della legge regionale n. 7 del 1992, relativamente ai versamenti effettuati per gli anni 2005 e successivi, è scritto che queste domande vanno presentate alla Provincia autonoma territorialmente competente entro il 30 settembre di quest'anno.

Naturalmente anche qui si operano legificazioni incredibili, cioè per un verso con legge si fissa il 30 settembre di quest'anno, per altro verso si prevede la facoltà per le Province autonome di prevedere con regolamento una diversa decorrenza.

Per quanto poi concerne l'ultima parte della norma contro la quale sto argomentando, è previsto che ai fini del calcolo della condizione economica si valutino i redditi al patrimonio relativi all'anno 2006. Anche questo non mi è dato di sapere la ragione. Quindi in questo senso debbo dire che è una norma piuttosto arcana che non è stato possibile esaminare compiutamente, perché presentata pochi minuti fa con un colpo di mano, in piena notte, per cui evidentemente oltre che stigmatizzare il metodo esprimo contrarietà anche ai contenuti.

Quindi da questo punto di vista non posso che dichiarare voto negativo.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit stimmen wir ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 1 Enthaltung, 1 Gegenstimme und dem Rest Jastimmen ist der Antrag angenommen.

#### Art. 6

(Aufhebung von Bestimmungen)

1. Die Artikel 4, 6, 8 und 9 des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Maßnahmen auf dem Sachgebiet der Ergänzungsvorsorge“ werden aufgehoben.

2. Artikel 3 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge zugunsten der im Haushalt tätigen Personen, der Saisonarbeiter und der Bauern, Halb- und Teilpächter“ wird aufgehoben.

3. Artikel 3 des Regionalgesetzes vom 28. Februar 1993, Nr. 3 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Einführung der freiwilligen Regionalversicherung für die Rente zugunsten der im Haushalt tätigen Personen“ wird aufgehoben.

4. Artikel 7 des Regionalgesetzes vom 27. November 1993, Nr. 19 mit seinen späteren Änderungen betreffend die „Regionalzulage zugunsten der Arbeitslosen, die in den Mobilitätsverzeichnissen der Provinzen eingetragen sind, und Bestimmungen auf dem Gebiet der ergänzenden Vorsorge“ wird aufgehoben.

#### Art. 6

##### *(Abrogazione di norme)*

1. Gli articoli 4, 6, 8 e 9 della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4 e successive modificazioni concernente “Interventi in materia di previdenza integrativa” sono abrogati.

2. L’articolo 3 della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 e successive modificazioni concernente “Interventi di previdenza integrativa a favore delle persone casalinghe, dei lavoratori stagionali e dei coltivatori diretti, mezzadri e coloni” è abrogato.

3. L’articolo 3 della legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3 e successive modificazioni concernente “Istituzione dell’assicurazione regionale volontaria per la pensione alle persone casalinghe” è abrogato.

4. L’articolo 7 della legge regionale 27 novembre 1993, n. 19 e successive modificazioni concernente “Indennità regionale a favore dei lavoratori disoccupati inseriti nelle liste provinciali di mobilità e disposizioni in materia di previdenza integrativa” è abrogato.

Dazu liegt ein Änderungsantrag, Prot. Nr. 416/4, eingebracht vom Abg. Morandini vor:

All’art. 6 è aggiunto il seguente comma: „4bis: Il comma 2 dell’art. 13 della legge regionale 18/2/2005, n. 1, è abrogato. – Bei Art. 6 wird folgender Absatz eingefügt: “4bis. Absatz 2 des Artikels 13 des Regionalgesetzes Nr. 1 vom 18.2.2005 wird aufgehoben.”.

La parola al cons. Morandini.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Questo emendamento va sostanzialmente a realizzare un’esigenza di giustizia, perché propone la cancellazione del comma 2 dell’art. 13 della legge regionale n. 1 del 2005, il quale dice che gli interventi di cui agli articoli 1, 2 e 4 di quella legge, l’art. 1 mi pare riguardi i figli, l’art. 2 i non autosufficienti, l’art. 4 i lavoratori atipici, quindi interventi consistenti, prevede che gli interventi di cui agli articoli 1, 2 e 4 siano attuati in coerenza con le politiche sociali della famiglia e del lavoro di ciascuna Provincia autonoma, tramite le risorse alle stesse Province attribuite, ai sensi del comma 1.

Vorrei annotare che questa norma, per un po’ di dignità, bisognerebbe cancellarla assessore, perché questa norma non l’avete applicata, l’avete disapplicata, l’avete non rispettata, perché questi interventi prima di tutto sono stati diversi tra Provincia e Provincia, ad onta della legge regionale che dovrebbe prevedere un’uniformità di interventi; in secondo luogo per questi interventi, previsti dagli articoli 1, 2 e 4 della legge regionale n. 1, interventi di aiuto alla contribuzione per chi accudisce i figli, interventi di aiuto

alla contribuzione per chi accudisce i non autosufficienti, interventi di aiuto alla contribuzione per i lavoratori atipici, hanno visto la spesa annua complessiva autorizzata di 30 milioni di euro.

Orbene, questi 30 milioni di euro, come ho avuto occasione di dire in più passaggi, sono stati spese volte messi in economia, finiti su per il camino, come si suol dire, perché per i lavoratori atipici non vi sono state che pochissime domande, per le ragioni evidenti che ho più volte evidenziato e cioè i lavoratori atipici non hanno in questi anni interesse a mettere via soldi per procacciarsi la pensione, se si tiene presente che stentano a sbarcare il lunario, hanno uno stipendio basso, hanno un lavoro precario, eccetera. E perché in qualche area territoriale, per esempio nella Provincia autonoma di Trento, la contribuzione nei confronti delle persone che assistono i propri familiari non autosufficienti è assolutamente bloccata, cioè non è mai stata applicata.

Quindi almeno abbiate la dignità di cancellare questo secondo comma dell'art. 13 della legge regionale n. 1 del 2005 a cui è diretto il mio emendamento, perché è disapplicato costantemente, violato, almeno lo si cancelli e così poi potete tranquillamente fare quello che avete ritenuto sino ad oggi di fare, ma non continuare a farlo in spregio di una norma in vigore che voi stessi avete approvato e vi siete dati agli inizi del 2005.

Annoto anche a questo proposito che questi 30 milioni di euro l'anno e che buona parte dei quali, per le ragioni che ho espresso, sono andati in economia, gridano vendetta al cielo, proprio perché tolgono la possibilità di altri interventi nei confronti di situazioni sociali assai più bisognose e anche rappresentato, per esempio, che si sarebbe potuto intervenire utilizzando una parte di quei soldi che sono utilizzabili, ce n'è una buona parte, per andare incontro a far decorrere retroattivamente l'assegno al nucleo a partire dal primo figlio fin dal 2005, cioè fin da quando questa maggioranza ha deciso, con quella legge n. 1 del 2005 di disinteressarsi del primo figlio, colpendo in particolare le famiglie più fragili e socialmente più deboli, visto che il primo figlio c'è sicuramente anche nelle famiglie con entrambi i genitori, ma c'è in gran parte nelle famiglie monoparentali, con tutto quello che poi deriva quanto a difficoltà sociale della madre. Molte volte è questa la persona che è più penalizzata, perchè facendo famiglia con il proprio figlio non ha trovato neanche in questi anni un euro, non ha avuto la possibilità di avere, a causa di questa modifica previdenziale, indotta da questa maggioranza, nemmeno la possibilità di un euro a sostegno della propria situazione socialmente fragile.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wir stimmen nun über diesen Änderungsantrag ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen, 1 Jastimme und dem Rest Neinstimmen ist der Änderungsantrag nicht genehmigt.

Sind Wortmeldungen zum Artikel? Keine. Dann stimmen wir über Art. 6 ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 2 Enthaltungen, 1 Gegenstimme und dem Rest Jastimmen ist der Art. 6 genehmigt.

Ich verlese den Änderungsantrag, Prot. Nr. 803, eingebracht vom Ausschuss:

Der Art. 7 wird durch den nachstehenden Artikel ersetzt:

Art. 7

(Finanzbestimmung)

1. Die jährlich auf 395 Tausend Euro geschätzte Ausgabe in Zusammenhang mit der Änderung der Verordnung laut Artikel 9 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 2005, Nr. 1 zuzüglich der auf 580 Tausend Euro geschätzten Ausgabe in Zusammenhang mit vorstehendem Artikel 5 Absatz 2 wird durch den im Kapitel 1985 des Ausgabenvoranschlages für das Jahr 2008 vorgesehenen Ansatz gedeckt, welcher ausreichende Mittel aufweist.

2. Die auf 9.110.000,00 Euro geschätzte Ausgabe in Zusammenhang mit den Bestimmungen laut Artikel 4 Absatz 10, 11 und 14 betreffend das Familiengeld und mit der ab 1. Juli 2008 zustehenden Aufwertung der Beträge für das Familiengeld im Sinne des Artikels 13 Absatz 5 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 2005, Nr. 1 wird für 7 Millionen 610 Tausend Euro durch den mit Artikel 3 Absatz 5 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 2005, Nr. 1 bereits genehmigten Betrag und für 1 Million Euro durch Behebung aus dem Ausgabenkapitel 670 "Verfügbarer Betrag zur Deckung von mit gesetzlichen Maßnahmen zusammenhängenden Auslagen" gedeckt.

3. Die auf die darauf folgenden Haushaltsjahre entfallenden Ausgaben werden auf der Grundlage des Haushaltsgesetzes im Sinne des Artikels 7 und in den Grenzen laut Artikel 14 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 gedeckt.

4. Die auf 7 Millionen 400 Tausend Euro geschätzte Ausgabe in Zusammenhang mit den Bestimmungen laut Artikel 4 Absatz 2, 3, 4, 8 und 12 wird durch den mit Artikel 13 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 2005, Nr. 1 bereits genehmigten Betrag gedeckt.

Emendamento prot. n. 803, prima firmataria l'assessora Stocker, l'art. 7 è sostituito dal seguente:

"Art. 7  
Norma finanziaria

1. All'onere della spesa derivante dalla modifica del regolamento di cui all'articolo 9 della legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1 valutata nella misura annua di euro 395.000,00 oltre all'onere della spesa derivante dal precedente articolo 5, comma 2, valutato in euro 580.000,00 si provvede con lo stanziamento del cap. 1985 della spesa del bilancio 2008 che presenta sufficiente disponibilità.

2. All'onere della spesa derivante dalle disposizioni di cui all'articolo 4, commi 10, 11, e 14 in materia di assegno al nucleo familiare e dalla rivalutazione degli importi degli assegni a decorrere dal 1° luglio 2008 ai sensi dell'art. 13, comma 5 della legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1, valutato nella misura di euro 9.110.000,00 si fa fronte per euro 7.610.000,00 con la somma già autorizzata dall'articolo 3, comma 5 della legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1 e per l'importo di euro 1.000.000,00 mediante prelevamento dal capitolo 670 della spesa "fondo a disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi".

3. Agli oneri relativi agli esercizi successivi si provvederà con legge di bilancio, ai sensi dell'articolo 7 e nei limiti previsti dall'articolo 14 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10.

4. All'onere della spesa derivante dalle disposizioni di cui all'articolo 4, commi 2, 3, 4, 8 e 12 valutato nella misura di euro 7.400.000,00 si fa fronte

con la somma già autorizzata dall'articolo 13, comma 1 della legge regionale 18 febbraio 2005, n. 1.”.

Wortmeldungen? Der Abg. Morandini hat das Wort.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Dichiaro il mio voto di astensione su questa norma, anche perché il colpo di mano che è stato fatto per presentarla, dribblando una serie di emendamenti, non consente una disamina puntuale, annoto che, con riferimento ai cespiti finanziari che sono indicati qui, non può non rilevarsi ancora una volta la discrasia di quei 30 milioni di euro annui che sono stati destinati ad interventi, alcuni dei quali rimasti sulla carta, con la conseguenza di far finire in economia tutta una serie di finanze che potevano essere proficuamente, positivamente dirottate su altri versanti sociali.

Annoto anche che la decorrenza dell'assegno al nucleo a partire dal primo figlio, poteva quindi, utilizzando bene una parte di quei 30 milioni di euro, essere prevista con riferimento agli anni in cui non c'è stato alcun intervento a favore del primo figlio, anni 2005, 2006, 2007.

Annoto anche che il contributo di cui era menzione nell'articolo che introduce il 4-bis nella legge regionale n. 1 del 2005, il contributo che è previsto non cumulabile con interventi di cui agli articoli 1 e 2, che riguardano l'assistenza ai figli ed ai familiari non autosufficienti, concreta una ingiustizia in quanto, proprio considerate le particolari situazioni a cui fa riferimento – in questo senso avevo presentato un emendamento che in questo blitz è stato evidentemente fatto franare – prevedeva invece che quel contributo fosse cumulabile, quanto meno con gli interventi previsti relativamente all'assistenza ai figli ed ai familiari non autosufficienti.

Quindi si è ancora una volta persa l'occasione per andare ad aiutare situazioni di emergenza, come sono in particolare il sostegno e la cura dei familiari non autosufficienti e soprattutto si penalizza questa opera di cura, sia verso i figli che verso i familiari non autosufficienti, nel senso di non considerare il contributo cui ho fatto riferimento non cumulabile nemmeno con questi interventi. Questa è un'ingiustizia assolutamente forte, che evidentemente non posso non stigmatizzare.

Per cui da questo punto di vista la norma finanziaria, anche se – ripeto – non è stato possibile esaminarla compiutamente per il golpe che ha questa maggioranza realizzato, presentando poco fa l'emendamento interamente sostitutivo che ha fatto franare tutti i miei emendamenti, evidentemente dice comunque nel significato che una parte consistente di questi denari pubblici, quindi di tutti i cittadini, non è utilizzata positivamente.

Così come è assolutamente ingiusto il prevedere nella tabella B) allegata alla presente legge, la fascia alle situazioni di famiglie monoparentali, prevederla solamente su tre classi. Anche qui non si è potuto discutere l'emendamento che ho presentato, proprio per il blitz che ha fatto questa maggioranza e questo emendamento andava nel senso di sostituire la tabella B) con quanto è previsto nella tabella A) nella prima fascia, quindi prevedere tutta una serie di attenzioni a queste famiglie monoparentali che in questo modo non sono state realizzate.

Quindi da questo punto di vista non posso non approvare questa norma.

**PRÄSIDENT:** Danke! Non ci sono altri interventi. Devo solo comunicare un errore materiale. Nel comma 2 dell'art. 7 è sbagliata la dizione. L'importo di 9.110.000,00 euro dev'essere sostituito da 8.610.000,00 euro.

Si vota. Chi è a favore dell'art. 7? Contrari? Astensioni?

Con 3 astensioni l'articolo è approvato.

Es folgt Art. 8

Art. 8  
(In-Kraft-Treten)

1. Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft.

Art.8  
(Entrata in vigore)

1. La presente legge entra in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Es gibt keine Wortmeldungen. Wir stimmen ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Bei 3 Enthaltungen ist Art. 8 genehmigt.

Sind Stimmabgabeerklärungen? Der Abg. Leitner hat das Wort.

**LEITNER:** Wir haben uns bei den meisten Artikeln und Abänderungsanträgen der Stimme enthalten. Wir werden insgesamt für das Gesetz stimmen, weil eine alte Forderung von uns enthalten ist, nämlich bereits ab dem ersten Kind dieses regionale Familiengeld auszubezahlen. Auch wenn es in Summe nicht viel erscheinen mag, so ist es doch zumindest eine Hilfe zum Landeskindergeld. Dazu ist es ein Mehr und vor allem in der heutigen Zeit – das habe ich schon in der Interventionsdebatte gesagt – müssen wir auf jeden Fall die niederen Renten und Löhne irgendwo ausgleichen, damit die Menschen bei uns überhaupt noch angemessen leben können.

Was ich noch dazu sagen möchte und das sollte auch schon zur Kenntnis genommen werden: ohne die Anwesenheit der deutschen Opposition gäbe es dieses Gesetz nicht. Wir haben die Mehrheit garantiert. Nicht, weil wir in diesem Fall ein persönliches Interesse daran hatten, sondern auch zu zeigen, dass wenn es darum geht, den Menschen in einer finanziell schwierigen Situation zur Seite zu stehen, auch in kleineren Maßnahmen zumindest etwas zu unterstützen. Im Übrigen wünsche ich mir, dass hier wirklich ein Einheitstext geschaffen wird, wo man auch in einem Gesetz diese Bestimmungen auch noch lesen kann. Dies ist derzeit äußerst schwierig, weil wir dieses Familienpaket mehrmals geändert haben und man muss immer wieder rückwärts suchen, um Bestimmungen zu finden, dass man hier ein organisches Gesetz, auch was die Lesbarkeit angeht, macht, dass man diese Bestimmungen zusammenführt. Es steht zwar etwas vom Koordinieren drinnen, aber es braucht in dieser Materie nach meinem Dafürhalten unbedingt einen Einheitstext.

Wir stimmen diesem Gesetz zu vor allem, weil die Bestimmung enthalten ist, dass jetzt auch Alleinerziehende oder Familien mit einem Kind in den Genuss des regionalen Familiengeldes kommen.

**PRÄSIDENT:** Danke! Abg. Morandini, Sie haben das Wort.

**MORANDINI:** Ho combattuto una buona battaglia, signor Presidente, convinto di averla fatta fino in fondo, con tutte le mie forze ed evidentemente, di fronte a colpi di mano come quelli a cui ho assistito in questi ultimi minuti, non c'è stato nulla da fare.

Vorrei annotare che prima di tutto la procedura che è stata seguita non è sicuramente fra le più corrette, quindi questo lo ribadisco, signor Presidente, per le ragioni che ho già espresso.

Per quanto riguarda il merito faccio presente una contraddizione che risalta evidente agli occhi di ciascuno che sia un semplice osservatore di queste leggi in materia di previdenza integrativa, per la quale la legge regionale n. 1 del 2005, approvata ancora all'inizio di questa legislatura, a tutt'oggi, quindi quasi alla fine della legislatura, non trova ancora attuazione integrale.

Una certa parte dei suoi istituti sono rimasti sulla carta, sono istituti molto importanti, ho ricordato per tutti la non attuazione, all'interno della Provincia di Trento, della norma che prevede un aiuto alla contribuzione per coloro che assistono i familiari non autosufficienti; ancora annoto che per quanto riguarda la contribuzione di coloro che assistono i propri figli è prevista, in provincia di Trento, solamente nei confronti delle donne che svolgono lavoro a tempo parziale, non invece di quelle che vi rinunciano magari totalmente al lavoro fuori oppure lavorano totalmente fuori casa e quindi c'è tutta una serie di non applicazioni della legge regionale n. 1 del 2005 che avrebbero richiesto prima di licenziare un'altra legge su questa materia, un loro completo adempimento.

Questo non è accaduto, è stata presentata una legge regionale come quella che adesso va alla votazione finale, che prevede una serie di interventi, alcuni dei quali fortemente negativi, qualcosa di positivo e annoto subito che l'intervento positivo, cioè l'estensione dell'assegno al nucleo a partire dal primo figlio è frutto anche di una legge provinciale, diventata tale su mia proposta, entrata come tale legge in vigore ed entrata nel compendio delle norme che costituiscono la disciplina delle politiche sociali in provincia di Trento, nel senso di prevedere questo intervento evidentemente da parte della Provincia di Trento se la Regione non vi provvedeva tempestivamente.

Naturalmente c'è stata anche la mozione dei colleghi dei Freiheitlichen che, in più occasioni, è tornata alla ribalta in quest'Aula e questo è l'aspetto positivo. Naturalmente annoto come negativo il fatto che non si sia tenacemente voluto estendere questo assegno regionale al nucleo dal primo figlio, a partire dal 2005, anno dal quale questa Regione non ha previsto nessun tipo di intervento per il primo figlio, eccettuati quegli interventi a strascico, ancora dovuti in virtù dell'originario pacchetto famiglia che si concretizzavano alcuni in virtù dell'assegno di natalità, che poi avete cancellato con la legge regionale n. 1 del 2005 e altri in virtù dell'assegno di cura che pure avete cancellato.

Questi interventi a strascico sono assolutamente molto più relativi e inconsistenti, rispetto a quanto sarebbe stato l'assegno regionale al nucleo a partire dal primo figlio. Quindi questa è un'ingiustizia che non si è voluta sanare e che si è perpetrata nel tempo.

Ancora annoto come c'è una disparità di trattamento tra queste provvidenze del pacchetto previdenziale, per cui in una certa provincia si attuano certi interventi, come ho detto, in una certa altra non si attuano quegli interventi ma altri, per cui sostanzialmente si discrimina e si separa l'ambito regionale, lo si frattura a seconda dell'applicazione delle due Province.

Questo evidentemente è un passaggio che non condivido per nulla, come non condivido per nulla il fatto che con una norma assolutamente ingiusta, contenuta nell'art. 3, si toglie l'integrazione al minimo che era prevista giustamente – chiudo Presidente – con il comma 3 dell'art. 8 della legge regionale n. 3 del 1993 e si toglie rappresentando un'ingiustizia sociale, oltre che una violazione del diritto previdenziale, perché si inventa un'integrazione al minimo regionale e si danneggiano figure particolarmente bisognose dal punto di vista sociale.

Annoto positivamente l'estensione ai/liberi/e professionisti/e e concludo evidenziando come un altro dato negativo è il permanere della tabella B) che, con riferimento alle famiglie monoparentali che, annoto per l'ennesima volta, sono tra le famiglie socialmente più deboli, prevede solo tre classi di intervento e quindi non estende la possibilità di incidere in termini positivamente più favorevoli per queste famiglie monoparentali non accettando gli emendamenti che si erano presentati.

Dichiaro il mio voto di astensione.

**PRÄSIDENT:** Danke! Der Abg. Lamprecht hat das Wort.

**LAMPRECHT:** Danke, Herr Präsident! Wir leben in Zeiten, wo in der Bevölkerung und alle, die politisch tätig sind, die Stärkung der Familien in den Mund nehmen, und ich glaube, was wir heute hier erlebt haben, ist Ausdruck dessen, was manche nur predigen, aber wenn es darum geht, konkret Maßnahmen umzusetzen alles andere als konsequent sind. Es ist das Recht einer politischen Minderheit die Mittel der Geschäftsordnung anzuwenden, um auch die Behandlung von Gesetzen in die Länge zu ziehen. Das haben wir heute erlebt. Ein Abgeordneter hat die legitimen Mittel angewendet, um die Verabschiedung eines Gesetzes zu verhindern. Ich bin der politischen Mehrheit dankbar, allen die hier anwesend sind und ich möchte auch ausdrücklich der anwesenden politischen Minderheit einen Dank aussprechen, dass sie hier anwesend waren und somit die Beschlussfähigkeit garantiert haben, sei es die Fraktion der Freiheitlichen, die Südtiroler Freiheit und auch die Union für Südtirol. Andere politische Minderheitskräfte in erster Linie die italienischen Oppositionsparteien aber auch sämtliche Grünen, die auch das Wort Familienförderung und Verstärkung der Familie immer in den Mund nehmen, waren nicht anwesend und haben dadurch verhindern wollen, dass Gelder, die für die Förderung von rund 8.000 Familien in unseren beiden Ländern freigemacht wurden und dass dieses Gesetz nicht zur Verabschiedung kommt.

Deshalb bedanke ich mich auch im Namen der anderen politischen Mehrheit bei der anwesenden deutschen Opposition, dass sie dazu beigetragen hat, dass wir dieses wichtige Gesetz heute zur Verabschiedung bringen. Danke!

**MORANDINI:** Per fatto personale, Presidente.

**PRÄSIDENT:** In che cosa consiste il fatto personale?

**MORANDINI:** Signor Presidente, il fatto personale consiste in questa situazione, prima di tutto io sono un consigliere di minoranza che sono intervenuto compiutamente, dopo essermi studiato dall'inizio alla fine tutte queste norme ed averle approfondite, ho contribuito con la mia presenza comunque a comporre il numero legale, ho rappresentato attraverso gli emendamenti e gli interventi che ho fatto una serie di ingiustizie per cercare di sanarle e quindi il commento che ha fatto il consigliere Lamprecht lo rimando al mittente.

Faccio presente che, diversamente da quello che abbiamo testimoniato noi quando eravamo in maggioranza e vi parla uno che è stato assessore sia in Regione che in Provincia, abbiamo visto un muro della Giunta sorda a qualsivoglia proposta, anche la più minima, di emendamento che andava a migliorare alcuni passaggi davvero ingiusti di questa legge.

Quindi ribadisco questo mio intervento per fatto personale.

**PRÄSIDENT:** Grazie! Collega Vigano, ne ha facoltà.

**VIGANÓ:** Grazie, Presidente. Il nostro gruppo vota questo disegno di legge, personalmente però insisto nel chiedere all'assessora Martha Stocker che si faccia portavoce presso il Presidente ed il Vicepresidente della Giunta regionale, perché si possa pensare all'estensione fino al 19° anno di età. Si tratta solo di una modifica del regolamento attuativo, quindi è possibile anche in via amministrativa.

**PRÄSIDENT:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Ich bitte um den Namensaufruf.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	38
Jastimmen:	35
Neinstimmen:	1
Weißer Stimmzettel:	2

Der Regionalrat genehmigt das Gesetz.  
Ich danke allen. Die Sitzung ist geschlossen.

*(ore 0.45)*

<b>INDICE</b>	<b>INHALTSANGABE</b>
---------------	----------------------

<p><b>DISEGNO DI LEGGE N. 50:</b>            Modifiche alle leggi regionali in materia di Pacchetto famiglia e previdenza sociale – <i>presentato dalla Giunta regionale</i></p> <p style="text-align: right;">pag. 3</p>	<p><b>GESETZENTWURF NR. 50:</b>            Änderungen zu den Regionalgesetzen betreffend Familienpaket und Sozialvorsorge – <i>eingebracht vom Regionalausschuss</i></p> <p style="text-align: right;">Seite 3</p>
<p><b>INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE</b></p> <p style="text-align: right;">pag. 124</p>	<p><b>ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN</b></p> <p style="text-align: right;">Seite 124</p>

## **INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI VERZEICHNIS DER REDNER**

<b>LAMPRECHT Seppi</b> (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	pag.	2-32-62-122
<b>BONDI Mauro</b> (SINISTRA DEMOCRATICA E RIFORMISTA DEL TRENTINO PER L'ULIVO)	"	2
<b>KURY Cristina Anna Berta</b> (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	3-36-37-38-43-56
<b>MORANDINI Pino</b> (U.D.C. - UNIONE DEI DEMOCRATICI CRISTIANI E DEI DEMOCRATICI DI CENTRO)	"	7-31-34-40-44-51-52-53-55- 57-58-59-61-63-64-65-67-68- 69-71-72-75-76-77-79-80-85- 86-87-88-89-90-91-94-95-96- 97-99-100-103-104-111-114- 116-119-121-122-123
<b>BOSO Enzo Erminio</b> (MISTO)	"	14
<b>LEITNER Pius</b> (DIE FREIHEITLICHEN)	"	16-49-120
<b>KLOTZ Eva</b> (MISTO)	"	18-41
<b>VIGANÒ Giorgio</b> (CIVICA MARGHERITA)	"	19-29-30-123
<b>VIOLA Walter</b> (FORZA ITALIA PER L'ALTO ADIGE)	"	20-35
<b>BERTOLINI Denis</b> (VALLI UNITE – UNITALIA)	"	22
<b>STOCKER Martha</b> (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	24-36-42-61-75
<b>HEISS Hans</b> (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	32-33
<b>SEPPI Donato</b> (VALLI UNITE – UNITALIA)	"	47